DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

onnerstag, 12. September 1985 - D * * *

el Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
chtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
4-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
mburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 212 - 37.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Spionage: Wegen mehrjähriger Agententätigkeit für die „DDR" wurde in Koblenz gestern der ehemalige Regierungsrat in der dortigen Bundesgrenzschutzdirektion, Franz Roski, zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt.

Rüstungskosten: Die „DDR"-Bewohner tragen immer schwerer an den Kosten für Volksarmee und Sicherheitsdienste. Statistisch gesehen mußte 1984 jeder fast ein Monatseinkommen dafür aufbringen. (S. 4)

Hessen: Die Aussichten auf eine rot-grüne Koalition haben sich verbessert. Die SPD ist jetzt offenbar bereit, von ihrer Forderung an die Grünen nach Verabschiedung eines Doppelhaushalts für 1986/87 abzurücken. (S. 4)

Umwelt: Bleifreies Benzin soll durch eine nochmalige Senkung der Mineralölsteuer spätestens zum 1. Januar 1986 attraktiver für die Autofahrer gemacht werden. Darauf verständigten sich Kanzler Kohl und die zuständigen Minister. (S. 2 und 8)

Kulturabkommen: Nach viermonatiger Pause setzten die Bundesrepublik und die „DDR" gestern ihre Verhandlungen fort. Kanzler Kohl hofft auf einen Abschluß noch in diesem Jahr.

Getreidehandel: US-Agrarminister Block geht davon aus, daß die Sowjetunion für alle Zeiten von ausländischen Getreidelieferungen abhängig sein wird. Als Hauptgrund nannte er die klimatischen Verhältnisse. (S. 8)

Koch siegte: Bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei zur anstehenden Kommunalwahl in New York hat Bürgermeister Koch einen klaren Sieg errungen. Damit ist seine Wiederwahl am 5. November so gut wie sicher. (S. 3)

Südafrika: Die Regierung ist bereit, den in die „Homelands" ausgebürgerten Schwarzen die südafrikanische Staatsbürgerschaft zurückzugeben. – Großbritannien lehnte es auf einer Tagung des EG-Ministerrats in Luxemburg ab, sich den Sanktionen der EG anzuschließen. (S. 5)

WELT-Report Energie

Das Thema Energie hat viele Facetten: Gewinnung und Entsorgung, Umweltbelastung und neue Technologien, Kohle und Öl und die „sauberen" Brennstoffe Gas und Uran. In einem 32seitigen farbigen Report stellt die WELT die neuesten Entwicklungen vor, beschreibt Zukunftsperspektiven und zieht eine Bilanz von 25 Jahren Opec.

WIRTSCHAFT

Mannesmann: Zum neuen Vorstandsvorsitzenden bestellte der Aufsichtsrat gestern Werner Dieter (55), bisher Vorsitzender der Geschäftsführung bei der Mannesmann-Tochter Rexroth. (S. 2)

Verkehr: Im Jahr 2000 wird es in der Bundesrepublik 30,8 Millionen Pkw geben, jeder sechste Haushalt wird zwei Autos haben, sagen Experten voraus. (S. 11)

Kräftiger Anstieg: Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den USA ist im vergangenen Jahr, verglichen mit 1983, von 11 690 auf 12 789 Dollar oder um 9,4 Prozent gestiegen. (S. 9)

Börse: Gewinnmitnahmen konnten den weiteren Anstieg am Aktienmarkt nur bremsen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 214,01 (214,11). BHF-Rentenindex 105,243 (105,131). Performance Index 107,581 (107,437). Dollarmittelkurs 2,9388 (2,9480) Mark. Goldpreis pro Feinunze 320,75 (321,65) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Solange wir mit vorhandener oder neu zu entwickelnder Technik in vertretbarer Zeit den größeren Fortschritt verwirklichen können, sollten wir uns nicht freiwillig für den Rückschritt entscheiden, sondern auf den Weg nach vorn und technische Innovation setzen «

Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz, zur Diskussion um ein Tempolimit (S. 11)

FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Rundfunkorchester: Aufs eindrucksvollste demonstrieren die acht Rundfunk-Sinfonieorchester der Bundesrepublik in diesen Tagen in der Berliner Philharmonie ihr Leistungsvermögen. Das „Orchesterfest der ARD" gibt Anlaß, einmal über die gewandelte Funktion dieser Orchester nachzudenken. (S. 17)

Buchmesse: Empörung am britischen Stand bei der internationalen Buchmesse in Moskau. Mehr als 30 Titel sind aus den Regalen verschwunden. Zwei, darunter Orwells „1984", wurden offiziell beschlagnahmt. Die Verleger sind sicher, daß die übrigen Bücher von KGB-Beamten in Zivil entfernt wurden. (S. 18)

SPORT

Fußball: Unmittelbar nach dem WM-Qualifikationsspiel Wales gegen Schottland (1:1) in Cardiff erlag der schottische Nationaltrainer Jock Stein (62) einem Herzinfarkt. (S. 16)

Eiskunstlauf: Das deutsche Meisterpaar Claudia Massari und Daniele Caprano (Stuttgart) hat sich getrennt. Caprano will seine Karriere mit einer anderen Partnerin fortsetzen.

AUS ALLER WELT

Bergtote: Alpenvereine und Rettungsdienste schlagen Alarm: Die Zahl der Bergtoten in diesem Sommer übertrifft schon lange vor Saison-Schluß alle Rekorde. Allein am Montblanc kamen 29 Personen ums Leben. (S. 18)

Hungerhilfe: Bundespräsident Richard von Weizsäcker fliegt Ende September mit einem Hilfstransport der Bundeswehr nach Sudan, um sich in seiner Eigenschaft als Schirmherr der „Welthungerhilfe" vor Ort über die Wirksamkeit der deutschen Hilfe zu informieren.

Wetter: Weiterhin freundlich, kaum Niederschlag. Bis 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Der Kanzler fordert Pretoria zu schnellerem Handeln auf

„Änderungskündigung" zum Kulturabkommen / Spitzengespräch der Union

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat gestern Südafrika aufgefordert, durch „mehr und schnelleres Handeln" zur Überwindung der Apartheid und damit zur innenpolitischen Befriedung in dem Land beizutragen. Als erste Maßnahme, mit der Druck auf Pretoria ausgeübt werden soll, hat das Bundeskabinett unter der Leitung von Kanzler Kohl die „Änderungskündigung" des 1962 abgeschlossenen Kulturabkommens mit Südafrika beschlossen.

Die Politik Bonns im südlichen Afrika war auch Gegenstand eines „Spitzentreffens" von CDU und CSU am Dienstag abend in Bonn. Dabei blieb allerdings offen, ob und wie sich die Union in dieser Frage gegenüber Bundesaußenminister Genscher und der FDP insgesamt abgrenzen wird.

GÜNTHER BADING, Bonn

In den ersten Beratungen der Spitzen von CDU und CSU nach der parlamentarischen Sommerpause sind zwei Schwerpunkte gesetzt worden: Im innenpolitischen Teil der fünfstündigen Unterredung stand der Bericht des Bundeskanzlers über das Dreiertreffen mit Arbeitgebern und dem DGB und dessen Konsequenzen für die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. In der Außenpolitik war die aktuelle Lage in Südafrika, die Entscheidung der Europäischen Gemeinschaft für moderate Sanktionen und die Haltung Bonns gegenüber Pretoria das Hauptthema.

Politiker beider Schwesterparteien verwiesen auf die große Harmonie, die dieses Treffen ausgezeichnet habe. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger – der vor der Sommerpause sich gegenüber dem Bundeskanzler für eine verstärkte Beteiligung der CSU und ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauß an der Meinungsfindung der Union ausgesprochen hatte – sprach in einem Rundfunkinterwiev am späten Dienstagabend nach dem Treffen von einer „guten Unterhaltung". Gestern steigerte er dies zu der Bewertung „sehr gut".

CSU-Generalsekretär Gerold Tandler sagte, das Gespräch habe in „bester Atmosphäre" stattgefunden. Es habe „keinerlei Differenzen" bei der Erörterung der verschiedenen Sachthemen gegeben. Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei Edmund Stoiber, der zusammen mit Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble die Koordinierung zwischen Bonn und München betreibt, wertete die Aussprache als „vorzüglich". Man habe „in allen Punkten mehr oder weniger Übereinstimmung" erzielt.

Während aus der CDU das Schwergewicht auf die innenpolitischen Themen gelegt wurde, betonten CSU-Kreise die Außenpolitik. Hier hatte die bayerische Unionspartei seit Monaten auf eine Klärung des Verhältnisses zur FDP gedrängt. Vor allem die Südafrika-Politik des ehemaligen FDP-Vorsitzenden, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, sowie die von ihm angekündigte „neue Phase der Entspannungspolitik" waren von der CSU kritisiert worden.

Die Entspannungspolitik wurde nach Angaben von Teilnehmern der Zehner-Runde – CDU-Chef Bundeskanzler Helmut Kohl wurde von Generalsekretär Geißler, Fraktionschef Dregger, Kanzleramtsminister Schäuble und Bundesfinanzminister Stoltenberg begleitet; die CSU kam neben Strauß mit Tandler, Stoiber, dem Landesgruppenvorsitzenden Theo Waigel und Innenminister Friedrich Zimmermann – nur am

● Fortsetzung Seite 8

Beifall für Bülow von den Grünen

Im Bundestag stellt Bahr das SPD-Konzept einer „Sicherheitspartnerschaft" heraus

rmc./DW. Bonn

In der auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion zustande gekommenen Aktuellen Stunde des Bundestages über das umstrittene Bülow-Papier der SPD stellten sich die sozialdemokratischen Redner ausnahmslos hinter die Grundzüge dieses Diskussionsentwurfs, in dem für die Zeit nach dem Jahr 2000 sowohl ein Abzug der sowjetischen als auch der amerikanischen Truppen von deutschem Boden nahegelegt wird. Egon Bahr unterstrich darüber hinaus den Willen der SPD, ihr Konzept einer sogenannten Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion zur Grundlage eines Antrages für den Parteitag des nächsten Jahres zu machen, was nach Bahrs Worten die Ablösung der gültigen NATO-Strategie zur Konsequenz hat.

Karsten Voigt (SPD) bezeichnete in seinem Diskussionsbeitrag die deutsche Mitgliedschaft in der NATO nicht als Selbstzweck. Sie werde nur so lange nötig sein, wie Europa nicht aus eigenen Kräften seine Sicherheit gewährleisten könne. Von Bülow selber beklagte die angeblich „abgrundtiefe Denkfaulheit der CDU/CSU über die Zukunft Europas".

Vom Sprecher der Grünen, Torsten Lange, kam demonstrativ Beifall für Bülows „Mut", über „Sicherheits-Tabus" hinausgedacht zu haben. Teilweise, so Lange, seien die Gedanken des SPD-Politikers für die Grünen koalitionsfähig.

LEITARTIKEL SEITE 2:
Nationalneutralisten
Von Wilfried Hertz-Eichenrode
SEITE 8:
Unmut über Bülow

Die Koalition kritisierte an den alternativen Vorstellungen Bülows vor allem die Gleichsetzung von Friedensbereitschaft bei den USA und der Sowjetunion sowie die fortgeschrittene Kooperationswilligkeit der Sozialdemokraten mit östlichen Kommunisten, die sich in der Bildung von Arbeitsgruppen von SPD-Politikern mit den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und anderer Länder des Ostblocks dokumentiere. Diese „institutionalisierte Kameraderie zwischen Sozialisten und Kommunisten" weckt nach den Worten des CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Klein im Westen Mißtrauen. Bundesverteidigungsministers Wörner warf der SPD vor, sich auf der Linie Bülows auf einem „sicherheitspolitischen Irrweg" zu befinden und sich von den Vorstellungen ihres Kanzlers Schmidt endgültig abgewandt zu haben.

Die Argumentationslinie der SPD war vom Parteivorsitzenden Brandt in einem Interview der „Husumer Nachrichten" vorgezeichnet worden. Empörung äußerte Brandt darüber, wie die Vorschläge von Bülows behandelt würden. Er sei empört, daß man einerseits sage, man wolle die nächste Wahl zu einer Wahl über die Wiedervereinigung machen, und sich andererseits nicht klar sei, „daß es die nur gibt, wenn sowjetische und amerikanische Truppen nicht mehr auf deutschem Boden stehen".

Pöhl: Preisstabilität hat Vorrang

Bundesbankpräsident setzt sich gegen Forderungen von EG-Parlamentariern zur Wehr

WILHELM HADLER, Straßburg

Die Bundesbank fühlt sich nicht als bremsende Kraft beim Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS). In einem Podiumsgespräch mit Europaabgeordneten ließ ihr Präsident, Karl-Otto Pöhl, aber keinen Zweifel daran, daß die Frankfurter Währungshüter die Schaffung einer europäischen Notenbank und damit die Übertragung währungspolitischer Kompetenzen auf Gemeinschaftsinstitutionen auf absehbare Zeit für unrealistisch halten.

Pöhl sah sich drängenden Fragen der Straßburger Parlamentarier ausgesetzt, die die Bundesbank bestürmten, sich in der Debatte über die weitere Entwicklung des EWS „weniger defensiv" zu verhalten. Pöhl hielt seinen Kritikern entgegen, die „Währungspolitik könne kein Instrument zur Schaffung der politischen Einheit Europas" sein. Auch die erste deutsche Zentralbank sei erst drei Jahre nach Gründung des Deutschen Reiches geschaffen worden.

Statt dessen berief sich Pöhl auf den gesetzlichen Auftrag der Bundesbank, die Preisstabilität zu sichern. Mehr als ihre Schwesterinstitute in der Gemeinschaft sei sie daher verpflichtet, alle Vorschläge zur Weiterentwicklung des Währungsverbundes unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen.

Forderungen, die auf eine gemeinsame europäische Währung hinausliefen, gehörten in die „Welt der Utopie, die mit der heutigen Realität der Europäischen Gemeinschaft nichts zu tun hat", meinte Pöhl.

Pöhl sieht jedoch keinen Grund, mit der bisherigen Entwicklung des EWS unzufrieden zu sein. So habe sich der Währungsverbund in Zeiten enormer Turbulenzen an den Devisenmärkten durchaus als widerstandsfähig erwiesen und für die Hälfte des deutschen Außenhandels stabile Wechselkurse gesichert. Wenn das EWS auch nicht der Hauptgrund für die in den vergangenen Jahren erreichte größere Konvergenz der Wirtschaftspolitik der EG-Staaten darstelle, so habe es doch zumindest die Kräfte in den Mitgliedsstaaten unterstützt, die auf eine Stabilitätspolitik drängten.

Als Voraussetzung für grundlegende Fortschritte beim Ausbau des EWS nannte Pöhl neben einer gleichgerichteten Wirtschaftsentwicklung der europäischen Länder den Abbau aller Beschränkungen im Geld- und Kapitalverkehr sowie den Beitritt Großbritanniens zum EWS.

Die Notenbanken der EG sähen die Probleme der Währungszusammenarbeit inzwischen zunehmend im gleichen Sinne. Es komme darauf an, das Währungssystem „effizient zu erhalten und weiterzuentwickeln".

EG-Parlamentspräsident Pierre Pflimlin plädierte für parallele Bemühungen zur Stärkung der wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit. Pflimlin sagte, in seiner langen politischen Laufbahn habe er festgestellt, daß Vorbedingungen, wie sie die Bundesbank stelle, stets das wirksamste Mittel gewesen seien, jeden Fortschritt zu behindern.

Guerrilla dehnt Terror auf Duarte aus

DW. San Salvador

Die salvadorianischen Rebellen haben ihren Terror gegen die Regierung nun auch auf die Familie von Präsident José Napoléon Duarte ausgeweitet: Seine Tochter Ines Duarte Duran wurde am Dienstag von einem Guerrilla-Kommando entführt.

Die Kidnapper verschleppten die 38jährige Frau beim Verlassen einer privaten Universität in San Salvador, wo sie Publizistik studiert. Bei einem Schußwechsel kam einer ihrer Leibwächter ums Leben, ein anderer erlitt Verletzungen. Wahrscheinlich ist auch einer der Entführer oder das Opfer verletzt worden.

Ines Duarte Duran, Besitzerin des kommerziellen Rundfunksenders „Radio Libertad" (Radio Freiheit), ist das älteste von sechs Kindern des Präsidenten. Die geschiedene Duarte-Tochter managte für ihren Vater den Präsidentschafts-Wahlkampf im vergangenen Jahr.

Die Vertreter der Regierung und ihre Familienangehörigen leben heute gefährlicher denn je, weil sich die marxistische „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) auf Terror- und Sabotageaktionen konzentriert und den Streitkräften nicht mehr offen gegenübertritt. Viele Beobachter in der Hauptstadt führen diese neue Taktik auf die überwältigende Überlegenheit der Regierungstruppen zurück, fast 50 000 Mann. Die Zahl der FMLN-Partisanen ist dagegen in den vergangenen Jahren von 10 000 auf 6000 gesunken. Ein Sprecher der Streitkräfte berichtete, seit 1982 seien 3545 Partisanen desertiert. Dennoch will sich der einflußreichste Guerrilla-Kommandeur Joaquin Villalobos nicht geschlagen geben. Er spricht von einem „langen Verschleißkrieg" und sieht die Rebellen am Ende als Sieger.

Der bisher spektakulärste Terrorakt ereignete sich am Abend des 19. Juni, als ein Killerkommando im Vergnügungsviertel „Zona Roasa" 13 Menschen ermordete, unter ihnen vier amerikanische Marine-Infanteristen und zwei amerikanische Geschäftsleute. Die Sicherheitskräfte nahmen in der vergangenen Woche drei FMLN-Mitglieder fest, die zum Kreis der Tatverdächtigen gehören.

Dieses Massaker hat zu ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen der politischen und militärischen Führung der Rebellen geführt. Guillermo Ungo und Ruben Zamora, die beiden höchsten Repräsentanten der „Demokratischen Revolutionsfront" (FDR), des politischen Arms der FMLN, übten offen Kritik. Sie befürchten, daß solche blutigen Operationen die letzten Hoffnungen auf neue Friedensgespräche zerstören.

Nach der Entführung der Duarte-Tochter sind diese Chancen noch weiter gesunken.

DER KOMMENTAR

Der falsche Kurs

GÜNTER ZEHM

Die Ungeduld der Bonner Deutschlandpolitiker wächst. Sie möchten mit dem Abschluß eines innerdeutschen Kulturabkommens endlich einmal einen „Erfolg" an der Verhandlungsfront vorweisen. Der Vertragstext sei „so gut wie fertig", heißt es. Es fehle „nur" noch eine befriedigende Formel für die Einbeziehung Berlins.

Daß die Formel der Dreh- und Angelpunkt des ganzen Abkommens ist, wird diskret verschwiegen. Hier und da besteht sogar die Neigung, sich mit einem ganz äußerlichen, routinemäßigen Anfügen der bei internationalen Verträgen üblichen Berlinklausel an den Text zu begnügen, obwohl diese Klausel noch nie vor der Diskriminierung Berlins auf Messen, Ausstellungen oder Kongressen geschützt hat. Ein Kulturabkommen, in dem nicht ganz konkret und detailliert die gleichberechtigte Mitwirkung des freien Berlins beim innerdeutschen Kulturaustausch festgeschrieben würde, wäre das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht.

Auf jeden Fall sollte vor der Paraphierung auch noch einmal über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz gesprochen werden. Man hat sie bisher „ausgeklammert", angeblich um überhaupt verhandeln zu können. Aber ohne die Schätze der Stiftung ist eine sinnvolle Ausstellungspolitik der westlichen Seite im innerdeutschen Rahmen gar nicht möglich. Der verbissene Boykott der Stiftung durch die „DDR" ist ein politischer Affront, der von einem Kulturabkommen nicht einfach ignoriert werden darf. Auch hier gilt: Lieber gar kein Abkommen statt ein Abkommen unter stillschweigender Duldung des östlichen Boykotts.

Weshalb setzt sich Bonn in Sachen Kulturabkommen eigentlich immer wieder unter Erfolgszwang? Gebraucht wird das Abkommen nicht. Die „Betroffenen" selbst, nämlich die deutschen Künstler und Schriftsteller, sind sich quer durch die politischen Meinungen darin einig, daß ein solcher Vertrag negative Auswirkungen haben könnte. Bisher noch einigermaßen funktionierende Kommunikationsströme würden bürokratischer Reglementierung anheimfallen, die SED bekäme ein Instrument in die Hand, um ihr nicht genehme Personen nun auch noch im Namen des Kulturabkommens zu diskriminieren.

Weshalb also die Eile? Zur Dämpfung politischer Profilierungsneurosen ist die Kultur zu schade.

Mitterrands Blitzbesuch im Südpazifik

DW. Paris

Die überraschend angekündigte Reise des Staatspräsidenten Mitterrand zum französischen Atomtestgelände auf dem Mururoa-Atoll wird in Paris als Ausdruck seiner Entschlossenheit gewertet, die französische Präsenz im Pazifik und die für die atomare Verteidigung des Landes wichtigen Atomversuche nicht in Frage stellen zu lassen. Auf dem Mururoa-Atoll wird Mitterrand heute an der Gründung eines französischen Koordinationskomitees für den Südpazifik teilnehmen, dem französische Botschafter in den Pazifik-Staaten sowie zivile und militärische Vertreter angehören.

Mitterrand will mit dieser Reise offenbar die Folgen der „Greenpeace"-Affäre begrenzen, nachdem die Versenkung des Schiffes „Rainbow Warrior" dem französischen Geheimdienst zur Last gelegt worden war. Der französische Präsident hatte die Bestrafung der Schuldigen angekündigt. Er hatte aber auch betont, Frankreich werde seine Atomversuche im Pazifik so lange fortsetzen, wie es für die Verteidigung des Landes erforderlich sei. Wer in die französischen Hoheitsgewässer um das Testgebiet eindringe, werde notfalls mit Gewalt vertrieben.

Der Präsident will sich über den neuesten Stand der „Greenpeace-Protestbewegung" gegen die im Oktober geplanten Atomversuche informieren. „Greenpeace"-Schiffe sind seit Tagen im Südpazifik versammelt. Sie bewegen sich konzentrisch auf Mururoa zu, um dort zu Beginn der Versuche einzutreffen.

Seite 5: Opposition begeistert

Möllemann bekommt mehr Kompetenzen

rmc./DW. Bonn

Die Kompetenzverteilung zwischen Jürgen Möllemann, dem von der FDP gestellten Staatsminister im Auswärtigen Amt, und dem neuen Staatsminister Lutz Stavenhagen (CDU) bestätigt offensichtlich Befürchtungen aus der CDU, daß der CDU-Politiker von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit vergleichsweise geringen Kompetenzen ausgestattet wurde.

Zu den neuen Aufgaben Möllemanns, dessen Bedeutung aufgewertet wurde, gehört jetzt vor allem die früher von dem verstorbenen Staatsminister Alois Mertes wahrgenommene Ost- und Sicherheitspolitik. Möllemann vertritt weiterhin den Minister bei den Vereinten Nationen, betreut Aufgaben des Auswärtigen Amtes im Zusammenhang mit der Dritten Welt und vertritt Genscher im Bundeskabinett.

Stavenhagen wird nach dem Willen Genschers die Europapolitik betreuen. Er sitzt dem Staatssekretärsausschuß für Europafragen vor, vertritt Genscher im EG-Ministerrat und betreut die Staaten des Atlantiks, der Karibik und des Pazifiks (AKP).

Stavenhagen komme dabei zugute, daß er sich in seiner bisherigen Arbeit außerhalb und innerhalb des Bundestages mit den Problemen von Forschung und Technologie vertraut gemacht habe, sagte Genscher bei der Amtseinführung des CDU-Politikers. Das Eureka-Projekt komme voran und für die November-Konferenz der beteiligten Regierungen in Hannover zeichneten sich erfolgversprechende Projekte ab.

SDP-Kongreß stärkt Owens Position als Parteichef

Weitere Annäherung an Liberale in Verteidigungspolitik

gtm./DW. Torquay

Aus dem gestern im Seebad Torquay beendeten Kongreß der britischen Sozialdemokraten (SDP) ist Parteiführer David Owen mit gestärkter Position hervorgegangen. In verschiedenen Punkten konnte er sich gegenüber dem linken Flügel der Partei durchsetzen. Auf dem Kongreß kam es auch zu einer weiteren Annäherung der SDP an ihren Bündnispartner – die Liberale Partei –, vor allem in der Verteidigungspolitik. Offenbar wollen die britischen Sozialdemokraten in der Verteidigungspolitik eine Position zwischen der neutralistischen Labour-Partei und den Konservativen einnehmen.

Die Sozialdemokraten hegen weder die Absicht, die Amerikaner und ihre Marschflugkörper aus Großbritannien zu vertreiben, noch plädieren sie dafür, daß London auf eine eigene atomare Streitmacht verzichten solle. Aus Kostengründen wendet sich die SDP jedoch strikt gegen das Vorhaben der konservativen Regierung, die Polaris-Raketen durch die in der Entwicklung befindliche „Trident" zu ersetzen. Die Sozialdemokraten plädieren dafür, die Ausmusterung der Polaris hinauszuschieben oder sie durch amerikanische oder europäische Raketen zu ersetzen.

Ein Antrag auf Abbau der britischen und der in Großbritannien stationierten amerikanischen Atomwaffen wurde vom Parteitag abgelehnt. Hingegen forderte der Kongreß die Parteiführung auf, sich für einen Verzicht auf die Stationierung neuer Raketen (einschließlich Marschflugkörper) für den Fall einzusetzen, daß die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf scheitern sollten.

Eindeutig wendet sich die SDP gegen die amerikanischen SDI-Pläne. Owen warf der Regierung Thatcher vor, in der Frage der Kernwaffenversuche nicht eindeutig für ein endgültiges Verbot der Tests einzutreten. Er beschuldigte die Regierung, gegenüber den USA eine devote Position einzunehmen. Dadurch habe sie den positiven Einfluß früherer Regierungen auf die amerikanische Öffentlichkeit als ehrlicher und offener Freund der USA eingebüßt.

G

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Steuer runter, Blei raus

Von Paul Spree

Leider haben es die Abgeordneten im Bundestag gestern versäumt, dem Finanzminister die wohl interessanteste Frage zu stellen, nämlich, um wieviel der Steuervorteil von bleifreiem Benzin ausgedehnt werden soll. Festzuhalten ist immerhin, daß die Regierung jetzt entschlossen ist, die Steuer als Steuerinstrument im Umweltschutz gezielter einzusetzen. Bleifreies Benzin soll, so will Stoltenberg, „degressiv" begünstigt werden, also mit fallenden Steuervorteilen bis zu jenem Zeitpunkt, wo nur noch unverbleiter Treibstoff getankt wird.

Derzeit klagen die Tankwarte, die beträchtliche Investitionen gewagt haben, noch über den kümmerlichen Absatz von bleifreiem Sprit. Das nimmt nicht wunder, denn die Kosten dieser Treibstoffart sind bei den kleinen Mengen sehr hoch. Zudem beträgt die Spreizung der Mineralölsteuer zwischen den beiden Treibstoffarten derzeit nur vier Pfennig. Umweltbewußte Kraftfahrer müssen also einige Pfennig mehr zahlen; der Fiskus bestraft die Saubermänner, statt sie zu belohnen. Diese Spreizung erweist sich als nicht herzhaft genug und wird jetzt erweitert.

Bei geschickter Handhabung der Mineralölbesteuerung wird der bleifreie Treibstoff einen Durchbruch erzielen, zumal die Mineralölwirtschaft jetzt auch zunehmend bleifreie Superkraftstoffe anbietet. Bei Normalbenzin ohne Blei ist die Versorgungsdichte fast schon flächendeckend, was man in so kurzer Zeit eigentlich nicht für möglich gehalten hätte. Im Gegensatz zu den siebziger Jahren geht die Industrie auch nicht mehr auf Abwehrkurs, sondern möchte gern an der Spitze des Umweltschutzes brillieren.

Das bleifrei betankte Auto stößt dann zwar dieses Metall nicht mehr aus, wohl aber genügend andere Schadstoffe. Diese aber vermag man um so besser herauszufiltern – beispielsweise mit Katalysatoren –, je mehr sich bleifreie Treibstoffe am Markt durchsetzen. Es ist zu vermuten, daß sich der schadstoffarme Autoverkehr schneller Bahn bricht, als die Prognosen es erwarten ließen. Technische Sprünge haben sich häufig rascher vollzogen, als Experten zuvor berechnet hatten. Das Bild vom Fortschritt als einer Schnecke hat eigentlich noch nie gestimmt.

In Schutt und Asche

Von Reiner Gatermann

Es gab Dienstagnacht keinen Toten im Birminghamer Stadtteil Handsworth, einen Tag nach der Schlacht. Diesmal waren 1400 Polizisten im Einsatz, 91 Personen wurden festgenommen, 19 Polizisten, 3 Feuerwehrleute und 3 Zivilisten verletzt – aber die Polizei war dennoch erleichtert, man hatte Schlimmeres befürchtet. Der neuerlich angerichtete Sachschaden – in Brand gesetzte Autos, Einbrüche und viele Plünderungen – ließ sich gestern noch nicht in Zahlen festhalten. Aber es brannten keine Straßenzüge, wie am Vortag. Und der neuernannte Innenminister Douglas Hurd, der am Dienstag in Handsworth war, konnte sich vor dem Steinhagel in einen Polizeiwagen flüchten.

Handsworth hat eine Sozialstruktur, die die Gefahr solcher Ausbrüche in sich birgt: Die Hälfte der 250 000 Einwohner ist jünger als 24 Jahre, und die Hälfte der Jugendlichen hat keine Arbeit. Knapp zwei Drittel der Familien sind Asiaten (Inder und Pakistani) oder Schwarze (aus der Karibik). Das Geschäftsleben beherrschen die Asiaten. Viele Schwarze handeln mit Rauschgift.

Die Behörden und die Vertreter der Bevölkerungsgruppen seit den Ausschreitungen in Brixton (London) vor vier Jahren versuchen, eine gewaltlose Form des Zusammenlebens zu finden. Dazu gehörte auch, daß die Polizei sich möglichst zurückhält. Das aber steigerte den Rauschgifthandel – und die deswegen erfolgte Verstärkung der Polizei wurde als Provokation verstanden. Die gesamte Kriminalität jedoch war bereits höher (im Juli gab es 200 Autodiebstähle, 209 Einbrüche in Geschäfte und 256 in Privatwohnungen), was die Kommunalpolitiker eigentlich beruhigt hatte.

Doch nach dem schlimmen Wochenbeginn muß neu geprüft werden, welche Brücken zwischen Behörden und Bewohnern sowie zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen noch bestehen; vieles auch in dieser Beziehung liegt in Handsworth in Schutt und Asche. Die Opposition macht zwar die Auswirkungen der Politik Frau Thatchers für die Ausbrüche verantwortlich, aber bisher hat es keine Regierung geschafft, mit diesem Problem fertig zu werden.

Nach zwölf Jahren Pinochet

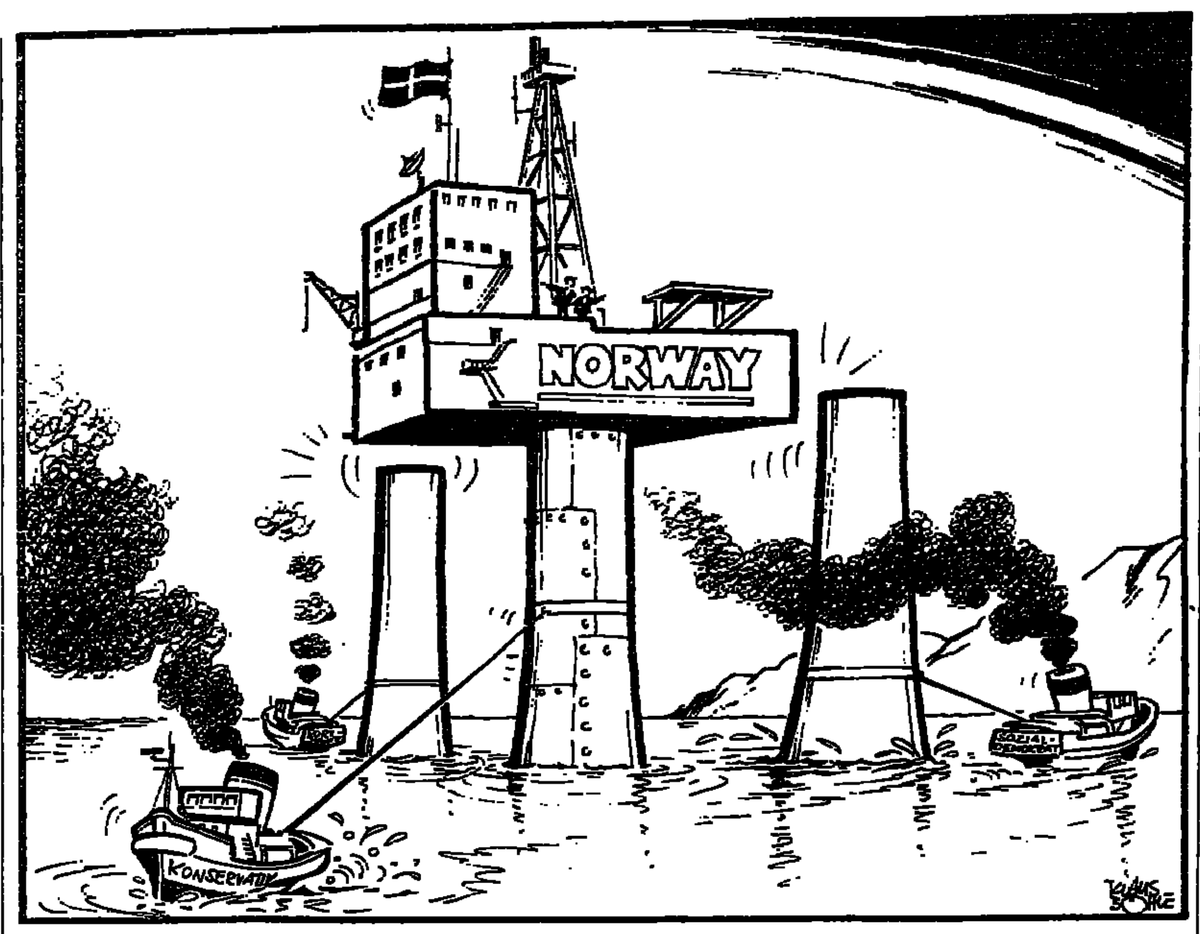
Von Günter Friedländer

Chiles Rückkehr zur Demokratie wird hoffentlich nicht auf den Straßen erkämpft, sondern in Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition abgesprochen werden. So sehen es die siebzehn Parteien in einem „nationalen Abkommen für den Übergang zur vollen Demokratie" vor, das ein Ausweg aus der konstitutionellen Krise zu werden verspricht, in der das Land sich nach genau zwölf Jahren der Herrschaft Pinochets befindet.

Das Abkommen ist in erster Linie Chiles jüngstem Kardinal, dem konservativ ausgerichteten Juan Francisco Fresno, zu danken, der es mit den Parteien ausgearbeitet hat. Für Pinochet ist es unheilvoll, daß er die Kirche nun offenbar gegen sich hat. Denn sie ist in Lateinamerika bei politischen Entwicklungen eine wichtige Kraft, wie Diktatoren von Argentinien bis Nicaragua erfahren haben.

Im Gegensatz zur von den Christdemokraten inspirierten „Demokratischen Allianz" hat das Abkommen nicht ein Maximal-, sondern ein Minimalprogramm aufgestellt: es fordert nicht das (beschämende) sofortige Abdanken Pinochets, sondern einen Übergang. Die einzigen Sofortmaßnahmen, die es empfiehlt, sind organisatorischer Natur, um in der Zukunft freie und geheime Wahlen abhalten zu können. Auch Pinochets Regierungsprogramm sieht das vor. Das Abkommen erklärt den Verzicht auf Gewaltakte. Die Kommunistische Partei Chiles wurde zu Verhandlung und Unterschrift des Abkommens eingeladen, zog sich aber zurück.

In den vergangenen Wochen, seit der Entdeckung, daß Polizisten des Mordes an Zivilisten schuldig sind, scheint es zum ersten Mal zu Unstimmigkeiten im Heer gekommen zu sein, das Pinochets Regime bisher stets verteidigte. Pinochet und das Heer haben nun einen glaubwürdigen Gesprächspartner, wenn sie an eine geordnete Rückkehr zur „orthodoxen Demokratie" denken, wie Pinochet sich verächtlich ausdrückt. Seine Präsidentschaft endet 1989, danach will er noch acht Jahre weiterregieren. Nicht erst die jüngste Protestwelle läßt daran zweifeln, ob das chilenische Volk das auch will.



Am Zuge KLAUS BÖHLE

Nationalneutralisten

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Das Bülow-Papier beginnt mit dem Satz: „Die Sicherheit der europäischen Völker wird seit 1945 durch die beiden Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges, die USA und die Sowjetunion, gewährleistet." Man sieht es vor sich, wie Brandt und Bahr zustimmend mit dem Kopf nicken.

Im Grunde kann man sich die weitere Lektüre dieses 23-Seiten-Entwurfs sparen; denn schon der einleitende Gedanke leitet die Analyse der europäischen Sicherheitslage in eine grundfalsche Richtung. Die Einführung müßte lauten: „Die Sowjetunion hat halb Europa okkupiert. Sie verweigert den unterworfenen Völkern das Selbstbestimmungsrecht. Sie teilt Deutschland und Europa. Damit verursacht sie den politischen Spannungszustand, der zur Hochrüstung der beiden Bündnisse in Europa, der NATO und des Warschauer Paktes, geführt hat." Mit diesem Ansatz kommt man zwangsläufig zu ganz anderen Schlüssen als der Sozialdemokrat Andreas von Bülow.

Die unreale Utopie eines ehrgeizigen SPD-Mannes, der es als ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium eigentlich besser wissen müßte, hat jedoch eine lange Vorgeschichte, deren Akteur Egon Bahr ist. Im Jahre 1968 war Bahr unter Außenminister Brandt Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt. Aus jener Zeit stammt ein Plan, wie die Teilung Europas zu überwinden sei. Das am weitesten in die Zukunft greifende Modell sah vor: Sicherheitszone in Europa, Auflösung der Bündnisse, Fernziel Wiedervereinigung der Deutschen – so hat es Bahr selbst formuliert. Noch 1978 sagte er: „Der Planungsstab muß überlegen, wie in einer sich entwickelnden Situation der Verfassungsauftrag zur Wiedervereinigung zu realisieren ist. Und da ist überhaupt nichts dran abzustreichen: Das geht nur durch Auflösung der Blöcke."

Wandeln wir weiter auf Bahrs Spuren. 1980 nahm er Konrad Adenauers spätes Wort von der friedliebenden Sowjetunion auf, um seine Grundthese aufzustellen, Moskau wolle keinen Krieg. Zuvor schon hatte Herbert Wehner erklärt, die sowjetische Militärmacht sei defensiv. Dem hatte Franz Josef Strauß in dieser Zeitung mit der Feststellung widersprochen, die sowjetische Militärmacht sei sowohl defensiv wie aggressiv – wie inzwischen in Afghanistan bewiesen. 1982 entwarf Bahr einen Drei-Punkte-Plan für eine auf Mittel- und Osteuropa begrenzte atomwaffenfreie Zone bei konventionellem Gleichgewicht. 1983 entwickelte er seine Vorstellungen von einer „Partnerschaft zur Sicherheit" zwischen NATO und Warschauer Pakt. Er verlangte, „daß wir die Bündnisse ... als Faktor der Stabilität erkennen". Hier, so scheint es, hat von Bülow seinen Einleitungssatz abgeschrieben. Egon Bahrs Credo: „Auch Kommunisten sind unentbehrliche Partner des Friedens."

Die Entspannungspolitik definierte Bahr als das Mittel, das den europäischen Staaten Gleichberechtigung gegenüber den Nuklearmächten verschaffe. Das Gewicht der nicht-atomaren Staaten in Europa „kann erst wieder zum Tragen kommen, wenn die Rüstungen keine beherrschende Rolle mehr spielen". Diesen Gedanken hatte Bahr schon ein Jahr davor in China vorgetragen, und das – so weit bekannt geworden – mit einer deutlichen Spitze gegen Amerika. Der Kampf um den Frieden, soll er gesagt haben, sei ein Kampf gegen die Hegemonialmächte. Die militärische Stärke der Vereinigten Staaten sei größer als deren Weisheit. Damals, 1982, hielt Bahr Amerika für gefährlicher als die Sowjetunion, und das soll er auch den Chinesen gesagt haben.

In jenen Jahren kommentierte Bahr seine eigene, also Willy Brandts Politik der Ostverträge mit den Worten, es sei damit begonnen worden, Vereinbarungen zu treffen, die funktionieren und „die Europa zu einer Oase gemacht haben, in der Stabilität und Frieden herrschen". Das Wort Oase muß man dreimal lesen. Schon den Chinesen hatte er auseinandergesetzt, daß die Bündnisse in Europa auch Kontrollinstrumente der Supermächte über ihre Verbündeten seien – was im Falle der Sowjetunion nachweislich stimmt, im Falle der USA aber erst einmal bewiesen werden müßte. In solche Sicht paßt Bahrs Aussage aus dem Jahr 1984 im Zusammenhang mit Überlegungen Henry Kissingers über eine Neuorganisation der NATO: „Es sollte mit der Selbstachtung der Europäer nicht vereinbar sein, sich bis zum Jahre 2000 an eine Perspektive festzuklammern, die dann noch immer die gleiche amerikanische Truppenstärke wie heute vorsieht."

Und damit sind wir wieder beim Bülow-Papier. Den Blick fest auf das Jahr 2000 gerichtet, übernimmt der Herr von Bülow das Kommando in Europa Ost und West. Den sowjetischen Truppen befiehlt er, sie „sollten" spätestens nach der Jahrtausendwende auf dem Absatz kehrt machen, um in ihre Heimat zurückzukehren, und den amerikanischen Truppen bläst er den Marsch, sie „könnten dann auch" Zug um Zug „in der Bundesrepublik bis auf einen kleinen symbolischen Rest, insbesondere in West-Berlin, abgezogen werden".

Bahr setzt phantasievolle, aber ohnmächtige Gedankenkonstruktionen gegen die waffenstarrende Machtpolitik der Weltmächte, und in diese alten Bahrschen Schläuche schüttet von Bülow seinen Glykolwein. Leider muß man diese mit demagogischen Elementen durchsetzte „Expertise" ernst nehmen. So also stellen sich führende Köpfe der SPD den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands vor. Ob Bahr und Bülow das Wort vom Nationalneutralismus akzeptieren oder nicht, dies ist der Weg in eine verbrämte Form des Neutralismus mit absehbarem Ende: ein vielleicht vereinigtes Deutschland unter dem sowjetischen Gesetz der Breschnew-Doktrin.

Johannes Rau, dem zögerlichen Kanzlerkandidaten in spe, möchte man Henry Kissingers Memoiren ans Herz legen. Dort steht geschrieben: Die Grundursache des Dilemmas unserer Zeit liege darin, „daß, wenn der Friede zum einzigen politischen Ziel wird, die Furcht vor dem Kriege zur Waffe in den Händen der Rücksichtslosesten wird; sie erzeugt die moralische Abrüstung".

Zögernder Kandidat in spe: Rau in Moskau FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Werner Dieter

Alles zehnmal größer

Von Joachim Gehlhoff

Das kommt nicht alle Tage vor: Ein Weltkonzern beruft in seine verwaiste Vorstandsspitze einen weithin unbekannten Mann, der noch nie ein solches Großunternehmen auch nur als Vorstandsmitglied mitgeführt hat. So geschah es nun beim Düsseldorfer Röhren- und Maschinenbaukonzern Mannesmann, einer der ersten deutschen Industrie-Adressen.

Einstimmig, ohne Querelen, bestellte der Aufsichtsrat gestern den Fachschul-Maschinenbauingenieur Werner Dieter zum Nachfolger des nach zweijähriger Amtszeit verstorbenen Professors Franz Josef Weisweiler. Ein Mann, der bisher als Leiter der Rexroth-Gruppe einen der acht Unternehmensbereiche des Konzerns führte, regiert nun einen Multi, der in diesem Jahr mit 106 000 Beschäftigten achtzehn Milliarden Mark Weltumsatz macht und 180 000 Aktionären gehört.

Der aus dem zweiten Glied hervorgetretene neue Chef wurde allerdings schon lange beachtet. Als Glücksfall in nun doppeltem Sinn preist man heute in der Konzernzentrale, daß sich Mannesmann auf seinem Weg vom Montan- zum Technologiekonzern von 1968 an schrittweise bei den Rexroths in Lohr am Main einkaufte.

Ein Glücksfall einerseits, weil der dreiundachtzigjährige Familiensenior Ludwig Rexroth die ländliche Eisengießerei seiner Vorfahren einst mit wagemutigem Schritt in die Ölhydraulik-Technik, den „Muskel des zwanzigsten Jahrhunderts", zu einem Produzenten von Weltrang machte. Und weil er im rasanten Aufschwung der Firma rechtzeitig erkannte, daß in Kapital wie Führungspotential die Familie den Höhenflug nicht mehr begleiten konnte.

Ein Glücksfall andererseits, weil sich Mannesmann aus heutiger Sicht mit Rexroth auch schon die Lösung für das unerwartete Nachfolgeproblem an der eigenen Konzernspitze kaufte. Denn Werner Dieter, in zwei Wochen wird er sechsundfünfzig Jahre alt, ein Eisenbahnbeamten-Sohn aus Stuttgart, nach Esslinger Ingenieurschule einige Jahre bei Bosch, heuerte schon 1960 bei Rexroth als Entwicklungs- und Vertriebschef für die junge Hydrauliksparte an. Seit 1965 war er als Geschäftsführer die treibende Kraft zum Aufstieg der Firma von einst dreißig Millionen Mark Umsatz zu einem Gebilde, das in diesem Jahr mit reichlich 10 000 Beschäftigten 1,8 Milliarden Mark Umsatz macht, davon fast zwei Drittel auf Auslandsmärkten und fast ein Viertel aus eigener Auslandsproduktion.



Neuer Mannesmann-Chef: Dieter FOTO: JUPP DARCHINGER

Kein Wunder also, daß die Nachfolge-Sucher, voran der seit zwei Jahrzehnten erfolgreiche Konzernumwandler Egon Overbeck, auf diesen Mann kamen. Simpel gesagt: Der neue Chef braucht an solche bislang von ihm verantworteten Zahlen nur eine Null anzuhängen – und hat die heutige Struktur des Mannesmann-Konzerns in Arbeitsplätzen und Weltgeschäft.

Den Erfolg allerdings, der bei Rexroth so beständig an seinen Fersen klebte, muß der Schwabe, der seine Zeit auf „Firma und Familie" (drei Kinder) aufteilt, beim noch nicht beendeten Strukturwandel dieses „Großunternehmens der Kleinaktionäre" erst noch erkämpfen. Seine einstimmige Wahl an die Konzernspitze läßt hoffen, daß Dieters in Produkt-Innovation und Markt-Penetration gleichermaßen ausgeprägte Qualitäten weniger als bei seinen Vorgängern durch Querschüsse aus dem Lager der Mitbestimmer belastet werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

ABENDZEITUNG

Das Münchner Blatt meint zur Bonner Familienpolitik:

Zum Abschied gibt sich Familienminister Heiner Geißler generös: 10 Millionen Mark jährlich mehr gesteht er nun der von ihm ins Leben gerufenen Stiftung „Mutter und Kind" zu. Zu überschäumender Dankbarkeit besteht gleichwohl wenig Anlaß: Was als Wohltat ausgegeben wird, ist in Wahrheit nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Denn Geißlers Lieblingskind, mit dem er die Zahl der Abtreibungen kräftig senken will, war längst pleite. Schon zur Jahresmitte mußten sich – in einigen Regionen – viele schwangere Frauen aufs nächste Jahr vertrösten lassen oder ganz ohne milde Gabe von dannen ziehen. Natürlich kann man den Run auf Geißlers Baby-Kassen als großen Erfolg feiern. Kenner sprechen höchstens vom Mitnahmeeffekt. Tatsächlich wird wohl kaum eine Frau ihre Entscheidung für oder gegen ein Baby von den (durchschnittlich) nicht einmal 4000 Mark Stiftungsunterstützung abhängig machen.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung meint zu den Unruhen von Birmingham:

(Das) waren im klassischen Sinne keine Rassenunruhen. Es war ein verabscheuungswürdiger Raubzug von einigen hundert zumeist schwarzen Jugendlichen in einem vornehmlich schwarzen und asiatischen Getto. Einige Weiße haben sich diesem angeschlossen. Es gibt keine Berichte über Angriffe auf Weiße ... Anscheinend ist es zu einer spontanen Orgie von Plünderung und Brandstiftung gekommen. Da viele der kleinen örtlichen Geschäfte Asiaten gehörten, waren es Asiaten, die den Hauptteil der Diebstähle und Feuerschäden erlitten. Handsworth hat den Ruf für eine schrecklich hohe Arbeitslosigkeit und schreckliche Wohnverhältnisse. Die Polizei hat kürzlich hart gegen die Drogenhändler durchgegriffen. Die Anordnung für scharfe Polizeikontrollen in den Gettogebieten, wo angeblich die Drogen zirkulieren, ist eine Einladung zu gewaltsamer Unruhe. Das mag die Situation gewesen sein, die den Funken zu den Gewaltakten lieferte.

DEUTSCHE TAGESPOST

Die Würzburger Zeitung beschäftigt sich mit Reiseplänen ins ferne Japan:

Die Frankfurter SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung drängt auf einen Besuch von Hiroshima. Eine ganze Delegation muß es gleich sein, die an Ort und Stelle erkunden soll, was damals geschah. Ärzte, Wissenschaftler und Publizisten sollen die Herren Stadtverordneten begleiten und die Spätfolgen des atomaren Angriffs erkennen und bewerten, heißt es. Für was eigentlich? Es gibt unendlich viel Material über die Tragödie in jeder Sprache. Klügere Leute als Frankfurter Kommunalpolitiker roter und grüner Couleur haben eingehende Untersuchungen längst vorgenommen. Das wissen auch die Anreger der Reise, die so unnötig ist wie ein Kropf. Doch ... Hiroshima ist eine politische Mode geworden.

Kabel für Hochhäuser, Schüssel für Einzelhäuser?

Schwarz-Schillings neue Preise / Von Peter Jentsch

Gleichgültig, wie Postminister Christian Schwarz-Schilling das Kabel dreht und wendet, gleichgültig, welche neue Initiative er ergreift: immer wird ihm daraus ein Strick gedreht.

Diesmal, nach seiner Vorlage zur Änderung der Gebührenstruktur für den Kabelanschluß von 1986 an, mit dem Verzicht auf Subskriptionspreise (also auf Subvention), gibt es sogar Ärger mit Parteifreunden. Eine große Schwierigkeit besteht für ihn darin, daß die Programmanbieter auf mehr Zuschauer warten und die Zuschauer auf mehr Programme.

Mit seiner Preispolitik, die am 10. Oktober vom Postverwaltungsrat abgesegnet werden muß, versucht Schwarz-Schilling, diesen Kreis zu durchbrechen. Nach einem Gutachten (von 1984) des Münchner Kommunikationswissenschaftlers Eberhard Witte wird Kabelfernsehen für die werbende Wirtschaft lukrativ, wenn bundesweit rund 4,4 Millionen Haushalte (Stand Juli: 1,24 Millionen) angeschlossen sind. Witte schlägt vor, mit wachsender Anzahl der Wohnungen pro Übergabepunkt die Gebühren zu senken und sie mit sinkender Wohnungszahl pro Übergebepunkt zu steigern.

Eben dies hat der Post-Minister jetzt vorgeschlagen. Er will eine fünfzigprozentige Erhöhung der Kabelanschlußgebühren für Einfamilienhäuser (von 500 auf 750 Mark) und eine drastische Gebührensenkung für Großbauten mit vielen Wohnungen. Gleichzeitig soll der Subskriptionspreis für den Kabelanschluß (350 statt 500 Mark, in der Regel für Neubauten), mit dem die Post in der Startphase der Verkabelung Anreize schaffen wollte, im Oktober 1986 abgeschafft werden.

Schwarz-Schillings Gebührengestaltung ist marktwirtschaftlich korrekt. Außerdem will er möglichst viele Wohnungen verkabeln. Einzelanschlüsse, die auch für die Post teuer sind, sollen dem Verbraucher teuer in Rechnung gestellt werden. Mit der degressiven Gestaltung der Gebühren (für die elfte bis einhundertste angeschlossene Wohnung pro Übergabepunkt nur noch 25 Mark) soll die Akzeptanz erhöht werden.

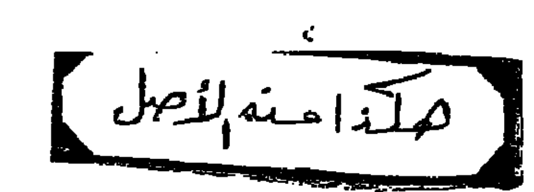
Indes gibt es auch berechtigte Kritikansätze. Geht die geplante Gebührenstruktur nicht von der falschen Prämisse aus, daß in Ein- und Zweifamilienhäusern nur „reiche Leute" wohnen, die diese Belastung tragen können? Gerade wegen der ländlichen und strukturschwachen Gebieten wird Schwarz-Schilling Protest aus den Flächenländern, etwa aus dem CDU-regierten Rheinland-Pfalz und Bayern (CSU), hören. Die Gebührenveränderung ist für rund sechzig Prozent des Wohnungsbestandes negativ; wenn man Häuser mit bis zu fünf Wohneinheiten, in denen die Anschlußgebühr bei 400 Mark liegt, mitrechnet.

Auch sei die polemische Frage erlaubt, wie es die Post denn mit ihren sonstigen Gebühren hält? Müßten, dieser Logik folgend, nicht auch der Brief, das Paket oder das Telefon für den Einödhof teurer sein als für Hochhausbewohner?

Ein weiteres Problem stellt sich mit der verbilligten Verkabelung von Wohngroßanlagen. Kann der Vermieter, der seine Kosten für den Kabelanschluß wieder einbringen will, einen Mieter zum Kabelanschluß zwingen? Zwar stellte das Berliner Kammergericht in einer Entscheidung Mitte dieses Jahres fest, daß der Kabelanschluß „eine Maßnahme zur Verbesserung der gemieteten Räume ist". Das Gericht machte aber zugleich deutlich, daß der Mieter beim Anschluß an das Kabelnetz der Post die Beseitigung der Dachantenne nicht dulden müsse, solange nicht gewährleistet sei, daß sämtliche über diese Antenne zu empfangenden Programme (Rundfunk wie Fernsehen) auch über das Kabel zur Verfügung stünden (Informationsfreiheit). Eben das kann die Post aber nicht.

Weder die in den Lang-, Mittel- und Kurzwellenbereichen empfangbaren Sender noch alle auch in verminderter Qualität empfangbaren Sender des UKW-Bereichs werden über Kabel verteilt. Folge: Der Vermieter kann die Wohnungen nicht gegen den Willen der Mieter verkabeln.

Schwarz-Schilling will dieses Problem lösen, indem von 1987 an nach dem Start von „TV-Sat" auch die TV-Satellitenprogramme gegen eine Mehrgebühr von 2.40 Mark im Monat in die Kabelnetze eingespeist werden sollen. Diese Programme wären aber auch mit einer schüsselähnlichen Antennenanlage, die nach heutigen Schätzungen etwa 1000 Mark kosten wird, zu empfangen. Da wird mancher Kunde zögern, sein Heim verkabeln zu lassen, was neben den Anschlußgebühren noch monatliche Gebühren kostet und wahrscheinlich nicht alle Programme bietet.



Ed Koch – der immer noch frische Wind über New York

Seine dritte Amtszeit gilt als sicher: Ed Koch, New Yorks Stadtoberhaupt, ist in Gedanken schon bei seiner vierten Amtszeit. Seine Popularität ist beinahe ein politisches Wunder in einer Stadt, die kaum regierbar ist.

Von HEINZ BARTH

Er ist der 105. Bürgermeister des neu- und auch urzeitlichen Monsters, das sich New York nennt. Und er ist entschlossen, dafür zu sorgen, daß dieses kommunale Ungeheuer nicht so bald einen 106. Dompteur bekommt. Bevor er im November das dritte Mal zum Oberhaupt der am schwersten regierbaren Stadt der Welt gewählt wird – denn daran zweifelt niemand –, spricht er schon jetzt meist von dem, was er in seiner vierten Amtszeit zu tun gedenkt, mit der nach weiteren vier Jahren zu rechnen ist.

Edward Irwin Koch, Bestseller-Autor einer würzigen Selbst-Biographie, Titelfigur des Broadway-Musicals „Mayor", ist mit 60 Jahren fest in der Rolle verankert, die aus dem Bürgereinen Hexenmeister von New York gemacht hat. Als er 1977 nach einem hauchdünnen Wahlsieg das Steuer der heruntergekommenen Metropolis übernahm, taumelte sie am Rand eines Abgrundes von Bankrott, Korruption, Schmutz und Crime. Um ihre sogenannten „Services" zu erhalten, ging sie, wie andere Metropolen Amerikas, in Washington betteln. Sie mußte einige Tausend Polizisten entlassen, die sie im Kampf gegen das Verbrechen am nötigsten brauchte. Die Banken hatten lange aufgehört, ihr Kredit zu geben.

Wie die körnige Haut eines Sauriers hatten sich die Avenuen New Yorks mit Schlaglöchern überzogen. Die mit obszönen Grafitti verschmierten Metro-Züge waren zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Unter den einbrechenden Straßendecken verschwand schon mal ein kanarien- gelbes Taxi oder eine langachsige VIP-Limousine. Acht Jahre später war jetzt die Vorwahl der Demokratischen Partei, die Ed Koch am Dienstag im Vorübergehen gewann, ein unterhaltsam präsentiertes Nichtereignis. Von Spannung keine Spur. Und was hieß schon Vorwahl der Demokraten? Es war eine Vorwahl der New Yorker, die republikanische Konkurrenz einbegriffen, die ihren populärsten Mayor seit Fiorello La Guardia noch lange behalten wollen.

In der großen Depression von 1929 wurde die Stadt von einem kleinen Dicken aus der materiellen Misere geführt. Jetzt ist sie glücklich mit einem langen Hageren, der die moralische Krise ihres Selbstvertrauens überwand. Dazwischen lag das administrative Ödland von Jahrzehnten, in denen es ständig abwärts ging. Koch hat das trübselige Los eines von Problemen umstellten Kommunalpolitikers mit den goldenen Folien des Schau-Geschäfts verglittert. Er weiß, eine Metropolis wie diese will nicht nur verwaltet, sie will auch unterhalten sein. Der Rest im November, wo er es wie das letzte Mal wieder auf 75 Prozent der Stimmen bringen könnte, ist nur noch Formsache.

Was seiner Wahlkampagne an Spannung fehlt, hat er mit Pep und Selbstironie, den wichtigsten Ingredienzien seines Erfolges, aufbereitet. Niemand braucht die Kassenschalter des Broadway zu passieren, um den „Mayor" zu erleben. Es gibt ihn auf einem mit Girlanden umkränzten Wahlpodium in den Schluchten von Manhattan in persona, wo er leichten Fußes, ein Stöckchen kokett schwingend und sich als „Bürgermeister der Schlaglöcher" persiflierend, dem Wahlvolk etwas vorsteppt.

Keine Frage: Der Mann ist in Form. Das morgendliche Joggen gehört zu seinem Fitness-Ritual, bevor er sich gegen sieben Uhr an seinen Schreibtisch setzt. Er wußte es immer, daß diese skeptische, abgebrühte und unverträgliche Stadt nichts so nötig hat wie einen Schuß Optimismus und einen Hauch Frische, der den aus den Eingeweiden Manhattans aufsteigenden Gestank über die Spitzen der Wolkenkratzer liftet. Der Sohn jüdischer Einwanderer aus Polen, die mit ihrem Pelzmantel in der Depression untergingen, weiß, wie er seine Vaterstadt zu regieren hat: „Wie eine große und streitsüchtige jüdische Familie. Meine erste Priorität", sagt er, „ist die Wirtschaft. Sie besteht aus zehn ersten Prioritäten."

Tatsächlich hat er es fertiggebracht, die Finanzen New Yorks zum ersten Mal seit undenklichen Zeiten aus den roten Zahlen zu bringen. Als er in der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre mit Schuhen hausierte, hatte er gelernt, daß man kein Geld ausgeben kann, das man nicht hat. Dazwischen aber lag eine politische Karriere, die ihn weit nach links führte. Er begann als Wahlhelfer für Adlai Stevenson und wurde als Reform-Demokrat fünfmal in den Kongreß gewählt. Doch auch aus dem Linksliberalen wurde, nachdem er das New Yorker Rathaus erobert hatte, ein Neokonservativer, der sich heute gegen den Vorwurf zu wehren hat, daß seine Sparsamkeit auf Kosten der ärmeren Schichten und besonders der Schwarzen geht.



Ed Koch, das Glückskind: Nicht nur die Schönen sind ihm hold, auch New Yorks Wähler mögen ihn

FOTO: AP

Daran mag einiges sein. Er ist zu einer Symbolfigur des noch immer akuten Konfliktes zwischen Juden und Farbigen geworden, der sich in New York schärfer ausprägt als sonst in den Vereinigten Staaten. Daß er trotzdem auch in schwarzen Stadtbezirken große Mehrheiten erreicht, spricht für die politische Intelligenz und den Wirklichkeitssinn der New Yorker. Ein fiskalisch Konservativer ist noch lange kein Rechter. Von dem 14-Milliarden-Budget New Yorks entfallen 56 Prozent auf soziale Leistungen für die Bevölkerungsgruppen, einschließlich der Puertoricaner, die unter der Armutgrenze leben. Kochs Argument: „Wer profitiert von einer finanziell sanierten Stadt? Die Armen. Wer flieht aus der Stadt, wenn sie bankrott geht? Die bürgerlichen Schichten. Die Armen können nicht flüchten."

Der Frühaufsteher Ed Koch ist auch früh aufgestanden, als es die psychologischen Veränderungen zu ertasten galt, die sich in Amerika seit Ende der siebziger Jahre ereignet haben. Lange bevor die Popularität Ronald Reagans es weithin sichtbar machte, daß die Nation die Krise ihres Selbstverständnisses überwunden hatte, lange auch bevor Washington mit der überfälligen Demontage des Staatszentralismus begann, hatte Ed Koch die Zeichen der Zeit erkannt. Er begriff früher als andere, daß Amerikas Metropolen künftig auf sich selbst gestellt sein würden und auf die Milliardenzuschüsse des Bundes verzichten müßten. Bei ihm wurde die Eigenverantwortung wieder groß geschrieben, bevor der Begriff Reaganismus erfunden war.

Selbst die sozial schwächeren Schichten wollen nicht, daß New York wieder in die frühere Dekadenz zurückfällt, die einem neuen Unternehmungsgeist gewichen ist. Es war die Vitalität Kochs, die sich auf die Stadt übertrug. „Mach ich es recht?" ist die Frage, die der Bürgermeister unaufhörlich anderen – und damit eigentlich sich selbst – stellt. Was er am richtigsten macht, ist die geradezu elementare Direktheit, mit der er die Dinge angeht. Barbara Walters, Amerikas am wenigsten moderate Moderatorin, fragte den Junggesellen einmal bei offenem Bildschirm, ob es denn normal sei, daß er nie verheiratet war. Darauf Ed Koch: „Sie sind doch geschieden. Hat das Ihr Sexleben beeinträchtigt?"

Direkt ist er auch, wo es um die städtischen Probleme geht. Da wird nichts unter den Teppich gefegt, nicht die Kriminalität, die noch immer zu hoch ist, nicht die katastrophalen Zustände an den Schulen, nicht das unmögliche Verkehrs-System. Aber schon der Mut und die Selbstsicherheit, keines der Probleme zu verstecken, hat die Atmosphäre verwandelt. Manche halten ihn für einen Krypto-Republikaner. Er hat sich weit von der Vergangenheit eines Weichschuh-Intellektuellen entfernt, der in der Vietnam-Ära Amnestie für die Kriegsdienst-Verweigerer verlangte und heute seine früheren Freunde erzürnt, weil er die Wiedereinführung der Todesstrafe fordert. Die Realität der Stadt, für die er sich verantwortlich weiß, hat ihn auf vielen Gebieten eingeholt.

Man sollte es vielleicht nicht ideologische Freundschaft nennen, was ihn mit Ronald Reagan verbindet. Aber ein unfehlbares Gespür für die Stimmung der Mehrheit liegt beiden im Blut. Eine Wechselwirkung zwischen dem Republikaner im Weißen Haus und dem Demokraten in der New Yorker City Hall funktioniert schon seit langem. Sie funktioniert ausgezeichnet, weil sich über die Parteigrenzen hinweg die Popularität von zwei Männern ergänzt, die ein Ohr für den Pulsschlag Amerikas haben.

Warum München Garagen und 2093 Wohnungen kauft

Der Neuen Heimat steht das Wasser bis zum Hals. Rettung soll der massenhafte Verkauf von Wohnungen bringen, oft zum Nachteil der Mieter. Die Stadt München fand einen ungewohnten Weg zur Hilfe.

Von PETER SCHMALZ

Der Auftritt ist ganz nach dem Geschmack von Georg Kronawitter: Im Gesicht noch die Bräune der kretischen Sonne präsentiert sich der Münchner Oberbürgermeister am Ende der späten Rathaus-Sommerpause vor der Presse strahlend als ein Herkules, der im Interesse seiner Stadt einen mächtigen Konzern in die Knie gezwungen hat. „Wir haben in der Tat einen Durchbruch erzielt", sagt der SPD-Politiker und legt den Reportern ein Erfolgspapier vor, worauf ihnen kaum noch eine Frage über die Lippen schlüpfen mag.

Der Oberbürgermeister ist voll des Lobes über seine Tat: „Wir bewahren über 2000 Münchner Familien vor einem drohenden Wohnungsverlust und nehmen ihnen die Angst vor weiterer Ungewißheit, und wir leisten gleichzeitig einen Beitrag gegen Spekulationen und mögliche Luxussanierung." Kronawitter, gelang es, in zähen Verhandlungen während der Urlaubswochen den drohenden Verkauf von billigen und öffentlich geförderten Wohnungen an Spekulanten und Luxussanierer dadurch abzuwenden, daß er mit einem tiefen Griff in den Stadtsäckel 165 Millionen Mark mobilisiert und die 2093 in Frage stehenden Wohnungen samt 229 Garagen in städtischen Besitz bringt. „Wir erweitern damit den Grundbestand an preiswerten Wohnungen um eine beachtliche Zahl."

Über einen Umstand, der dem Gewerkschaftsmitglied Kronawitter zutiefst unangenehm sein muß, geht er flott hinweg: Der Verkäufer, mit dem über Wochen hinweg hart gerungen wurde, ist kein anderer als der gewerkschaftseigene Wohnungsbaukonzern Neue Heimat, der allein in der bayerischen Landeshauptstadt 20 000 Wohnungen sein eigen nennt. Die Mieter, nicht selten Gewerkschaftsmitglieder, bauten auf die besondere Sozialverpflichtung eines Gewerkschaftsunternehmens und fühlten sich unter den NH-Fittichen sicherer als Nachbarn, die den nicht immer noblen Gesetzen des Münchner Wohnungsmarktes unterlagen.

Der edle Schein des Hamburger Konzerns bekam jedoch seine ersten dunklen Flecken, nachdem der selbstherrliche „King Albert" Vietor den Vorstandssessel räumen mußte und das Fiasko seiner Geschäftspolitik zum Vorschein kam: Der Immobilien-Raffer hätte auf Kredit rücksichtslos ein Imperium aufgekauft, das nun nicht einmal mehr genug Einnahmen hat, die fälligen Zinsen zu zahlen. 1982 und 1983 mußten die Gewerkschaften 1,3 Milliarden Mark zuschießen, um den drohenden Zusammenbruch des maroden Riesen zu verhindern.

Bereits damals trennte sich Vietor-Nachfolger Diether Hoffmann von einigen tausend Wohnungen. Allein in München wurden 933 Sozialwohnungen in der Form verscherbelt, daß die öffentlichen Darlehen vorzeitig zurückgezahlt wurden und somit der höhere Preis einer mietpreisgebundenen Wohnung erzielt werden konnte. In einem Brief vom 27. Januar 1983 versicherte die Neue Heimat dem damaligen Münchner Oberbürgermeister verbindlich, sie plane darüber hinaus in München keine weiteren Veräußerungen von öffentlich geförderten Wohnungen.

Das Versprechen hielt nur gut zwei Jahre. Inzwischen verschlechterte sich die NH-Lage derart, daß Vorstand Hoffmann dem DGB-Bundesvorstand in einem Positionspapier eingestehen mußte: „Aus heutiger Sicht hat sich die Neue Heimat mit der Aufnahme fremden Geldes im Interesse eines sehr umfangreichen und weit gespannten Wohnungsbauprogramms übernommen."

Seit 1982 wurden bereits 32 000 Wohnungen zum Erlös von rund einer Milliarde Mark verkauft, von den restlichen 300 000 Einheiten müßten aber nochmals 20 Prozent abgestoßen werden. Dabei gelinge der Verkauf an Mieter „nur in einem mäßigen Tempo, das nicht ausreicht, um den Wettlauf mit Zins und Zinseszins für den Schuldenberg zu gewinnen".

Hoffmann sieht die Rettung nur noch in einem schnellen Verkauf über die Köpfe seiner Mieter hinweg: „Es gibt keinen anderen Weg, die aus der Vergangenheit stammende und heute existenzgefährdende Verschuldung abzubauen."

In München sollten deshalb 2093 Wohnungen, die Hälfte davon öffentlich gefördert, zu einem Quadratmeterpreis von 960 Mark en bloc an die von den Gewerkschaften erst Ende 1984 gegründete BG-Immobiliengesellschaft abgestoßen werden. Erich Kiesl schalt die Absicht einen „eklatanten Wortbruch", und sein Amtsnachfolger Kronawitter wetterte: „Es bedarf keiner Phantasie, daß diese Wohnungen anschließend zu weitaus höheren Preisen weiterverkauft werden und damit eine Praxis vollzogen wird, die sonst nur von Spekulanten geübt wird."

NH-Boß Hoffmann eilte daraufhin zwar an die Isar, zeigte sich aber von Kronawitters Appellen unbeeindruckt: „Wir müssen verkaufen." Das Angebot der Stadt, die Münchner Immobilien für einen Quadratmeter von 1000 Mark zu übernehmen, lehnte Hoffmann damals ab: Es handle sich um ein Blockgeschäft, bei dem zum gleichen Preis auch weit weniger attraktive Häuser in der Provinz übernommen werden.

Doch die Hoffnung Hoffmanns, den Deal ähnlich blitzartig wie in den schwäbischen Städten Ludwigsburg, Geislingen oder Waiblingen über die Bühne zu bringen, wurden in der Millionenstadt München zerstört. Die zumeist gewerkschaftlich organisierten Mieter mobilisierten die Gewerkschaftsbasis, worauf der örtliche DGB-Vorsitzende und SPD-Stadtrat Alois Mittermüller seinem Oberbürgermeister die brisante Situation in kräftigen Farben malte. Den SPD-Funktionären fuhr zudem der Schreck in die Glieder, daß ein lautstarker Protest der Gewerkschaftsbasis gegen Neue Heimat und Rathaus der CSU für den Landtagswahlkampf im kommenden Jahr willkommene Munition liefern würde.

Kronawitter erhöhte daraufhin sein Preisangebot um 50 Prozent auf 1495 Mark je Quadratmeter, was zu einer Gesamtsumme von 165 Millionen Mark führt. Die Neue Heimat willigte ein, ist doch damit ihr erklärtes Ziel, aus München 150 Millionen Mark herauszuholen, mehr als erreicht. Noch weiß Kronawitter nicht genau, woher er die dreistellige Millionensumme nehmen soll, denkt aber unter anderem auch an die staatlichen Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau und hofft auf die Zustimmung der Rathausfraktionen.

Die FDP signalisierte jedoch schon Ablehnung. „Steuergelder sind nicht dazu da, einem gemeinnützigen Unternehmen wie der Neuen Heimat aus der Klemme zu helfen", meinte die liberale Stadträtin Heidrun Kaspar. „Wir dürfen nicht die Gewerkschaften aus ihrer Verantwortung entlassen. Schließlich müssen bei jeder in Schwierigkeiten geratenen Privatfirma die Gesellschafter nachschießen."

Mit der fidelen „Viererbande" über Sprachbarrieren

Ein deutsch-französisches Fernsehprojekt für Grundschüler soll dazu beitragen, im oberrheinischen Grenzgebiet die Sprachbarrieren zu überwinden. Pädagogen sprechen von einem „Sprachwerk" anstelle des traditionellen Sprachunterrichts.

Von A. GRAF KAGENECK

Isabelle und Lucas, Max und Lena heißen die Helden – eine französisch-deutsche „Viererbande". Alle zusammen sind sie genau 40 Jahre alt. Sie haben sich auf einem Campingplatz in den Vogesen kennengelernt, und das ganze begann mit einem Ärger: Die Leclercs aus Colmar, Eltern von Isabelle und Lucas, hatten den Stammplatz belegt, auf den seit Jahren immer die Fischers aus Baden-Baden gezogen waren.

Wäre nicht Hinni, der Hund der Fischers gewesen, der die Katze der Leclercs verfolgt und beinahe ins Jenseits befördert hätte, man hätte sich nie kennengelernt und vermutlich auf Dauer eine deutsch-französische Schnute gezogen.

So aber werden sie Freunde und bestehen gemeinsam viele Abenteuer, obwohl zunächst keiner die Sprache des anderen versteht. Ein Zustand, der weitgehend deutsch-französische Realität ist. Um die Sprachbarrieren zu überwinden, ließ man sich nun beiderseits der Grenze etwas einfallen.

Der Südwestfunk in Baden-Baden und der Regionalrat des Elsaß, das Lokalparlament auf der französischen Seite, beschlossen eine gemeinsame Fernsehproduktion. Das Buch war schnell geschrieben. Hauptdarsteller sollten zwei junge Deutsche und zwei junge Franzosen sein, die im Laufe ihres Sichkennenlernens „einfach so dahinplappern, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist". Das tun sie in sechs Folgen, die seit gestern in den drei deutschen Grenzländern Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, etwas später im französischen Regionalsender FR3 an der Ostgrenze ausgestrahlt werden. Von Mal zu Mal verstehen sie sich besser, ersetzt das Wort die hilflose Geste, kommt die Sprache des anderen ganz von alleine auf die Zunge. Am Schluß kann man sich verständigen, ohne ein einziges Mal zu den klassischen Methoden des Sprachunterrichts gegriffen zu haben.

Bei einer Vorführung im modernen Straßburger Rathaus sprachen deutsche und französische Pädagogen vom „Sprachwerk", das an die Stelle des klassischen Sprachunterrichts, dieser „Quelle von Frustrationen", zu setzen sei. Nicht wie, sondern daß gesprochen werde, sei das Wesentliche. Der Film zeige, daß Eltern und Kinder einander verstehen können, ohne im strengen Sinn des Wortes die Sprache des anderen zu sprechen.

Der Film wendet sich an die Acht- bis Zehnjährigen, in deren Welt das Visuelle noch Vorrang vor dem Intellektuellen hat, in der das Abenteuer dominiert und die Reaktion darauf spontan ist, in der Hemmungen, Fehler zu machen, noch nicht existieren. Der Film wird im Unterricht weitergeführt und mit Hilfe von Comic Strips erläutert. Die Geschichte des Films sei, so hieß es in Straßburg, einfach und jedem verständlich, und was sich darin abspiele, komme bei jedem Schüleraustausch vor. Man fühle sich als Grundschüler, egal ob Franzose oder Deutscher, ganz und gar in seiner Haut.

Pierre Deyon, der Rektor der Straßburger Akademie, sprach bei der Vorstellung des Projekts von einem historischen Datum. Senator Louis Jung aus Harskirchen im Unterelsaß, 1940 bei Dünkirchen schwer verwundet und in deutscher Gefangenschaft geheilt, sprach von der Erziehung zum Frieden, die hier geleistet werde, sein Kollege Marcel Rudloff, Bürgermeister von Straßburg, nannte das Unvermögen, sich in Europa noch immer nicht gegenseitig verständigen zu können, eine „Absurdität".

Vorbei ist auch die Zeit, in der das Deutsche im Elsaß als Sprache des Unterdrückers von einst suspekt war, heute bekennt man sich sogar wieder dazu, daß das Elsässerdeutsch ein germanischer Dialekt sei, und man Hochdeutsch in den Schulen zu lehren habe. Komplexe beiderseits des Oberrheins gibt es nicht mehr. Vielleicht, so meinte der stellvertretende Fernseh-Programmdirektor Krystof vom Südwestfunk, gebe es von der Eifel bis zum Bodensee entlang des Rheintals eines Tages sogar eine Bevölkerung, die zwar zwei Sprachen, aber dennoch ein und dieselbe spreche.

Monatsgehalt für die Volksarmee

brk. Berlin

Die Werktätigen in der „DDR" müssen durch ihre Arbeit immer höhere Ausgaben für Militär und Sicherheit erwirtschaften. 1984 brachte jeder „DDR"-Bewohner fast ein gesamtes Monats-Durchschnittseinkommen für die Volksarmee, Grenztruppen, Staatssicherheitsdienst und andere Bereiche der Sicherheit auf. Nach einer Analyse des innerdeutschen Ministeriums handelte es sich *um rund 900 Mark pro Kopf und Jahr.* Das Durchschnittseinkommen im Monat betrug 1984 lediglich 1102 Mark brutto.

In der Untersuchung wird der „DDR"-Etat von 1984 mit seinen Einnahmen von 213 Milliarden Mark und Ausgaben in Höhe von 211 Milliarden Mark analysiert. Wörtlich heißt es in dem Papier: „Die offen ausgewiesenen Ausgaben für die Streitkräfte und die Rüstung wurden um 7,2 Prozent gegenüber 1983 erhöht; 820 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Dies entspricht einem Anteil von 6,2 Prozent der Gesamtausgaben."

Dieses Plus von 820 Millionen Mark für Militär und Rüstung gegenüber 1983 geht eindeutig auf die Kosten zurück, die Ost-Berlin durch die sowjetischen Raketen-Rüstung erwachsen. Diese zusätzliche Last muß man in Anbetracht der unverändert

hohen Stationierungskosten sehen, die die „DDR" außerdem für rund 400 000 sowjetische Soldaten tragen muß. Die Kosten für ihre Unterbringung samt Familien werden auf jährlich 20 bis 25 Milliarden Mark geschätzt.

Die Etat-Studie aus Bonn beziffert den Gesamtaufwand der „DDR" für Militär – von den erwähnten Kosten für die Sowjetstationierung abgesehen – auf 12,2 Milliarden Mark im Jahr 1984. In diesen Ausgaben sind jedoch weitere 4,7 Milliarden Mark (plus 6,5 Prozent) nicht enthalten, die der Etat öffentlich unter dem Titel „Ausgaben für öffentliche Sicherheit, Rechtspflege und Sicherung der Staatsgrenze" ausweist.

Zu diesem Komplex gehören folgende Bereiche: Grenztruppen, „moderne Grenze" nach Abbau der Minen und Todesautomaten, Militärbauten, Wehrforschung, Erweiterungs- und Modernisierungsinvestitionen für Rüstungsbetriebe, Ausbildungskosten für Offiziere, Aufwendungen für die hohe Zahl an Betriebskampfgruppen, die Zivilverteidigung und vormilitärische Ausbildung von Jugendlichen.

Unter dem Stichwort „Belastung der Bevölkerung" weist die Studie auf die rapide gestiegenen Staatseinnahmen aus der Umsatz- und Verbrauchssteuer hin. 1984 seien 28 Prozent mehr Umsatz- und Verbrauchssteuer als ein Jahr zuvor in die Staatskasse geflossen. Ein großer Teil dieser Mehreinnahmen habe sich Ost-Berlin durch die beträchtliche Verteuerung bestimmter Waren verschafft. Dies habe man durch die „erneute kräftige Heraufsetzung der Steuersätze und Einzelhandelsverkaufspreise bei Industriewaren, Genußmitteln und bei importierten Konsumartikeln" bewirkt. Die Verbraucher zogen mit: 1984 war das Jahr, in dem die „DDR"-Bevölkerung so viel teure Güter – z. B. Farbfernseher – wie nie zuvor kaufte.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Nach München folgte jetzt die Bonner Feier

gba. Bonn

„Traurige Corrida" heißt die Original-Karikatur von Ernst-Maria Lang, die CSU-Landesgruppenvorsitzender Theo Waigel Franz Josef Strauß als Geburtstagsgeschenk der bayerischen Bundestagsabgeordneten überreichte (Foto). Mehr als 1500 Gratulanten – Politiker, Diplomaten, Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, Banker und Militärs – drängten sich gestern mittag in der bayerischen Landesvertretung beim Empfang der Landesgruppe zum 70. Geburtstag des CSU-Vorsitzenden, um dem bayerischen Ministerpräsidenten die Hand zu drücken.

Der Kanzler gehörte nicht dazu – er hatte schon bei der näher am Geburtstag vom 6. September liegenden Feier in München die Laudatio auf Strauß gehalten. Auch die politischen „Gegner" – Strauß selber betonte in einer kurzen Ansprache, daß es den Begriff des „Feindes" in einer parlamentarischen Demokratie nicht geben dürfe – hatten sich eingefunden: der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und Fraktionschef Hans-Jochen Vogel. Der *FDP*-Vorsitzende *Martin* Bangemann, der sich viel auf sein gutes Verhältnis zu Strauß zugute hält, war ebenso gekommen wie Alt-Banker Hermann Abs oder der sowjetische Botschafter Semjonow.

Theo Waigel würdigte Strauß als den „einzigen deutschen Politiker, der von 1945 bis 1985 in der ersten Reihe der Politik stand und steht, unabhängig davon, ob er sein Amt und seine Funktion mehr in Bonn oder mehr in München ausübt". Als sein „politisches Credo" nannte Strauß in seiner Antwort das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, die Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft, zur Europäischen Gemeinschaft und zur Atlantischen Allianz „so lange diese notwendig ist". FOTO: POLY-PRESS

Viel Lärm um den Wein und Stille um das Thema Schwangerschaftsabbruch

Von JOACHIM NEANDER

Wie ungleich und zugleich ungerecht sich zuweilen das öffentlichen Interesse auf politische Themen verteilt, das läßt sich zur Zeit in Rheinland-Pfalz studieren. Obwohl es sich um das (ungeborene) Leben eigentlich schon zum Leben bestimmter Menschen handelt, ist die Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch erstaunlich rasch wieder abgeflaut, nachdem die Landesregierung mit ihrem Gesetzesantrag im Bundesrat statt der umstrittenen Klage in Karlsruhe nun einen politischen Weg beschritten hat.

In der Weinaffäre jedoch gehen die Wogen immer noch hoch. Immer mehr Politiker und Journalisten versuchen, sich in dem bisher nur den Fachleuten zugänglichen Dschungel des Weinrechts und der internationalen Weinpraxis zurechtzufinden. Die Grünen veranstalten in Ingelheim am Rhein einen „Alternativen Weinkongreß". Selbst in Linkspostillen befehden einander Weinkenner unterschiedlichster Ansicht. Im ganzen Land finden Winzerversammlungen statt. Wein ist sogar an den Biertheken Thema Nr. 1.

Dabei haben die rheinland-pfälzischen Winzer ihrerseits manches zur Beruhigung beigetragen. Die Ansicht, daß öffentlicher Tumult mit makabren Szenen einer „Beerdigung des Winzerstandes" (flankiert von kokett lächelnden Weinköniginnen), wie sie in den ersten Tagen veranstaltet worden waren, niemanden dazu bringt, auch nur einen halben Liter deutschen Weins zu konsumieren, setzt sich endlich durch.

An der Mosel, wo seit Jahren Winzerunruhen befürchtet werden, zeigen sich nun erste Ansätze zu einer richtig verstandenen Selbsthilfe. Mit einem eigenen Herkunftszeichen am Flaschenhals soll dem Kunden die Garantie gesetzestreuer Weinbereitung und die Gewißheit, daß es sich wirklich um reinen, nicht verschnittenen Wein von Mosel, Saar und Ruwer handelt, gegeben werden. Der Bund hilft dabei mit einer Million Mark, damit das neue Zeichen zu einem (nicht kostendeckenden) Preis von 1,5 Pfennig pro Flasche an die Winzer abgegeben werden kann.

Um so stiller ist es um die Abtreibung auf Krankenschein geworden. Sieht man von der aufsehenerregenden Stellungnahme des Vorsitzenden



der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, in einem WELT-Interview und den erwarteten Schnellreaktionen der Parteien und Gruppen ab, scheinen die meisten froh zu sein, daß über das heikle Thema nicht mehr diskutiert werden muß.

Was Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) besonders schmerzt, ist die Tatsache, daß selbst Parteifreunde in hohen und höchsten Ämtern den Gesetzesantrag der Rheinland-Pfälzer offenbar nur flüchtig studiert haben, ehe sie öffentlich darauf reagierten. Die ganze leidige Debatte über „qualifizierte und unqualifizierte Ärzte", wie *sie die Kritiker geführt* haben, sei unnötig, meint der Regierungschef im Gespräch. In der Begründung heiße es ausdrücklich, die Indikation müsse von einem Arzt festgestellt werden, der „für diese Aufgabe besonders vorbereitet ist und eine besondere Qualifikation hat.

„Daraus gehe doch eindeutig hervor, daß hier nicht zwischen zuverlässigen und weniger zuverlässigen Ärzten unterschieden werden solle, sondern nur bestimmte Aufgaben an eine darauf ausgerichtete spezielle Vorbereitung geknüpft werden müssen wie in anderen medizinischen Fachfragen auch. Immerhin sei dies von den Ärztekammern sehr wohl richtig verstanden worden.

Vogel, der diese politische Lösung in seinem Urlaub höchstpersönlich konzipiert hat und ganz bewußt als zukunftsweisendes Handeln und nicht nur als Ausweg aus einem tagespolitischen Dilemma verstanden wissen will, dringt bekanntlich darauf, daß im Doppelhaushalt 1986/87 auch die Landesmittel für soziale Hilfen an schwangere Frauen deutlich verstärkt werden. Am Freitag, wenn Finanzminister Carl-Ludwig Wagner die Eckdaten des Etats bekanntgibt, und am 26. September, wenn er im Landtag den Haushalt einbringt, wird man sehen, wie groß diese finanzielle Anstrengung des Landes sein wird.

Der Spielraum für Einsparungen an anderer Stelle ist gering. Es könnte sein, daß der Finanzminister dies an einer Stelle versucht, wo die bisherige Freigebigkeit des Staates aus grundsätzlichen ordnungspolitischen Gründen außerhalb des Landes heftig kritisiert wurde: Bei den über mehrere Jahre verteilt auf insgesamt 10 Millionen Mark veranschlagten Landeshilfen für die Weinwerbung. Der Staat, so argumentieren die Kritiker, könne beim besten Willen keine Produktwerbung betreiben.

Womit der innere Zusammenhang zwischen den beiden wichtigsten politischen Reizthemen im Bundesland Rheinland-Pfalz dann wiederhergestellt wäre.

Verunsicherung durch Lafontaine

CDU stellt im Saarland medienpolitischen Stillstand fest / Wirtschaftliche Folgen

ULRICH REITZ, Bonn

Der saarländische CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Schwarz beklagt den Rückstand des Bundeslandes in der Medienpolitik, den die SPD-Regierung zu verantworten habe. „Die Ankündigung von Ministerpräsident Oskar Lafontaine, unser Rundfunkgesetz zu novellieren, hat zu einem medienpolitischen Stillstand geführt", sagte er gegenüber der WELT.

*Anlaß für die Kritik der CDU-*Opposition: Schon im Frühjahr kommenden Jahres, so Schwarz, könnte im Saarland auf einer Frequenz im UKW-Bereich 100 bis 104 Megahertz privater Hörfunk stattfinden, wenn nicht „große Unsicherheit" bei den potentiellen Anbietern über den medienpolitischen Kurs der Landesregierung herrschte. Durch den fehlenden Zeitplan würden die Interessenten, wie der französische Sender Europa Eins, der im Saarland eine Station hat, die „Saarbrücker Zeitung" und eine Bank, verprellt. Schwarz: „Dieser Schwebezustand wirkt sich lähmend aus." Der CDU-Politiker befürchtet, daß „niemand anbeißen wird, wenn er erwarten muß, doch keine Frequenz zu bekommen."

Die Tatsache, „daß der medienpolitische Zug an uns vorbeirauscht" habe handfeste wirtschaftliche Folgen. Denn von 1986 an wird in Rheinland-Pfalz über eine Senderkette ein privates Rundfunkprogramm ausgestrahlt, das auch im benachbarten Saarland zu empfangen ist. Die Folge: Der Werbekuchen sei, so Schwarz, schon verteilt, bevor an der Saar die Privaten ans Netz gehen könnten.

Mit der angestrebten Novelle des Landesrundfunkgesetzes, das die CDU ihrerseits im November 1984 novelliert hatte, beabsichtigt die sozialdemokratische Landesregierung, privaten Anbietern den Zugang zu der Frequenz, über deren Vergabe die Landesanstalt für das Rundfunkwesen befindet, zu erschweren, mutmaßt Schwarz.

Gegen diesen Verdacht wehrte sich die Landesregierung. „Wir sind nicht grundsätzlich gegen private Anbieter", stellte Staatssekretär Reinhold Kopp gegenüber der WELT klar. Eine Novelle des CDU-Rundfunkgesetzes sei jedoch nötig, weil dieses Gesetz „den Privaten ohne Beschränkung Tür und Tor zum Medienmarkt öffnet", sagte Kopp, der Chef der Saarbrücker Staatskanzlei ist. Die Kontrollfunktion der Landesrundfunkanstalt, die noch unter der CDU-Regierung ins Leben gerufen wurde, sei „völlig unzureichend" definiert. Zudem sei, so Kopp, der Saarländische Rundfunk nicht ausreichend gesichert. „Für uns ist eine Bestandssicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aber unverzichtbar", sagte der SPD-Politiker.

Eine Einengung des Spielraums der potentiellen privaten Anbieter wird es allerdings in dem neuen Mediengesetz geben. Denn die Landesregierung will sich nicht auf die Festschreibung des von der CDU favorisierten Prinzips der Außenpluralität, daß durch eine Vielzahl von Anbietern gesichert würde, beschränken. Mit der Kontrolle der inneren Ausgewogenheit einer privaten Hörfunkstation, der Binnenpluralität, will die Landesregierung möglicherweise die *Landesanstalt für das Rundfunkwe*sen oder ein Gremium „analog zum Rundfunkrat bei den Öffentlich-Rechtlichen" beauftragen.

Nach Angaben Kopps ist die Novelle des Landesrundfunkgesetzes „in Vorbereitung". Die Regierung wolle lediglich noch die Entscheidung der Ministerpräsidenten über einen Staatsvertrag abwarten, die möglicherweise im Oktober getroffen wird. Allerdings werde man mit der Verabschiedung nicht auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das niedersächsische Landesrundfunkgesetz warten, das im Frühjahr kommenden Jahres ansteht.

Kopp wehrte sich gegen den Vorwurf der CDU, mit der Diskussion um ein neues Rundfunkgesetz werde auch das Verfahren zur Vergabe der UKW-Frequenz an private Interessenten verzögert. „Das ist Sache der Landesrundfunkanstalt. Wir mischen uns da nicht ein", sagte Kopp.

„Diplomaten sind falsch ausgebildet und daher nur begrenzt einsatzfähig"

Von EBERHARD HAMER

Der Außenminister verlangt dringend Personal für das Auswärtige Amt, „um die Zahl der Stellen im Auswärtigen Dienst zu vermehren; in seiner jetzigen Stärke sei der Dienst an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt". Dies soll sogar durch Sondergesetz am normalen Haushaltsverfahren vorbeilaufen.

Die Personaldebatte wurde durch *die Kritik der Koalitionsparteien* und der Wirtschaft ausgelöst, daß sich das Personal des Auswärtigen Dienstes zu wenig um die Belange der Exportwirtschaft kümmere. Im Gegensatz zum Verständnis angelsächsischer, japanischer oder anderer Diplomaten, welche sich als Wirtschaftsvertreter ihres Landes fühlen und auch entsprechend einsetzen, glauben unsere Diplomaten, sich in solche „praktischen Niederungen" nicht hineinbegeben zu müssen, sondern für die hohe Politik da zu sein.

Diese Politik wird aber im Zeichen des Polittourismus und der neuen Direktkommunikationen immer weniger von den im Ausland residierenden Diplomaten, sondern immer mehr von Ministern und Abgeordneten direkt gemacht. Die Reisetätigkeit unseres Außenministers und seiner übrigen Kollegen beweist dies.

Deutscher Partydienst

Der Außenminister will die Beamtenstellen vermehren. Ihm reichen die 70 000 Beschäftigten seiner größten und teuersten Bundesverwaltung für die angeblich wachsenden Aufgaben nicht mehr. Dieser Wunsch steht allerdings im Gegensatz zur FDP, die seit Jahren einen Abbau der öffentlichen Stellen und des Staatsanteils fordert.

Statt mehr Personal zu fordern und zu bewilligen, sollten deshalb erst einmal die Funktionen des Auswärtigen Amtes durchleuchtet und auf ihre Veränderung in den letzten 20 Jahren hin abgehakt werden. Es wird nämlich selbst innerhalb des Auswärtigen Dienstes lebhaft diskutiert, ob nicht die traditionelle Stellung und Funktion einer Auslandsvertretung sich in den letzen 20 Jahren total verwandelt hat und ob die im internationalen diplomatischen Dienst übliche Selbstbeschäftigung durch gegenseitige Partyeinladungen (Slogan für unsere Diplomaten: „Deutscher Partydienst") überhaupt noch genügend politische Effizienz bringt oder längst Zeitverschwendung darstellt.

Eine Vermehrung des öffentlichen Dienstes mit traditionell ausgebildeten Diplomaten würde deshalb die Effizienz im Defizitbereich des Auswärtigen Dienstes, im Wirtschaftsbereich kaum wesentlich steigern. Mit anderen Worten: Unsere Diplomaten sind falsch ausgebildet und deshalb nur begrenzt einsatzfähig. Für wirtschaftliche Aufgaben fühlen sie sich weder zuständig noch berufen noch fähig.

Anstatt nun den traditionellen öffentlichen Dienst durch erhöhte Stellenvermehrungen weiter aufzublähen, sollte man sich Gedanken darüber machen, ob man dieses feudalistische Relikt längst vergangener Zeiten nicht grundsätzlich neugestalten müßte. Ein Weg wäre z. B. die Privatisierung. Das führende deutsche Lehrbuch (Privatisierung als Rationalisierungschance S. 171/172) glaubt, daß gerade diese Funktion von anderen Ländern privatwirtschaftlicher durchgeführt würde. „So ist zum Beispiel der Auswärtige Dienst – einer der Hauptkostenträger der Bundesverwaltung – ebenso mit privatrechtlich auf Zeit angestelltem Personal durchführbar wie mit Lebenszeitbeamten. Die bleibenden Aufgaben der teuren diplomatischen Vertretungen könnten ohnehin von erweiterten Lufthansa-Büros oder den deutschen Handelskammern im Ausland ebenso ausgeübt werden. Bevor aber dieser feudalitische Restbereich der öffentlichen Verwaltung reformbereit wird, muß wohl die Finanzsituation des Bundes erst noch erheblich schlechter werden."

Freie Mitarbeiter

Mit 70 000 öffentlichen Dienern *ist der Auswärtige Dienst eher zu* groß als zu klein. Das Problem liegt darin, daß unsere Diplomaten falsch ausgebildet sind, daß sie zuviele Verwaltungs- und Repräsentationstätigkeiten ausüben, und daß sie vor allem immer noch die direkte Vertretung der Wirtschaft ihres Landes als „standeswidrig" ablehnen, statt sich als Exportvertreter ihrer heimischen Wirtschaft bzw. Wirtschaftsunternehmen zu sehen. Die ist ein qualitatives politisches Erziehungsproblem, kein quantitatives.

Statt öffenliche Lebenszeit-Diener einzustellen, die man 40 Jahre lang nicht wieder loswird und den wechselnden Bedingungen zu schwer anpassen kann, sollte man wie die Amerikaner freie Mitarbeiter auf privatvertraglicher Basis gewinnen. Warum soll man sich der reichlich vorhandenen Exportförderungsfirmen, der erfahrenen privatwirtschaftlichen Auslandsvertreter und ähnlicher Fachleute nicht auch für die Wirtschaftsförderung des Auswärtigen Amtes bedienen? Je weniger diese in den Verwaltungsapparat der Auslandsvertretungen eingebunden sind, desto effektiver werden sie arbeiten. Die Tendenz zur externen Arbeitsteilung, zur Kooperation von Firmen untereinander, sollte auch in die öffentliche Verwaltung einziehen.

Professor Dr. Eberhard Hamer ist wissenschaftlicher Leiter des Mittelstandsinstituts Niedersachsen e. V., Hannover

Mini-Debatte statt Informationsstunde

gba. Bonn

Der Bundestag tat sich gestern schwer mit der Gestaltung seiner seit langem geforderten Kabinettsinformation aus erster Hand. Bundesfinanzminister Gehard Stoltenberg kam zwar wohlvorbereitet zur ersten Informationsstunde dieser Art in den Plenarsaal. Und er hielt sich mit seinem Bericht peinlich genau an die vorgegebene Redezeit von zehn Minuten.

Aber aus dem anschließend vorgesehenen Frage- und Antwortspiel im Stile einer Pressekonferenz wurde nicht viel. Was sich den Zuschauern auf den vollbesetzten Tribünen bot, war keine sachlich-gelassene Informationsveranstaltung. Nicht das zur Begründung der Neuerung herangezogene erhöhte Informationsbedürfnis der Abgeordneten, die „nicht immer erst durch die Presse von Kabinettsbeschlüssen erfahren" wollten, stand im Vordergrund, sondern die Selbstdarstellung.

Jeder Abgeordnete hat für die Formulierung seiner Frage zwei Minuten Zeit. Die meisten Redner, bis zu den alterfahrenen Profis wie Otto Graf Lambsdorff, konnten der Versuchung nicht widerstehen, ihr Fragerecht zu einem Statement, zum Redebeitrag in Kürzestform zu nutzen. Die Informationsstunde geriet zur Mini-Debatte. Von der Vertiefung der Beziehung zwischen Regierung und Kabinett, die sich Bundestagspräsident Jenninger erhofft hatte, war in dieser ersten Informationsstunde noch nicht viel zu spüren.

Die Beteiligung war nicht schwächer als bei Plenardebatten – bis zur siebten Reihe war das Plenum gut besetzt. Und ganz hinten links nutzten zwei die Neuerung der Direkt-Unterrichtung des Bundestags zur eigenen Information: SPD-Fraktionschef Vogel und sein Stellvertreter Penner fanden sich dort zum Tête-à-tête.

Abbau von Subventionen

Stoltenberg stellt erhebliche Strukturveränderung fest

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat bei der Kabinettsberichterstattung im Bundestag über den 10. Subventionsbericht gestern *darauf hingewiesen, daß sich die* Struktur der Subventionen in den vergangenen sechs Jahren erheblich verändert habe. „Ein immer größerer Anteil fließt in private Haushalte, vor allem auch unter sozialen Vorzeichen." 1980 seien es noch 47,0 Prozent gewesen, 1986 seien es bereits 53,4 Prozent. Entsprechend sei der Anteil der Subventionen für die Betriebe und Wirtschaftszweige zurückgegangen. Alle Parteien stimmten überein, daß der Abbau der Subventionen eine Daueraufgabe bleibe.

In den anschließenden Stellungnahmen der Fraktionen sprach der CDU-Abgeordnete Gunnar Uldall von „einem mutigen Weg", den der Finanzminister gegangen sei. Zum Abbau der Finanzhilfen von einer Milliarde Mark 1986 müßten auch die 500 Millionen Mark hinzugerechnet werden, die der Bund seinen Unternehmen weniger zahlt.

Insgesamt belaufen sich die Subventionen des Bundes (Finanzhilfen *und Steuervergünstigungen) in die*sem Jahr auf 31,9 Milliarden Mark, verglichen mit rund 30 Milliarden Mark im Vorjahr und 28,2 Milliarden Mark 1983. Das waren jeweils 1,7 Prozent des Bruttosozialprodukts. Im nächsten Jahr sinken die Finanzhilfen um eine Milliarde Mark. Nach Angaben Stoltenbergs werden die Finanzhilfen in den nächsten Jahren um durchschnittlich 6,5 Prozent jährlich abgebaut werden, also bis 1989 um ein Viertel. Der Abbau von Steuervergünstigungen, der im Zusammenhang mit der Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs gesehen werden muß, sei eine Aufgabe der kommenden Wahlperiode.

Der Haushaltsexperte der SPD, Helmut Wieczorek, warf der Regierung vor, sie hätte entgegen ihren Ankündigungen die Subventionen nicht gekürzt, sondern erheblich ausgeweitet. Die Steuervergünstigungen *seien allein beim Bund seit 1982 um* fast 25 Prozent gestiegen. Die Finanzhilfen des Bundes hätten seit 1982 um 2,3 Prozent zugenommen, wobei die höhere Vorsteuerpauschale der Landwirte noch nicht einmal berücksichtigt sei.

Um diese Vorsteuerpauschale hatte es in den vergangenen Wochen einen Methodenstreit gegeben. Stoltenberg rechtfertigte noch einmal, daß diese Pauschale in dem Subventionsbericht nur nachrichtlich ausgewiesen sei, da sie im wesentlichen an die Stelle einer bisherigen EG-Maßnahme – nämlich dem Währungsausgleich – tritt. Würde man diese Maßnahme einrechnen, käme man auf ein Subventionsvolumen 1985 von 33,6 Milliarden Mark gegenüber 31,1 Milliarden Mark im Vorjahr. „Am Rückgang des Subventionsvolumens in 1986 um rund eine Milliarde Mark ändert sich nichts."

Ex-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hielt es für anerkennenswert, *daß sein Nachfolger Martin* Bangemann einen ersten, fühlbaren Schritt zur Einschränkung der Subventionen vollzieht. Im Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums würden Finanzhilfen in Höhe von rund einer Milliarde Mark gestrichen. Immer wieder werde der Wahrheit zuliebe behauptet, so Lambsdorff, diese Kürzungen ergäben sich zwangsläufig. In wichtigen Bereichen wie beim Flugzeugbau und der direkten Forschungsförderung sei dies nachweislich nicht der Fall. Für Lambsdorff sei dies mehr eine Schutzbehauptung anderer Ressorts, die nach dem bekannten Motto verfahren: „Wir lassen uns durch gute Beispiele unsere schlechten Sitten nicht verderben."

Zehn Frauen als „Kommandogruppe"

Grüne Vorstellungen über ein neues Ministerium / Börner will Klarheit über Haushalt

Nea. Wiesbaden

Mit den Vorstellungen der Grünen über ein Frauenministerium in Hessen, das sie bei den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen mit der SPD als wichtigste Forderung einbringen werden, befaßt sich die Frankfurter Szene-Zeitschrift „Pflasterstrand". Die Zeitschrift beruft sich dabei auf ein Treffen der „Frauengruppe der hessischen Grünen".

Wörtlich heißt es in dem Beitrag über die geplante neue Frauenministerin in der Regierung Börner: „Effektiv und direkt wird diese eine Frau allerdings nur arbeiten können mit einem entschlossenen Kern von etwa zehn Frauen an der Spitze des Ministeriums, der quasi als Kommandogruppe fungiert und den Beamtenappartat steuern muß."

In der hessischen SPD hat die Forderung der Grünen nach dem neuen Ressort aus zwei Gründen ein sehr kritisches Echo hervorgerufen. Erstens gab es auch innerhalb der eigenen Partei interne Erwägungen, ein solches Ministerium einzurichten – freilich nur als politische Aufwertung der bisherigen Funktion einer Landesfrauenbeauftragten und nicht im Sinne der extremen Vorstellung der Grünen. Die SPD wollte das Thema erst im Zusammenhang mit der Landtagswahl 1987 diskutieren.

Zweitens aber ruft die Forderung der Grünen, die Frauenministerin müsse im Bedarfsfall in sämtliche anderen Ressorts hineinreden dürfen, auch die sozialdemokratischen Minister auf den Plan, die mit Recht unhaltbare Zustände vor jeder die Frauen möglicherweise betreffenden Entscheidung fürchten.

Daß beide Seiten mit langwierigen, unter Umständen gar zum Scheitern verurteilten Koalitionsverhandlungen rechnen, zeigt das Taktieren um den Zeitplan. Die Grünen hatten zunächst den 25. September als Beginn vorgeschlagen, einen Tag nach der Verabschiedung des Haushalts 1986 im Kabinett. Sie wollten die parlamentarischen Verhandlungen über den Etat mit den Koalitionsverhandlungen koppeln.

Ministerpräsident Holger Börner ließ sich darauf jedoch nicht ein. Er möchte noch vor der Haushaltsentscheidung seiner Regierung einigermaßen Klarheit über die Absichten der Grünen haben. Er schlug ein erstes Gespräch schon am 23. September vor. Die Grünen willigten ein. Nur wird man ein Ergebnis vermutlich unterschiedlich interpretieren: Für Börner ist das Ja der Grünen zum Haushalt Voraussetzung, für die Grünen lediglich ein Teil der Koalitionsgespräche.

Das Thema Frauenministerin hat im Lager der Grünen bei ihren internen Debatten inzwischen offenbar sogar das allmählich zu kompliziert gewordene Thema der Bau- und Betriebsgenehmigungen für die Hanauer Atombetriebe Alkem, Nukem und RBU verdrängt, da auf diesem Feld Erfolge nicht mehr deutlich gemacht werden können.

Mitterrands Blitzreise nach Mururoa begeistert selbst die Opposition

Paris demonstriert Entschlossenheit / Ein Koordinationskomitee für den Südpazifik

A. GRAF KAGENECK, Paris

Präsident Mitterrands Blitzentschluß zur Reise nach Mururoa zeigt einmal mehr den sicheren Instinkt des französischen Staatsoberhaupts für frappierende innen- und außenpolitische Gesten zum richtigen Zeitpunkt. Sein Flug ins französische Atomversuchszentrum im Südpazifik, wo er morgen eintrifft, wird einhellig begrüßt, auch von Blättern, die seine Innenpolitik sonst verbittert bekämpfen. Hier geht es um die „Grandeur" Frankreichs, und sobald diese in Gefahr ist, mit Füßen getreten zu werden, stehen die Franzosen wie ein Mann hinter ihrem obersten Repräsentanten.

Gleichzeitig gab das Elysee-Palais am Dienstag abend die Aufstellung eines neuen „Koordinations-Komitees für den Südpazifik" bekannt, dessen erste Sitzung der Präsident leiten wird. Ihm gehören die drei „Zonen-Kommandanten" Frankreichs in der Südsee, Vizeadmiral Hugues als Oberkommandierender der Pazifik-Flotte, General Franceschi als Kommandant des Stützpunktes Noumea in Neu-Kaledonien und General Mermet, der Befehlshaber über den Atomversuchsplatz Mururoa, hohe Vertreter der Sicherheitsdienste sowie sämtliche in den pazifischen Randstaaten akkreditierten Botschafter an, allen voran die Missionschefs aus Neuseeland und Australien.

Mitterrand wird sich informieren wollen über den Stand der Affäre um das am 10. Juli in Auckland (Neuseeland) versenkte Greenpeace-Flaggschiff „Rainbow Warrior", die die diplomatischen Beziehungen zu Neuseeland nachhaltig vergiftet hat. Er wird wissen wollen, wie sich die neuseeländische Regierung, aber auch Australien und, im Hintergrund, Großbritannien als Führungsstaat im Commonwealth zu den angekündigten neuen Atomversuchen verhalten – deren Beginn von der Presse für Oktober oder November angekündigt, in Wahrheit aber streng geheim ist –, und er wird Gelegenheit nehmen, den festen Willen Frankreichs zum Verbleib im Pazifik und zur Fortsetzung der Atomversuche vor aller Welt zu bekräftigen.

Wenige Tage vor den Wahlen in Neu-Kaledonien zu vier neuen Gebietskörperschaften (am 29. September) läßt Mitterrand damit auch Freunde und Gegner einer Präsenz Frankreichs auf dem strategisch wichtigen Südsee-Archipel wissen, daß sich auch nach einer eventuellen Entlassung des Gebiets in die Unabhängigkeit nichts an dieser Präsenz ändern wird.

Schließlich wird der Präsident seine Anweisung erneuern, jedem ungewünschten Eindringling in die Gewässer um das Mururoa-Atoll den Weg zu verlegen, und sei es mit Waffengewalt. Die Aussicht, daß Mitterrand die „Einladung" des Greenpeace-Präsidenten David Mactaggart zu einem „Gespräch" an Bord seines Flaggschiffs annimmt, wird im Elysee-Palais als „absurd" abgetan. Der Pariser „Figaro" berichtete am Mittwoch, daß die voraussichtliche Begegnung der Greenpeace-Flotte mit Schiffen der französischen Pazifik-Flotte von mehreren europäischen und amerikanischen Fernsehgesellschaften via Satellit direkt übertragen werden soll. Mit einer solchen wird schon für morgen gerechnet. Greenpeace-Schiffe im Südpazifik bewegen sich konzentrisch auf Mururoa zu, um dort mit Beginn der Versuche einzutreffen.

Mitterrand ist der erste Präsident seit 1966, der sich auf das Versuchs-Atoll Mururoa begibt. Damals hatte General de Gaulle, Schöpfer der „Force de Frappe", einem Atombomben-Test beigewohnt. Nach Ansicht der Presse unterstreicht die Reise den unantastbaren Besitzstand Frankreichs im Südpazifik und die Bedeutung der französischen Atomstreitmacht für die Unabhängigkeit Frankreichs, der Zwischenaufenthalt in Kourou zeige außerdem, daß Frankreich auch im Weltraum eine Vormachtrolle in Europa spielen wolle.

Vor allem die Gaullisten , die sich als Erben des Schöpfers der „Force de Frappe" und Hüter seines Werks betrachten, spenden dem Präsidenten Beifall. Von Mitterrand wird berichtet, daß er während des Falkland-Krieges der Briten von 1983, voll der Bewunderung für Margaret Thatcher und ihre Kunst, die ganze Nation hinter sich zu bringen, neidvoll ausgerufen haben soll: „Nicht jeder hat nun einmal seine Falkland-Inseln."

EG-Parlament soll bei Reformen mitbestimmen

M. G. MÖHNLE, Straßburg

Kaum waren die Umbauarbeiten im Straßburger Plenarsaal des Europaparlamentes abgeschlossen, um für die 84 neuen Abgeordneten aus Spanien und Portugal im nächsten Jahr Platz zu schaffen, da konnte Parlamentspräsident Pierre Pflimlin einen wichtigen Sieg für die europäischen Volksvertreter erringen. Während in Luxemburg die EG-Außenminister unter der Präsidentschaft des Luxemburgers Jacques Poos tagten, war man in den Reihen der in Straßburg tagenden Europaabgeordneten ungehalten darüber, daß das Parlament von diesen Verhandlungen bisher ausgeschlossen wurde.

Pflimlin wandte sich schließlich in einem deutlichen Schreiben an den Ministerrat, um daran zu erinnern, daß die Regierungskonferenz natürlich auch die Vorschläge des Europäischen Parlaments zu berücksichtigen habe. Schließlich sei das Europaparlament der Initiator des Reformprozesses der EG gewesen. Die Stärkung der Befugnisse des Parlaments, so Pflimlin an den Ratspräsidenten, müsse dabei eines der wesentlichsten Reformelemente sein.

Ratspräsident Poos antwortete unerwartet schnell: Der Rat werde den vom Europäischen Parlament bereits 1984 beschlossenen Vertragsentwurf zur Europäischen Union 'selbstverständlich' mitberaten. Darüber hinaus werde das Parlament vor und nach jedem Minister-Treffen konsultiert werden.

Die Erweiterungen der Parlamentskompetenzen soll nach Auffassung des Rates hauptsächlich die Ratifizierung von EG-Abkommen mit Drittländern und die Beteiligung an der EG-Gesetzgebung betreffen. Der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei, Egon Klepsch (CDU), wies nach diesem Zugeständnis darauf hin, daß die Bundesregierung sich als einzige bereits auf dem Mailänder Gipfel für eine Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlamentes eingesetzt habe. Der EG-Kommissionspräsident Jacques Delors hatte kürzlich sogar gefordert, das Europäische Parlament solle grundsätzlich immer dann entscheiden können, wenn der Ministerrat dazu wegen des Einstimmigkeitsprinzips nicht in der Lage sei. Bevor der Ministerrat seine Vorschläge am 2. und 3. Dezember dem Gipfel der EG-Staats- und Regierungschefs in Luxemburg unterbreitet, wird das Parlament nun noch einmal abschließend vom Ministerrat konsultiert werden.

Weiße in Südafrika :„Dies ist mein Land, und dafür werde ich kämpfen"

Von MONIKA GERMANI

Die Zustimmung der burischen Bevölkerung für die Reformpolitik ihres Staatspräsidenten Pieter Willem Botha schwindet. Der burischen Mentalität liegt es jedoch fern, Proteste öffentlich zu äußern, geschweige denn einem „Ouilander", einem Ausländer, gleichgültig wie lange er schon im Lande lebt, zu offenbaren. Selbst außerhalb des eigenen Familienkreises sind derartige Äußerungen nur mit Vorsicht und Vorbehalt zu beurteilen. Leserbriefe an die Zeitungen werden gern mit einem „nom de plume" oder falschem Namen versehen.

Die Entwicklung der Burennation, isoliert und fernab von Europa, hat einen fremdenfeindlichen Menschenschlag hervorgebracht, dessen Instinkte durch die Pionierzeit, erst zwei oder drei Generationen zurückliegend, auf Überleben eingestellt sind. Bothas Politik der Mitte wird von einem schottischen Einwanderer, seit mehr als zwanzig Jahren im Land und eingeheiratet in eine burische Familie des Ostkaps, folgendermaßen definiert: „Extremisten sind heute in Südafrika keine Randerscheinung mehr. Sowohl Ultrakonservative, Erzverkrampfte als auch Ultraliberale sind heute auf dem Wege der Radikalisierung."

Das hat eine Erklärung: Erfahrungen und Ängste der Weißen sind hautnah, wenn sie auf die Entwicklung nördlich des Limpopo-Flusses nach Zimbabwe blicken.

Hinter den Kindern schreien die Agitatoren

„Wir sehen nicht viel von dem, was wirklich hier geschieht, obwohl das Fernsehen uns doch eigentlich einen genauen Einblick geben müßte", sagt eine burische Farmersfrau am Ostkap. Hier war es zu den größten Ausschreitungen gekommen; hier erklärte die United Democratic Front (UDF), dem verbotenen kommunistischen ANC eng verbunden, die ersten Gebiete zu „befreiten Zonen". Betty, eine Farmersfrau aus Molteno führt ein Beispiel an: „Als in der benachbarten schwarzen Wohnstadt, in der rund 16 000 Menschen leben, die Unruhen ausbrachen, wurde die lokale Polizei des Städtchens erst mit einer Gruppe von Kindern konfrontiert, die in der ersten Reihe marschierten, keines älter als sechzehn Jahre. Dahinter eine Gruppe von rund zwanzig Agitatoren der UDF, die die Stimmung aufheizten. Zwei Stunden später traf die Polizeiverstärkung ein. Blitzschnell waren die zwanzig Agitatoren verschwunden, die restlichen Revolutionäre standen alleine da. Beweist das nicht, daß die UDF ihre Leute von einer Demonstration zur nächsten schickt?"

Der Farmer Petrus berichtet über den von der UDF verhängten und gewaltsam durchgeführten Boykott gegen weiße Geschäfte: „Die weißen Geschäftsinhaber stehen vor dem Bankrott. Als ich mir in der Stadt ein Paar Schuhe kaufte, sagte der Besitzer, ich sei der vierte Kunde in drei Tagen. Wir wissen, die UDF untersucht jeden Schwarzen, der aus der Stadt kommt, ob er dort eingekauft hat. Ihre Banden führen sogar Leibesvisitationen durch. Kürzlich wurde eine junge schwarze Frau mit einem Huhn und einer Flasche Öl erwischt. Sie mußte auf der Stelle das rohe Huhn aufessen, die Flasche Öl austrinken."

„Bei solchen Methoden ist es nicht verwunderlich, wenn der Boykott erfolgreich ist. Auf der anderen Seite nutzen die schwarzen Händler die Lage weidlich aus. Für ein Brot, das normalerweise 68 Cents kostet, muß in den schwarzen Geschäften 2,50 Rand bezahlt werden." Unausgesprochen ist wachsender Haß spürbar, geboren aus Furcht und Unsicherheit.

„Was habe ich davon, daß ich vor 15 Jahren auf meiner Farm eine kleine Schule für die Kinder der Arbeiter auf den umliegenden Farmen eingerichtet habe?" So der resignierte Ausspruch einer Farmersfrau, deren Vorfahren vor 150 Jahren eine schmucke Farm am Keifluß aufgebaut hatten. Sie hatte für die Schule staatliche Subventionen erhalten, aber als die Farm an das Homeland Ciskei fiel, entfielen auch die Zuschüsse.

Auch bei den Weißen in den Städten macht sich Enttäuschung breit. „Es begann alles mit dem Referendum vor zwei Jahren. Botha hat uns damit etwas vorgemacht. Was ist das Ergebnis heute? Unsere Wirtschaft ist kaputt, das Geld nichts wert, ich zahle 600 Rand Steuern jeden Monat, 30 Prozent meines Gehaltes, ohne Altersversicherung und Krankenkasse. Mit den Schwarzen werden wir uns arrangieren müssen. Wir können nirgendwohin flüchten", meint die Friseuse Cindy. Vor zwei Jahren hatte sie noch die Abschaffung der Rassenschranken befürwortet, damals wollte sie ihren indischen Freund heiraten. Heute ist von Heirat nicht mehr die Rede, obwohl die diesbezüglichen Gesetze abgeschafft sind.

Tragik spielt mit, wenn die politischen Differenzen bis in die kleinen Gemeinschaften oder gar Familien dringen.

Nach den ersten Unruhen am Ostkap, als Schwarze von der Polizei erschossen wurden, erklärte ein verzweifelter englischer Ingenieur der WELT: „Ich verstehe meinen Sohn nicht. Er ist Polizist. Gehört er wirklich zu dem Mob, der diese armen Schwarzen zusammenschießt?"

„Du warst nie in schwarzen Städten"

Er bekam die Antwort: „Du warst nie in schwarzen Städten, dich hat noch nie ein schwarzer Mob mit Steinen beworfen, du hast nie die Leichen von verbrannten schwarzen Beamten, die einen friedlichen Wandel wollen, gesehen. Das hier ist mein Land und ich werde dafür kämpfen."

Kritik kommt hauptsächlich aus den Kreisen mittlerer und kleinerer Angestellter und Arbeiter und der Farmer, die alle in ihrem täglichen Arbeitsprozeß unmittelbar mit Schwarzen in Berührung kommen, selbst von der steigenden Inflation, der verschärften Situation auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind. Die Stimmen in der höheren Einkommensstufe liegen jedoch auf einer anderen Tonlage. Zwar wird hier eine Beschleunigung des Reformprozesses und Machtteilung mit den farbigen Bevölkerungsgruppen befürwortet und für das Überleben der Weißen in Südafrika als notwendig angesehen. „Wir brauchen Wahlen, ein Mann eine Stimme. Die Vertreter der Schwarzen, wie meine Freunde bei der UDF, die fordern Mandelas Entlassung zu Recht, und Verhandlungen und Beteiligung des ANC. Dann gäbe es keine Sanktionen, unsere Wirtschaft würde wieder einen Aufwärtstrend bekommen". Worte eines wohlhabenden Geschäftsmannes in Johannesburg.

Doch viele geben zu, daß sie sich rückversichert haben. Durch ihre Geschäftsverbindungen im Ausland haben sie längst einen finanziellen Transfer arrangiert. Darüber wird freilich nur im kleinen vertrauten Kreis gesprochen. Das steigende Angebot auf dem Immobilienmarkt aber legt Zeugnis davon ab. Spöttelt die Sunday Times: „Was ist ein südafrikanischer Patriot? Jemand der sein Haus nicht mehr verkaufen kann."

Wahlen inmitten der Wirtschaftsnot

Vier von acht Kandidaten haben Chancen, dem Militärpräsidenten Mejia nachzufolgen

W. THOMAS, Guatemala City

Plakate, Parolen und Porträts beherrschen das Straßenbild von Guatemala City. „Jawohl, es gibt einen Weg", versichern die Christdemokraten und ihr Präsidentschaftskandidat Vinicio Cerezo. Die Union des Nationalen Zentrums empfiehlt: „In schlechten Zeiten ein neues Gesicht." Das neue Gesicht klebt an vielen Häuserwänden: Jorge Carpio Nicolle.

Während sich die Werbung in den Zeitungen lediglich auf Slogans beschränkt, werden im Rundfunk und Fernsehen Lieder gesungen. Jede Partei hat ihre Lobeshymne. Wahlkampf in Guatemala. Mitten in der schlimmsten wirtschaftlichen Phase dieses Jahrhunderts soll die größte Nation der Region am 3. November zur Demokratie zurückkehren.

Zum ersten Mal seit 1966 besteht die Möglichkeit für ein faires Rennen. Die Militärs wollen diesmal keine Manipulation vornehmen und damit ihren Entschluß bekräftigen, sich aus der Politik zurückzuziehen. „Die Streitkräfte sind nicht geschaffen worden, um Länder zu regieren", sagte General Oscar Humberto Mejia Victores, der 1983 durch einen Putsch an die Macht kam und so manche Krise meistern mußte.

Die letzte liegt nur einige Tage zurück. Die blutigen Unruhen in der vergangenen Woche, die zwei Todesopfer forderten, beherrschen noch immer die Gespräche der Guatemalteken. Sie haben gezeigt, wie explosiv die Unzufriedenheit über die Wirtschaftsmisere ist. Die acht Millionen Einwohner des Landes wollen keine Opfer mehr bringen. Die Mejia-Regierung konnte die gefährliche Situation nur durch einen Rückzieher entschärfen: Die geplante Erhöhung der Bustarife um 50 Prozent wurde zurückgenommen.

Die Zwei-Millionen-Metropole Guatemala City ist ein Spiegelbild der Misere. Die Parkanlagen wirken verwahrlost. Die Straßen gleichen mit ihren Schlaglöchern Kraterlandschaften. Der Quetzal, bis November 1984 noch soviel Wert wie der Dollar, wird nun auf dem blühenden Schwarzmarkt im Verhältnis 4:1 getauscht. Fahrzeugschlangen vor Tankstellen: Das Benzin wird knapp.

GUATEMALA

Die Regierung verpfändete Goldvorräte, um Ölrechnungen zu bezahlen.

Die Statistiken sehen düster aus: 50 Prozent Arbeitslose oder Unterbeschäftigte. Die Inflation kann in diesem Jahr die 100-Prozent-Marke überschreiten. Die Devisenkasse ist leer. Der Schrumpfprozeß der Wirtschaft setzt sich auch in diesem Jahr fort, die Schätzungen liegen bei minus eineinhalb Prozent. Mangelndes Vertrauen führten zu Kapitalflucht, etwa eine Milliarde Dollar in den letzten eineinhalb Jahren.

Die Militärs stehen unter Korruptionsverdacht. Ein diplomatischer Beobachter: „Viele wollen noch einen ‚hueso' (Knochen) haben." Eine Freundin des Präsidenten soll auf dem Flughafen in Miami festgenommen worden sein, weil ihr Koffer Millionen Dollar enthielt. Die Mejia-Regierung wird weiter beschuldigt, nicht mehr zu regieren. Die Revidierung getroffener Entscheidungen ist nichts Neues. Bereits im April ließ General Mejia unpopuläre Steuermaßnamen zurücknehmen. Vor wenigen Wochen drohte der Staatschef dem mächtigen Privatunternehmerverband Cacif mit der Verstaatlichung des Außenhandels. Dann beruhigte er die nervösen Geschäftsleute wieder: es bleibe alles beim alten.

Mejia, seiner korpulenten Figur wegen „el Gordo" (der Dicke) genannt, gilt jedoch als Garant der Demokratie. Keiner der insgesamt acht Kandidaten hört gern die immer wieder kursierenden Putschgerüchte. Ein Sturz des Generals würde zumindest eine Verschiebung der Wahlen bedeuten.

Nur vier Kandidaten können sich Chancen ausrechnen, im Januar nächsten Jahres die Nachfolge des Militärpräsidenten anzutreten: neben dem Christdemokraten Cerezo und dem Zentrumspolitiker Carpio noch der konservative Protestant Jorge Elias Serrano und Mario Sandoval Alarcon, der frühere Vizepräsident und Führer der rechten Nationalen Befreiungsbewegung (MLN).

Wer immer Guatemala in Zukunft regiert, erbt ein schweres Vermächtnis. Cerezo (42) sagt: „Die Militärs hinterlassen uns ein wirtschaftliches Trümmerfeld." Der einzige Trost für die nächste Regierung ist die Tatsache, daß sie neue Geldquellen anzapfen kann. Viele Länder - auch die Bundesrepublik -haben die weitere Kapitalhilfe von der Rückkehr Guatemalas zur Demokratie abhängig gemacht. (SAD)

Gandhi wird von Krisen nicht verschont

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

Keine öffentlichen Versammlungen, keine Aufmärsche der Parteien, und auch die sonst im indischen Wahlkampf plärrenden Lautsprecher schweigen im Pandschab: Ein für Indien untypischer Auftakt für die Wahlen im seit zwei Jahren von Unruhen erschütterten Bundesstaat Pandschab am 25. September. Etwa 1000 Kandidaten bewerben sich um 117 Sitze im Landesparlament und 13 im Bundesparlament in Neu-Delhi.

Trotz einer Heerschar von Leibwächtern und strengster Sicherheitsmaßnahmen, herrscht Angst im Pandschab. Angst vor Anschlägen jener Sikh-Terroristen, die das Abkommen zwischen der indischen Zentralregierung und dem inzwischen ermordeten Sikh-Führer Longowal nicht anerkennen, weiter für den unabhängigen Staat „Khalistan" kämpfen und Wahlen unter allen Umständen verhindern wollen.

Der Terrorismus hat mit der Ermordung dreier hoher Politiker neuen Auftrieb erhalten. Die Akali-Dal-Partei, für Ministerpräsident Rajiv Gandhi ein Garant für geordnete Verhältnisse in der Sikh-Politik hat sich weiter gespalten. Das in Indien gefeierte Abkommen zwischen Regierung und moderaten Sikhs hat die Probleme des Pandschab nicht gelöst.

Auch in Assam, wo Rajiv Gandhi die fünf Jahre dauernde Agitation zwischen „Assam-Bewegung", Studenten und der indischen Regierung für die Ausweisung nach Assam eingewanderter Bengalen durch eine Übereinkunft mit deren Führern beendete, ist dem Jubel jetzt die Kritik gefolgt. „Das Assam-Problem", so meinen die Kritiker, „ist noch längst nicht gelöst, sondern nur wieder diskutierbar gemacht".

Schon droht eine neue Krise im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu: Der dortige Oppositionsführer und Tamilen-Nationalist droht die Sache der Tamilen Sri Lankas zu einer indischen zu machen, für den Staat der Tamilen „Eelam" in Indien zu agitieren, wenn die indische Regierung nicht den Morden an unschuldigen Tamilen auf Sri Lanka Einhalt gebietet. Bislang sind alle indischen Bemühungen um eine Lösung des Tamilen-Konfliktes auf der Insel fehlgeschlagen.

Die Kongreß-Partei Rajiv Gandhis sorgt sich im Pandschab weniger um einen Wahlsieg, sondern vielmehr um die Sicherheit der Kandidaten. Hunderte von Sikh-Extremisten sind in den letzten Wochen – so indische Behörden – aus ihrem Refugium in Pakistan in den Pandschab zurückgekehrt, um hier mit Terroranschlägen den Staat erneut zu erschüttern und die Wahlen zu verhindern.

Zumindest moralisch unterstützt werden sie von der „Vereinigten Akali Dal Partei", einer von der Akali Dal abgesplitterten radikalen Gruppierung um den Vater des Extremisten-Führers Bhindranwale, Baba Joginder Singh. Bhindranwale wurde bei dem Sturm auf den Goldenen Tempel von Amritsar erschossen. Joginder Singh hält an den Forderungen seines Sohnes nach einem „Khalistan" fest.

Die Ermordung Longowals, der für Einigkeit zwischen Hindus und Sikhs eingetreten war und für die Einheit Indiens einschließlich des Pandschab plädiert hatte, war ein Rückschlag für die Friedenspolitik Gandhis. Die Ermordung zweier hoher Kongreß-Politiker, Lalit Maken und Arjun Dass, hat zudem gezeigt, daß trotz aller Sicherheitsvorkehrungen eine absolute Sicherheit nicht möglich ist. „Das Land", so die Kritiker, „kann im Zusammenhang mit den Wahlen wieder in ein neues Chaos stürzen."

Wie im Pandschab hat Rajiv Gandhi mit einem Abkommen für Assam einen großen innenpolitischen Sieg gefeiert. Doch wie jene Vereinbarung, daß alle nach 1971 in Assam eingewanderten Bengalen das Land verlassen müssen, in die Realität umgesetzt werden soll, ist niemandem so recht klar. Die meisten der schätzungsweise 700 000 Einwanderer kamen aus Bangladesch, das sie nicht wieder aufnehmen will.

Der Assam benachbarte indische Bundesstaat Westbengalen würde unter einer Einwandererwelle wirtschaftlich zusammenbrechen, erklärt die dortige Regierung. Inzwischen ist auch der Jubel bei jenen zwischen 1966 und 1971 Eingewanderten verklungen, die zehn Jahre lang nicht mehr wählen dürfen.

„Es herrscht – abgesehen vom Terrorismus – wieder Ruhe im Land", loben Kongreß-Mitglieder ihren Ministerpräsidenten, nachdem er auch im Bundesstaast Gujerat die blutigen Unruhen beendet hat. Dort hatten Studenten und ihre Eltern gegen die Politik der Reservierung von Studienplätzen für sozial Schwache protestiert. Er löste die Landesregierung ab und versprach die Formulierung einer neuen Bildungspolitik.

Wie ein Kinderspiel, so scheint es, hat Rajiv Gandhi die großen innenpolitischen Probleme Indiens in weniger als einem Jahr geregelt, die unter seiner Mutter Indira kaum lösbar schienen. „Doch das harte politische Geschäft beginnt jetzt", meinen Beobachter.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein feines „Instrument"

„Die schweren Fehler der Chefs": WELT vom 5. September

Sehr geehrte Redaktion,

was ist das für ein Unsinn, der da geredet wird von der „inneren Kündigung", den offenbar Professor Höhne in Bad Harzburg aufbrachte? Er kam damit, als sich herausstellte, daß sein theoretisch wasserdichtes Modell der „Delegation von Verantwortung" auch nicht das „Gelbe vom Ei" ist.

Seitdem dann dieser Unsinn von der „inneren Kündigung" aufkam, fand man auch bei den Gewerkschaften wieder Anklang, die lange Zeit dem Harzburger Führungsmodell gram waren, denn nun ist das mit der „inneren Kündigung" natürlich eine arbeitnehmer- und gewerkschaftsfreundliche Theorie. Mit der „inneren Kündigung" ist Höhne natürlich ihr Mann, denn das ist ja ein feines „Instrument", mit dem man die Chefs in die Ecke drängen kann, die Chefs, die heutzutage nun wirklich die Leistung forcieren und oft auch erzwingen müssen, wenn am Ende des Jahres noch ein Gewinn dastehen soll – erzwingen müssen gegen Faulheit, Uninteressiertheit, Nachlässigkeit, damit das Unternehmen gesund bleibt.

Nun sind die Chefs in den letzten 40 Jahren von Führungslehrgang zu Führungslehrgang gefahren und haben diese „Unternehmensberater" reich gemacht in der Absicht, zu lernen, wie man sich als Chef richtig verhält. Sie haben die verschiedensten Modelle des „management by . . ." in sich hineingefressen, weil es ja letztlich um die Kosten ging, die mit dem Ziel von „humanen Arbeitsplätzen" davonliefen. Angekommen sind sie nun über den Umweg zum „management by delegation" letztlich beim sinnlos gewordenen „management by situation" – und nun stehen sie vor dem Modell des „management by fools", wie man die „innere Kündigung" institutionalisiert wohl nennen könnte. Denn was anderes ist es ja nicht, wenn man meint, daß jeder, dem der Chef einmal ein oft nötiges böses Wort gesagt hat, nun die „innere Kündigung" aussprechen kann, ohne darüber korrekt Rechenschaft abzulegen, was gewesen ist und was daran richtig oder falsch war. Das ist doch wirklich das Einfachste, die „innere Kündigung" auszusprechen, das zu tun, was man früher „muksch sein" nannte und was die sogenannten *höheren* Töchter oft genug betraf, die unbeachtet blieben, aber beachtet sein wollten.

Wenn also das mit der „inneren Kündigung" wirklich Anerkennung findet in marktoffener und risikobeladener Wirtschaft, dann Gnade uns Gott, denn dann ist die herkömmliche Hierarchie bald „im Eimer". Denn dann ist es nicht mehr sehr verlockend, Chef zu sein, für Kapital und Menschen Verantwortung zu tragen, dieses alles zu organisieren und zu verantworten und auch noch zum Erfolg zu führen. Dann entsteht ein Kampf aller gegen alle und es ist dann wahrlich besser, Untergebener zu sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heinz Steincke,
Michelbach/Bilz

Wechselbäder

„Volle Rentenkassen": WELT vom 4. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

da erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, daß es nach jüngsten Berechnungen der Rentenversicherungsträger eine Rente auf Pump bis Ende des Jahrzehnts nicht mehr geben wird.

Als Rentner kann man sich bei dieser an sich positiven Beurteilung nur die Augen reiben. Denn noch vor nicht allzu langer Zeit löste eine Hiobsbotschaft die andere ab, und es würde nicht wundern, würden in einigen Wochen wieder gegenteilige Prognosen veröffentlicht.

Es sollte doch nun endlich Schluß gemacht werden mit den prognostizierten finanziellen Wechselbädern für Arbeiter und Angestellte im Ruhestand. Haben sie nicht auch, wie die Beamten, Anspruch auf Kontinuität in der öffentlichen Beurteilung ihrer Finanzlage in der Zukunft?

Daß eine noch nie diskutierte Altersversorgung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte sehr viel bedeutet, dafür zeugen die seit Jahren erscheinenden Anzeigen in den großen Tageszeitungen, mit denen Nachwuchskräfte für eine Laufbahn des beamteten gehobenen Dienstes gesucht werden. Bemerkenswert für eine Selbstverwaltungskörperschaft der beitragszahlenden Angestellten!

Mit freundlichen Grüßen
J. Schmitt,
Bonn 1

Wort des Tages

„Mit seinem schlechten Gewissen wird man leichter fertig als mit seinem schlechten Ruf."

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844–1900)

Fehleinschätzung

„Ein Blick für Kinder": WELT vom 28. August

Sehr geehrter Herr Horrmann,

ich danke Ihnen herzlich für Ihren Artikel. Nur selten werden Belange der Kinder im Straßenverkehr gegenüber den Egoismen der Kraftfahrer und den Interessen der Industrie mit dieser Entschiedenheit vertreten. Die große Mehrzahl der Kraftfahrer hält Kinder im Straßenverkehr – zu Unrecht gar gestützt auf den Vertrauensgrundsatz der Rechtsprechung – für kleine Erwachsene. Diese Fehleinschätzung führt zur Verwirklichung der Gefahr, die vom Kraftfahrzeug ausgeht. Die Folgen treffen das Kind. Der Kraftfahrer kann dieser Gefahr begegnen – durch mäßige Geschwindigkeit und Bremsbereitschaft, wo Kinder sind. Ihr Leben ist in seine Hand gegeben. Die von Ihnen angeführte Entscheidung des Bundesgerichtshofs muß für verantwortungsbewußte Bürger und verängstigte Eltern als Erleichterung wirken.

Der Kraftfahrer vor allem muß die Sicherheit im Straßenverkehr „produzieren". Das ist nicht in erster Linie ein Problem der Technik und des Fahrtrainings, sondern vor allem des moralischen, mitmenschlichen Verhaltens und der Einstellung oder Haltung. Auch die Kinderverkehrserziehung tritt trotz ihres Wertes vor allem für die Zukunft demgegenüber an Bedeutung zurück.

Der Verstoß gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen gilt als häufigste Unfallursache, besonders bei Unfällen mit Kindern. Besonders die mangelnde Möglichkeit wirksamer Geschwindigkeitskontrolle wird immer wieder gegen die Beschränkung der Geschwindigkeit in Wohngebieten auf 30 Stundenkilometer vorgebracht. Warum wird der Unfallfahrtenschreiber nicht einmal durchdiskutiert? Ein Prototyp ist bereits 1928 der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Statt wirksamer Maßnahmen und Aufklärung im Kraftfahrzeugbereich, von wo die Gefahr ausgeht, also Kinderverkehrserziehung in erster Linie als – utopisches – Überlebenstraining für Kinder im Straßenverkehr? Kinder haben keine Lobby.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt F. W. Tegge,
Oberstaatsanwalt a. D. und
Vorstandsmitglied der
Landesverkehrswacht Hamburg

Personalien

GEBURTSTAGE

Gerd Lemmer, seit 1979 Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-Demokratische Fraktion) im Europäischen Parlament, wird am 13. September in seiner Heimatstadt Remscheid 60 Jahre alt. Der Jurist, ein Neffe des verstorbenen Bundesministers **Ernst Lemmer**, verbrachte seine Lehr- und Wanderjahre beim Landschaftsverband Rheinland und bei der Vertretung des Landes Berlin beim Bund. 1961–1963 war er Oberbürgermeister von Remscheid. Von 1962–1966 amtierte er als nordrhein-westfälischer Landesminister für Bundesangelegenheiten. In den Jahren der Großen Koalition wurde Lemmer Staatssekretär – zunächst beim Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte und dann beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen.

*

„Die deutsche Wirtschaft braucht selbständige Unternehmer Ihres Typs, die mit dem Willen zum Risiko an ihre Aufgabe herangehen und sich dabei immer der Verantwortung gegenüber der Gesamtwirtschaft bewußt sind." Mit diesen Worten gratulierte **Otto Graf Lambsdorff** dem 80jährigen Aachener Industriellen **Herbert Pavel** zum Geburtstag. Der Unternehmer mit 12 Fabriken – darunter der Hauptsitz „Rheinnadel" – feierte sein Wiegen-Jubiläum im Krönungssaal des Aachener Rathauses. Unter den geladenen Gratulanten waren Oberbürgermeister **Kurt Malangre** (MdEP), **Josef Neckermann** und **Walter Scheel**.

EHRUNGEN

Der spanische König **Juan Carlos** hat der Bundesbeauftragten für die Integration ausländischer Arbeitnehmer, **Liselotte Funke**, das Großkreuz des Spanischen Zivilverdienstordens verliehen.

*

Erstmalig wurde für das Jahr 1984 ein „Gustav-v.-Schlesinger-Sonderpreis" verliehen. Bei dem Preisträger handelt es sich um Professor Dr. **Winfried Eberhard**, Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Prämiert wurde seine Habilitationsschrift mit dem Titel: „Monarchie und Widerstand. Zur ständischen Oppositionsbildung im Herrschaftssystem Ferdinands I. in Böhmen".

KORREKTUR

Dieter Benecke heißt der neue Vorstand von „Inter Nationes" in Bonn, nicht, wie irrtümlich geschrieben, Dieter Becker. Er war seit 1979 bei der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marla Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffke (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 34, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,90 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

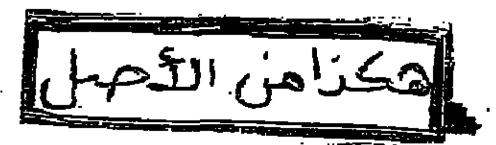
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Auch der Grünfink gehört zu den Opfern des intensiven Obstanbaus

FOTO: CARL ALBRECHT VON TREUENFELS

Eine Baumwüste am Bodenseeufer?

Die intensive Bewirtschaftung von Obstplantagen entzieht vielen Vögeln die Nahrung

Von M. GLAUBRECHT

Neben dem Alten Land bei Hamburg gehört das Bodenseegebiet zu den wichtigsten Obstanbauflächen der Bundesrepublik. Doch auch an den einstigen „Streuobstwiesen" gingen die letzten Jahrzehnte europäischer Agrarpolitik nicht spurlos vorüber. Obwohl die Erhaltung der Obstfluren gleichermaßen ein ästhetisches wie ein ökologisches Anliegen wäre, zeichnen sich auch beim Obstanbau gravierende Veränderungen ab.

Vielerorts werden die Obstbäume abgeholzt und die Plantagen aufgegeben, oder sie fallen einer intensiven Bewirtschaftung zum Opfer. Wie stark sich dies auf die Tierwelt in den Obstplantagen auswirkt, untersuchten zwischen 1970 und 1984 die beiden Ornithologen Siegfried Schuster und Ekkehard Seitz an drei ausgewählten Plantagen rund um den Bodensee. Ihr Ergebnis: Die Zahl der Brutvogelarten nahm kontinuierlich ab, da viele Vogelarten in den intensiv gepflegten Pflanzungen keine Nahrung mehr finden.

Die heute üblichen Niederstammanlagen entstanden in den 50er und 60er Jahren aus den schwerer zu bewirtschaftenden Hochstammplantagen. Ab 1970 stellten die Plantagenbesitzer dann nochmals von Busch- auf Engpflanzungen um. Bereits 1980 gab es dadurch im Bodenseebecken nur noch 72 Quadratkilometer alter Streuobstwiesen, aber 62 qkm Niederstammanlagen bzw. Engpflanzungen. Diese „Bäumchen" – überwiegend Apfelbäume – wachsen nur noch zu einer maximalen Höhe von zwei bis drei Metern heran, mit einem Kronendurchmesser von 1,50 Meter, und benötigen jeder einen Pfahl als Halt, da sie wegen des flachen Wurzelsystems allein nicht standfest sind.

An Hand der singenden und damit revieranzeigenden Vogelmännchen ermittelten Schuster und Seitz auf je 20 ha großen Flächen der drei Plantagen die Anzahl der Brutvögel; zur Kontrolle wurden dann im Winterhalbjahr noch einmal die Nester gezählt, um die Ergebnisse der Brutbestandsaufnahme zu überprüfen. Wichtig für einen Vergleich war vor allem, daß sie neben einer intensiv genutzten Niederstamm-Obstplantage bei Bodman am westlichen Bodensee und einer weiteren bei Nonnenhorn am östlichen Bodensee auch eine Streuobstanlage bei Horn untersuchten. Zwischen 1970 und 1984 nämlich ging bei Bodman die Zahl der Brutvogelarten kontinuierlich von 23 auf 15 zurück (zum Vergleich: Für Mitteleuropa können auf 20 ha Fläche 25 Arten erwartet werden!), während auf den Streuobstwiesen bei Horn 27 Vogelarten brüteten.

Die Zahl der Nester und Vögel nahm von den noch artenreichen Streuobstwiesen über die Niederstammplantagen 1970 bis hin zu den Engpflanzungen der letzten Jahre deutlich ab. Nur die extensiv genutzten Obstfluren mit ihren älteren Baumbeständen sind erwiesenermaßen Lebensraum für deutlich mehr Vogelarten.

Die Ursache für den Rückgang der Vogelzahlen ist der akute Nahrungsmangel in den modernen Pflanzungen. Immerhin werden die Obstplantagen etwa 20mal pro Jahr mit Pflanzenschutzmitteln behandelt, neben den Fungiziden gegen Schorf und Mehltau auch mehrmals mit Insektiziden. Dies geschieht meist routinemäßig nach den Warnungen der örtlichen Pflanzenschutzdienste, unabhängig davon also, ob der Schädling in der betreffenden Plantage auch wirklich auftritt. Kein Wunder also, daß in den Niederstammanlagen weniger Vögel leben, denn gerade kleine Insekten sind für die meisten von ihnen ein unentbehrliches Futter für die Auzucht der Jungen.

Auch unreife Samen, etwa von Korbblütlern wie dem Löwenzahn, sind in vielen Niederstammanlagen am Bodensee nicht mehr ausreichend vorhanden, denn auch die „Un-Kräuter" werden mit Herbiziden bekämpft. Für Finken etwa gibt es dadurch nichts mehr zu fressen. Ihre Nahrung müßten sie oft aus großen Entfernungen von einem Kilometer und mehr herbeischaffen. Letztlich bleiben nur die Drosseln übrig, die sich von Regenwürmern ernähren. Ironischerweise verbleiben durch die Pflegemaßnahmen also genau die Arten, die dann im Herbst das Obst in den Plantagen anpicken.

Da vorläufig eine Umkehr dieser ökologisch sehr ungünstigen Entwicklung nicht zu erwarten ist, schlagen die Biologen vor, sogenannte „Naturinseln" zu schaffen. Diese wenig oder gar nicht genutzten Teilflächen mit artenreichem Wildpflanzenbestand, am Rande oder in den Plantagen gelegen, könnten auch zum ökonomischen Vorteil werden. Wenn man an Zäunen, Wegen und Gräben keine Herbizide mehr spritzte und alle hochstämmigen Bäume und älteren Pflanzungen am Rande jeder Plantage stehen ließe, hätten die Vögel in Zeiten der Insektenbekämpfung eine Nahrungsreserve.

Säure zum Anfassen

Die Bindung an Silizium entschärft gefährliche Stoffe

Von HORST MERSCHEIM

Die Verwendung von Säuren in der chemischen Industrie wird seit einiger Zeit heftig kritisiert: Diese Stoffe werfen nicht nur beim Transport, sondern auch bei der Abfallbeseitigung (Stichwort „Verklappung") große Probleme auf. Dies kann sich jetzt möglicherweise auf einen Schlag ändern, seit man Säuren an feste Stoffe binden und ihre Gefährlichkeit damit erheblich verringern kann.

Mit solchen Verbindungen, etwa für die aggressive Schwefelsäure, beschäftigt sich seit einiger Zeit Professor Alfons Saus vom Fachbereich Angewandte Chemie der Universität Duisburg. Seine „feste Säure" sieht wie Sandkörner von heller Farbe aus, hat aber seine Eigenschaften dennoch nicht verloren. Es handelt sich allerdings nicht etwa um eine Flüssigkeit im Festzustand. Die Säure benötigt vielmehr ein Trägermaterial, an das sie chemisch gebunden werden muß. Solche festen Bindungen strebt Saus für die Entwicklung von Katalysatoren an, mit denen man auch im großtechnischen Maßstab problemlos arbeiten kann.

Katalysatoren sind Substanzen, die den Ablauf von chemischen Reaktionen einleiten und beschleunigen können. Sie helfen so, Substanzen von einem Zustand in einen wünschenswerten anderen zu überführen. Katalysatoren können vor allem auch Reaktionen auslösen, die in der Natur wegen bestimmter Hemmprozesse nicht ablaufen können. In der chemischen Industrie sind sie somit unersetzbare Hilfsmittel.

Partner im Falle der Schwefelsäure ist das dunkelgraue und metallisch glänzende Halbmetall Silizium, das als Siliziumdioxid in großen Mengen in Quarzsanden enthalten ist. Seine Gewinnung ist billig und ohne großen Aufwand möglich. Wird das Silizium entsprechend behandelt, entsteht eine Substanz, die unter dem Namen Silicagel Eingang in den Alltagsgebrauch gefunden hat. Silicagel kann man pressen oder drücken, die einmal gebundene Säure wird so leicht nicht wieder frei.

An der bestmöglichen Ausgestaltung solcher festen Katalysatoren arbeitet Saus mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und tatkräftigem Interesse der Industrie, die sich von seinem Konzept der Entwicklung fester Katalysatoren wie der Schwefelsäure-Quarz-Verbindung Vorteile versprechen muß. Denn von hundert chemischen Reaktionen sind mindestens 80 mit einem katalytischen Schritt verbunden.

Aber Katalysator ist nicht gleich Katalyse: Schwefelsäure zum Beispiel ist auch in flüssigem Zustand hervorragend dafür geeignet, chemische Reaktionen in Gang zu bringen. Wo die Vorteile ihrer festen Form liegen, wird erst deutlich, wenn man sich den Ablauf solcher Umwandlungsprozesse vor Augen führt. Die Substanz, die sich verändern soll, wird im einfachsten Fall in einen Kessel gegeben. Unter Zugabe von Schwefelsäure wird das Gemisch umgerührt, und nach Ablauf der Reaktion muß die Säure dann wieder mühsam abgetrennt werden.

Ein fester Säurekatalysator bietet hier offenkundige Vorteile. Man muß ihn nicht in einen säurefesten Kessel schütten, sondern kann ihn beispielsweise in der Mitte eines oben und unten offenen Glasrohrs unterbringen, wo er dann von der umzuwandelnden Substanz umspült wird, ohne sich dabei selbst chemisch zu verändern. Eine Stahlumhüllung braucht ein solcher Reaktor nicht, da die Festsäure nicht quellen kann, also auch keine Druckwirkung ausübt.

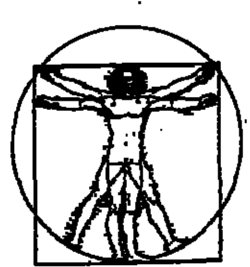
Was der Duisburger Chemiker erforscht, ist weder von den Substanzen noch von den chemischen Verfahren her gänzlich neu. Wohl aber ist es sein Konzept, aus der Kombination einer bekannten Säure mit einem bekannten Trägermaterial den Katalysatoren ganz bestimmte wünschenswerte Eigenschaften zu geben.

Das gilt auch weitgehend für die Beseitigung der verbrauchten festen Schwefelsäure, die nicht etwa, wie die sogenannte Dünnsäure, irgendwo im Meer „verklappt" werden muß. „Die Begleitumstände der Endlagerung sind in ihrer Schärfe wesentlich reduziert" meint Saus dazu. „Kommt der Katalysator auf Halde, würde er sich durch Umwandlungsprozesse mit den Erdmineralien in kürzester Zeit neutralisieren. Die Trägersubstanzen liegen ohnehin in der Natur vor. Was als organischer Teil im Katalysator enthalten ist, wird zu hundert Prozent biologisch abgebaut."

AUS LABORS UND INSTITUTEN

„Jugend forscht"

Hamburg (dpa) – Mit dem neuen Sonderpreisthema „Umwelt" geht der Wettbewerb „Jugend forscht" in sein 21. Jahr. Dieses Thema bietet die Möglichkeit zu interdisziplinären Arbeiten über aktuelle Probleme des Umweltschutzes. Wer noch nicht 22 Jahre alt ist, kann bis zum 30. November 1985 Arbeiten einreichen, die in eines der folgenden Fachgebiete passen: Biologie,



Chemie, Geowissenschaften, Mathematik/Informatik, Physik und Technik oder in eines der beiden Sonderpreisthemen „Arbeitswelt" und „Umwelt". In den zwanzig Jahren des Bestehens von „Jugend forscht" haben sich über 26 000 junge Menschen beteiligt.

Meeresverschmutzung

Hamburg (DW.) – Am 30. August kehrte das Forschungsschiff „Gauß" des Deutschen Hydrographischen Institutes (DHI) von einer dreiwöchigen Fahrt zur Überwachung der Meeresverschmutzung nach Hamburg zurück. Dabei wurden der Sauerstoff- und Nährstoffgehalt sowie die Konzentration an Kohlenwasserstoffen ermittelt. Die Meßergebnisse zeigen in der westlichen Ostsee, vor allem in den Buchten und Förden, eine höhere Konzentration von Erdöl-Kohlenwasserstoffen als im Vorjahr. Der Sauerstoffgehalt ist dagegen sowohl in der Ost- wie in der Nordsee ausreichend, auch in den tieferen Wasserschichten.

Dioxin-Kongreß

Bayreuth (Kü.) – Rund 400 Forscher aus aller Welt treffen sich zwischen dem 16. und 19. September in Bayreuth zu einem Kongreß über „Dioxine und verwandte Verbindungen". Spezialisten aus allen Bereichen der Wissenschaft werden dabei über die neuesten Forschungsergebnisse, moderne Technologien und medizinische Aspekte dieser hochgiftigen Substanzen berichten. Gleichzeitig findet ein Symposium zu Thema „Chemieangst" statt, auf dem eine historische, psychologische und wissenschaftliche Bestandsaufnahme dieses Phänomens erfolgen soll.

Krebsforschung

Ulm (DW.) – Die Deutsche Krebshilfe hat der Universität Ulm 1,5 Millionen Mark, verteilt auf einen Zeitraum von 5 Jahren, zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln wird ein Forschungsprojekt an der Abteilung Immunologie finanziert, das mittels gentechnologischer Untersuchungen an Tumorzellen Fragen der Krebsentstehung nachgeht.

Kohl drängt Pretoria zum Handeln

● Fortsetzung von Seite 1

Rande behandelt. Die Abstimmung der Südafrika-Politik war insbesondere aktuell, weil sich gestern morgen das Bundeskabinett mit dem Bericht von Außenminister Genscher über die EG-Maßnahmen und mit der Änderung des deutschen Kulturabkommens mit Pretoria zu befassen hatte. Diplomatische Kreise sprachen nach einem Bericht der Deutschen Presseagentur von einer „Änderungskündigung" dieses Abkommens mit dem Ziel, alle auf die Förderung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika und besonders auf die Jugendausbildung gerichteten Maßnahmen des Kulturabkommens zu stärken.

Genscher erläuterte vor dem Kabinett den Maßnahmenkatalog, den die EG-Außenminister in Luxemburg gegenüber Südafrika beschlossen hatten. Seine Zustimmung, so der Außenminister im Kabinett, ändere allerdings nichts an der bisherigen deutschen Haltung, keine ausgesprochenen Wirtschaftssanktionen wegen der fortdauernden Apartheidpolitik Pretorias zu verhängen.

In der Zehner-Runde von CDU und CSU hatte sich Franz Josef Strauß ausführlich mit der Lage am Kap befaßt. Auch er hatte nach Angaben von Teilnehmern klargestellt, daß man an der Politik des positiven Engagements festhalten müsse. Präsident Botha müsse ermutigt werden, auf den eingeschlagenen Weg der Reformen weiterzugehen. „Die Betonung liegt dabei auf ‚gehen', wobei zu sehen ist, daß Botha schon einen erheblichen Weg zurückgelegt hat", erläuterte ein Unionspolitiker.

Strauß berichtete der Runde weiterhin von seinem Treffen mit dem libanesischen Präsidenten Gemayel am Rande der Feiern zu seinem 70. Geburtstag in München. Der CSU-Vorsitzende bat die Runde, der tatsächlichen „physischen und räumlichen" Verdrängung, ja Verfolgung der Christen in Libanon zu schenken.

Bundeskanzler Kohl hatte die Aussprache mit seinem Bericht zu aktuellen innenpolitischen Themen, darunter dem Dreiergespräch, eröffnet. Auch hier waren sich die Spitzenpolitiker der beiden Unionsparteien rasch einig, daß die Überschüsse der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit vor allem zur Finanzierung von Qualifikationsmaßnahmen von Arbeitslosen, aber auch zur Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozentpunkt verwendet werden sollen.

Die Runde folgte dem Kanzler in seiner Absicht, vor der Entscheidung über eventuelle gesetzgeberische Maßnahmen zum Arbeitskampfrecht einschließlich des umstrittenen Streikparagraphen zunächst abzuwarten, wieweit sich die Tarifpartner auf diesem Felde einig werden.

Signal aus Bonn: „Bleifrei" soll billiger werden

hey/DW. Bonn

Spätestens zum 1. Januar 1986 soll bleifreies Benzin durch eine nochmalige Senkung der Mineralölsteuer verbilligt werden, um einen größeren Anreiz zum Tanken dieses Kraftstoffes zu schaffen. Nach den Worten von Regierungssprecher Friedhelm Ost soll noch in diesem Monat eine Arbeitsgruppe der zuständigen Ressorts dem Kabinett eine Vorlage über die Größenordnung der Spreizung der Mineralölsteuer für verbleites und bleifreies Benzin erarbeiten.

Mit diesem Vorstoß habe Bundeskanzler Helmut Kohl ein „Signal" für die heute beginnende Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) setzen wollen.

Die zum 1. April 1985 vollzogene Vergünstigung – die Mineralölsteuer für bleifreies Benzin wurde um zwei *Pfennig gesenkt und für bleihaltigen* Kraftstoff um zwei Pfennig erhöht – läuft bis 1991. Bisher liegt der Marktanteil bleifreien Benzins allerdings erst bei einem Prozent.

Anwälte wollen höhere Gebühren

dpa, Bonn

Die Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland möchten mehr Geld und deshalb von ihren Mandanten höhere Gebühren kassieren. Der Präsident des Deutschen Anwaltvereins (DAV), Ludwig Koch, verwies darauf, daß immer mehr neue Anwälte zugelassen würden. Die Unabhängigkeit des Berufsstandes könne aber auf Dauer nur dann erhalten bleiben, wenn trotz der *„steigenden Anwaltsflut"* das durchschnittliche Einkommen der Anwälte mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halte. Deshalb sei eine Anpassung der Gebühren in der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung nach einer nunmehr fünfjährigen Pause durch den Gesetzgeber „dringend erforderlich" und „überfällig".

Union: Rau vertrat nicht die Bündnis-Positionen

Moskau sah in dem Gast vor allem den Ministerpräsidenten

DW. Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau schon vor dessen voraussichtlicher Nominierung zum SPD-Kanzlerkandidaten ins Visier. Als „sehr unglücklich" charakterisierte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Rühe die Gespräche, die Rau in Moskau geführt hat. Der Ministerpräsident habe den Eindruck erweckt, als brauche er die „Moskauer Bühne und den Segen von Generalsekretär Gorbatschow für seine Bewerbung", erklärte Rühe in der *„Neuen Osnabrücker Zeitung"*.

Politisch bedenklicher aber sei, daß Rau sowohl in der Frage einer chemiewaffenfreien Zone in Europa als auch bei der Frage des amerikanischen Projektes einer weltraumgestützten Raketenabwehr (SDI) nicht *die Positionen des westlichen Bündnisses* vertreten habe.

Rau entgegnete auf die Kritik von Unionsseite, er halte nichts davon, wenn man 500 Tage Wahlkampf mache und jede Bemühung um Abrüstung als Versuch, aus dem Bündnis auszusteigen, diffamiere.

Natürlich habe er in Moskau über die Abrüstung auf beiden Seiten gesprochen. Im übrigen, so der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, werde in der Sowjetunion nicht die Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die USA in Zweifel gezogen.

Die sowjetische Führung hatte der Visite des Regierungschefs aus Düsseldorf keine besondere Behandlung eingeräumt, die über das Maß des Besuchs von Lothar Späth im Frühjahr hinausreichte. Man ordnete Rau als den ein, als der er kam: als Regierungschef eines Industrielandes und als SPD-Vize. So blieb auch die Berichterstattung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass, die sich in den Zeitungen nicht an prominenter Stelle wiederfand, ebenso in bescheidenem, aber angemessenem Rahmen.

Eine Hervorhebung des Gastes – wie Anfang des Jahres in der „DDR" – wäre es beispielsweise gewesen, ihn in einer der noblen Sil-Limousinen durch Moskau zu kutschieren, wie sie Politbüromitgliedern und hohen Staatsgästen vorbehalten bleiben. Rau mußte sich hingegen mit einem bescheidenen Mittelklassewagen der Marke „Wolga" aus der Serienproduktion begnügen.

Ein weiteres Zeichen, daß man im Kreml in Rau insgeheim längst noch nicht den Herausforderer des Bundeskanzlers oder gar dessen möglichen Nachfolger sieht, war auch, daß *Gorbatschow ihn in einem kleineren* Arbeitszimmer des Ministerratsgebäudes empfing als im Mai SPD-Chef Willy Brandt. Im und um den Kreml haben solche Kleinigkeiten Nachrichtenwert.

Rau selber hatte erklärt: „Ich fahre in erster Linie als Ministerpräsident." In dieser Funktion gelang es ihm, die Fortführung der „traditionellen Zusammenarbeit" zwischen Nordrhein-Westfalen und der Russischen Föderation aufzufrischen.

Konkret zog Rau in den Gesprächen noch einmal fest, daß Nordrhein-Westfalen außer an einem politischen und wirtschaftlichen auch an einem bilateralen kulturellen Austausch interessiert sei. In die bereits terminierte NRW-Landesausstellung im Sommer 1986 in Moskau möchte er auch ein landeseigenes Kulturprogramm einbeziehen.

„UdSSR für immer von Getreideimport abhängig"

US-Agrarminister Block widerspricht Gorbatschows Thesen

DW. Moskau

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat während einer Inspektionsreise in der Sowjetrepublik Kasachstan die Absicht geäußert, die UdSSR in den kommenden Jahren von Getreide-Importen unabhängig zu machen. Vor Parteifunktionären in *Zelinograd* erklärte er, die Sowjetunion verschwende wertvolle Devisen für Getreide-Importe.

Der Parteichef forderte von den zuständigen Organisationen eine Ausweitung der ungenügenden Getreideproduktion zur „völligen Befriedigung" der Nachfrage. Er übte Kritik an der Fleischproduktion, die hinter den bestehenden „rationellen Ernährungsnormen" zurückbleibe. Dies sei die wichtigste Lücke im Ernährungssektor.

Gorbatschow vertrat den Standpunkt: „In einem Jahr ungünstiger Witterungsbedingungen sollte unser Land mindestens 200 Millionen Tonnen Getreide und unter normalen Bedingungen 250 Millionen Tonnen und mehr im Jahr erzeugen."

In den USA wird die sowjetische Ernte des Jahres 1985 auf rund 190 Millionen Tonnen Getreide und damit höher als die des katastrophalen Erntejahres 1984, jedoch auf deutlich weniger als die im laufenden Fünf-Jahres-Plan vorgegebenen 239 Millionen Tonnen geschätzt.

H.-A. SIEBERT, Washington

US-Agrarminister John Block ist davon überzeugt, daß die Sowjetunion für alle Zeiten von ausländischen Getreidelieferungen abhängig sein wird. Nach einer längeren Reise durch die UdSSR machte er in Washington in einem Gespräch mit Journalisten vor allem die klimatischen Verhältnisse dafür verantwortlich. Ein wesentlicher Hemmschuh sei aber auch die Überregulierung durch Moskau, die den landwirtschaftlichen Betrieben nicht genügend Flexibilität einräume. Vor der Revolution war Rußland ein Netto-Getreide-Exporteur.

Dennoch will Block Veränderungen in der sowjetischen Agrarpolitik *festgestellt* haben. So benutzten die Kolchosen und Staatsgüter in verstärktem Maße modernere Technologien und auch mehr Düngemittel. Die Betriebe erhielten auch größere Produktionsanreize.

Wie Block berichtete, bestehen echte Engpässe in der Fleischversorgung. In Gesprächen mit sowjetischen Offiziellen sei er immer wieder auf die Notwendigkeit einer Ausweitung der Fleischversorgung hingewiesen worden. Auf sein Angebot, das Problem mit Hilfe amerikanischen Sojamehls zu lösen, seien sie jedoch nicht eingegangen, „weil es nicht ins System paßt".

Block veranschlagte den Importbedarf der UdSSR in diesem Jahr auf 50 Millionen Tonnen Getreide, davon stammen 20 Millionen Tonnen aus den USA. Seine Abnahmeverpflichtung habe der Kreml mit der Bestellung von restlichen 1,1 Millionen Tonnen Weizen erfüllt, sagte er. Geordert worden seien dreimal soviel Mais wie Weizen.

Der Minister wies darauf hin, daß die Sowjetunion nach wie vor der größte Getreidekunde Amerikas sei, obwohl der US-Anteil an den russischen Einfuhren seit den 70er Jahren von 70 auf 40 Prozent gesunken ist. Für die US-Lieferungen zahle Moskau 1985 rund 2,5 Milliarden Dollar in bar.

Unmut in der SPD über Vorgehen Bülows

Pawelczyk: Sicherheitskommission steht nicht unter Zeitdruck

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zwischen dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und dem Hamburger Bürgermeister Alfons Pawelczyk ist es gestern zu einem Gespräch über die Arbeit der sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand gekommen. Deren Vorsitzender ist der Bundestagsabgeordnete Andreas von Bülow, dessen vor wenigen Tagen bekanntgewordener Diskussionsbeitrag zu einer langfristigen Veränderung der SPD-Politik einer Friedenssicherung in Europa sowohl in den eigenen Reihen, aber vor allem auch beim politischen Gegner auf scharfe Kritik gestoßen war. Pawelczyk vertritt Bülow im Vorsitz der Kommission.

Pawelczyk zeigte sich im Gespräch mit Journalisten über die Art des Vorgehens des Kommissionsvorsitzenden nur sehr verhalten kritisch, indem er darauf hinwies, er wolle nicht selbst tun, was er zu bemängeln habe, daß nämlich „die Dinge an der falschen Stelle diskutiert" würden.

Daraus war zu entnehmen, daß bei Pawelczyk selbst, aber auch bei anderen Mitgliedern der Kommission der Unmut darüber zu wachsen scheint, in welcher Weise Bülow sein Amt als Vorsitzender zur eigenen Darstellung nutze, dabei aber seine eigentliche Aufgabe übersehe, in der Kommission zu möglichst großer Übereinstimmung bei der Ausarbeitung von politischen Positionen zu kommen.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, hatte der Kommission die vorzeitige Veröffentlichung des Bülow-Papiers vorgeworfen und sich von Bülows „Miliz"-Gedanken distanziert. In diesem Parteigremium, so kritisierte Vogel, *erscheine ihm noch vieles* „verbesserungsbedürftig.

Pawelczyk erklärte, die Kommission habe die Aufgabe erhalten, für den SPD-Parteitag in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres neue Initiativen für eine Verteidigungs- und Friedenspolitik zu entwickeln. Dabei stehe die Kommission nicht unter Zeitdruck. Sie sollte die Gelegenheit nutzen, möglichst viel Sachverstand auch von außen für ihre Arbeit einzusetzen.

Damit wurde deutlich, daß Pawelczyk es für unrealistisch hält, bis zum 1. November, dem im jüngsten Beschluß des SPD-Präsidiums genannten Termin, „eine abgestimmte sicherheitspolitische Alternative vorzulegen", auf deren Grundlage der SPD-Vorstand einen Antrag für den Bundesparteitag des nächsten Jahres vorlegen will. Offenkundig trug sich der Vertreter Bülows in der Vorstandskommission mit dem Gedanken, im Gespräch mit Brandt eine Änderung dieser Planung herbeizuführen.

Am kommenden Freitag wird die Kommission zum zweiten Mal nach der Sommerpause tagen. Bei dieser Gelegenheit wird von einigen der 23 Mitgliedern der Kommission eine harte Abrechnung mit der Handlungsweise des Vorsitzenden Bülow erwartet. *Manche gehen so weit zu* prophezeien, daß Bülow dann vor die Frage gestellt wird, entweder sein Amt im Sinne des Integrierens und Suchens von Kompromissen und nicht für Alleingänge zu nutzen, oder sein Amt niederzulegen.

Wird Bangemann Direktkandidat in Stuttgart?

hey. Bonn

Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann wird bei den nächsten Bundestagswahlen aller Voraussicht nach die baden-württembergische Landesliste der Freien Demokraten anführen. Bangemann, der nach dem Scheitern der FDP bei den Europawahlen 1984 als Nachfolger des zurückgetretenen Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff ohne Abgeordnetenmandat nach Bonn gekommen war, soll außerdem im Wahlkreis Stuttgart als Direktkandidat antreten. Wahrscheinlich schon Ende des Jahres wird eine Mitgliederversammlung über die Nominierung Bangemanns, der selbst gegenwärtig „keinen aktuellen Entscheidungsbedarf" sieht, beschließen.

In Stuttgart soll er den Wahlkreis erhalten, in dem Friedrich Hölscher 1980 auf 19,4 Prozent kam. 1982 war Hölscher wegen des Koalitionswechsels der FDP aus der Partei ausgetreten. Nach der „Wende" erreichte die FDP bei der Bundestagswahl 1983 in Stuttgart 5,2 Prozent der Erststimmen und 13,5 Prozent der Zweitstimmen.

Nachmann: Deutsche verstehen Israels Nöte

RS. München

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, sieht in der bevorstehenden Reise von *Bundespräsident* Richard von Weizsäcker nach Israel (8. bis 11. Oktober) „eine schöne Geste". In einem Interview der „Jüdischen Zeitung" (München) erklärte Nachmann, er glaube, daß Politiker und Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland Verständnis für die Nöte Israels hätten und daß von politischer Seite alles getan werden solle, was der Sicherheit Israels diene.

Darauf angesprochen, ob die besondere Position der Juden außerhalb Israels, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, gegenüber dem jüdischen Staat nicht zu einer doppelten *Loyalität* führen könnte, sagte Nachmann: „Jedem muß klar sein, daß wir jenen Staat, der zahllosen Überlebenden des Naziregimes eine Heimat geboten hat, zu unterstützen haben."

Lohse erinnert an Versagen der Kirche

DW. Hannover/Berlin

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Eduard *Lohse, hat* „mit Scham und Trauer" an die Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" vom 15. September 1939 erinnert. In einer Erklärung zum 50. Jahrestag der antijüdischen Rassengesetze erklärte Lohse: „Wir müssen eingestehen, daß viele Menschen, auch viele Christen, nicht erkannten, welches Unrecht da geschah und welches Unheil sich zusammenbraute."

In allen Berliner evangelischen Kirchen soll am kommenden Sonntag ein Text von der Kanzel verlesen werden, in dem es heißt: „Damals wurde vergessen, daß Jesus ein Jude war und wir als Kirche im Judentum unsere Wurzeln haben."

Donnerstag, 12. September 1985
Nr. 212

WELT DER WIRTSCHAFT

Späte Rache

as. – In Zeiten einer gerade auch bei Akademikern hohen Arbeitslosigkeit hinkt auf dem Markt für Führungskräfte das qualitative Angebot hinter dem Bedarf her. Händeringend gesucht wird vor allem der Top-Manager, der von seinem beruflichen Werdegang und seiner Persönlichkeit her in der Lage ist, als erster Mann in einem Unternehmen der Führungsmannschaft vorzustehen, berichtet die Neumann-Personalberatungsgruppe.

Neben Risikobereitschaft und Kreativität soll er vor allem über die Fähigkeit verfügen, ressortübergreifende Verantwortung zu tragen und „Technik und Markt" gleichermaßen im Griff zu haben. Angesichts des aktuellen Mangels an solchen „Unternehmer-Managern" empfehlen die Personalberater, solche Top-Leute, wenn man sie schon einmal hat, mit attraktiven finanziellen Bedingungen langfristig an das Unternehmen zu binden und außerdem verstärkt Führungsnachwuchs im eigenen Unternehmen heranzuziehen.

Über die Ursache dieser Lücke auf dem Führungskräftemarkt rätseln auch die Fachleute. Lange Zeit standen das vielbeklagte Sicherheitsdenken und die mangelnde Risikobereitschaft vieler Manager im Vordergrund der Diskussion. Hier stellen die Personalberater zur Zeit gerade auch bei den Nachwuchs-Managern ein allmähliches Umdenken fest.

Entscheidende Bedeutung kommt jedoch offenbar dem Umstand zu, daß sich viele Führungskräfte bei ihrem beruflichen Werdegang zu früh und zu lange auf bestimmte fachspezifische Bereiche spezialisiert haben, während der „Allround-Manager" gefragt ist. So rächt sich spät der Trend zum hochkarätigen Fachwissen, der bereits in den Schulen angelegt wird.

Überflüssig

K.S. – Die Ermahnungen an die hochverschuldeten Entwicklungsländer, einer sparsamen Wirtschaftspolitik – sofern sie überhaupt eingeleitet wurde – auch in den kommenden Jahren zu folgen, reißen nicht ab. Ebenso werden die Industrieländer stetig daran erinnert, ihre Märkte den Produkten der Dritten Welt zu öffnen und in den Entwicklungsländern zu investieren. Diesen Aufrufen folgt im allgemeinen die Erkenntnis, daß die Weltwirtschaft keinen Schwung verlieren darf. Die hohen Verbindlichkeiten zahlreicher Entwicklungsländer müssen, wenn es unvermeidlich ist, auf viele Jahre umgeschuldet werden. All diese Ausführungen gelten einer Frage: „Ist die Verschuldungskrise zu meistern?" Doch sie wurde noch nie und kann auch nicht beantwortet werden. Zu viele Unsicherheitsfaktoren machen eine Antwort unmöglich. Warum wird diese Frage dennoch immer wieder gestellt?

KONJUNKTUR / Wirtschaftsministerium und Kieler Institut sind optimistisch

Die Aufschwungskräfte haben sich in den letzten Monaten weiter verstärkt

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Aufschwungskräfte in der deutschen Wirtschaft haben sich in den letzten Monaten weiter verstärkt. Zu diesem Ergebnis kommen das Bundeswirtschaftsministerium und die Spitzenverbände der Kreditwirtschaft in ihren jüngsten Konjunkturberichten. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft sagt für 1986 ein unverändertes Expansionstempo voraus. Dadurch steige die Beschäftigung zwar weiter. Aber das Institut rechnet nicht mit einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen.

„Zur Jahresmitte hat sich die Aufwärtsentwicklung verstärkt fortgesetzt", schreibt das Bundeswirtschaftsministerium. So sei nach Aussage der am Ifo-Konjunkturtest beteiligten Industrieunternehmen im Juli nicht nur die Geschäftslage beträchtlich günstiger geworden, sondern auch die Erwartungen für die nähere Zukunft seien optimistischer.

Der Bundesverband deutscher Banken weist darauf hin, daß die Anstöße zur Jahresmitte nicht mehr so sehr vom Export ausgingen. Vielmehr hätten sich die Wachstumsimpulse aus dem Inland verstärkt.

Vor allem in der Industrie habe die Inlandsnachfrage angezogen. Nach Angaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes hat dies in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie bei den Herstellern von Investitionsgütern inzwischen zu einer Kapazitätsauslastung von rund 85 Prozent geführt. Im Maschinenbau liege sie bei 88 Prozent. Der Export sei von dem sinkenden Dollar-Wechselkurs in seiner Substanz bisher nicht betroffen worden.

Der Bankenverband spricht von einer allmählichen Besserung am Arbeitsmarkt. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums waren Mitte des Jahres trotz des ausgeprägten Rückgangs in der Bauwirtschaft saisonbereinigt fast 160 000 Personen mehr beschäftigt als im Frühjahr vergangenen Jahres. „Derzeit spricht alles für eine Fortsetzung dieses Trends", meint das Ministerium.

Auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft erwartet, daß die Zahl der Beschäftigten im nächsten Jahr weiter leicht steigen werde, da die konjunkturelle Expansion etwas stärker sein wird als das Potentialwachstum. „Eine Ausweitung um ein Prozent ist indes bei den vorliegenden Gegebenheiten (Arbeitskosten, Schwerpunkte der Expansion in kapitalintensiven Bereichen, Rigiditäten am Arbeitsmarkt) eher als Obergrenze anzusehen", schreibt das Institut. Damit sei wohl – wegen des anhaltenden Anstiegs des Arbeitskräftepotentials – auch 1986 kaum mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die Erwartungen, die auf die Einführung des Erziehungsurlaubs in bezug auf befristete Neueinstellungen gesetzt werden, scheinen überzogen. Inwieweit mit Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik, vor allem mit Maßnahmen der Um- und Höherqualifizierung die Zahl der registrierten Arbeitslosen vermindert wird, sei schwer abzuschätzen.

Das Institut geht davon aus, daß der Anstieg von Nachfrage und Produktion, der nunmehr seit reichlich zweieinhalb Jahren zu beobachten ist, im weiteren Verlauf dieses Jahres und 1986 anhalten werde. Das Tempo der Aufwärtsbewegung – die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg um 2,5 Prozent je Jahr – werde sich nicht wesentlich ändern. Allerdings dürfte der Export wegen der schwächeren US-Konjunktur und der aufgrund der D-Mark-Aufwertung leicht ungünstigeren Wettbewerbslage deutscher Produzenten nur noch abgeschwächt steigen. Die Investitionstätigkeit dürfte nach der dynamischen Aufwärtsentwicklung im Verlauf dieses Jahres ebenfalls geringere Zuwachsraten aufweisen.

Steuerentlastung, höhere Lohnsteigerungen und niedrige Zinsen ließen hingegen eine Belebung der Verbrauchsnachfrage erwarten. Belastend wirkten sich die ungebremst steigenden Krankheitskosten aus, die wahrscheinlich zu einer Erhöhung der Beitragssätze zur Krankenversicherung führen werden. Die Bautätigkeit dürfte nach dem Einbruch in diesem Jahr nicht weiter sinken. Das Institut rechnet bei einer Inflationsrate von zwei Prozent mit Tarifanhebungen von rund drei Prozent.

GROSSBRITANNIEN

Regierung plant Programm für arbeitslose Jugendliche

WILHELM FURLER, London

Die Ausschreitungen randalierender Jugendlicher in Birmingham haben einmal mehr das Problem der extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit in Großbritannien in den Vordergrund gerückt. Von den über drei Millionen Briten ohne festen Arbeitsplatz sind gut 200 000 im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Mehr als ein Viertel aller britischen Jugendlichen von 18 und 19 Jahren ist arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt nach Angaben der Manpower Services Commission, einer Einrichtung ähnlich der deutschen Bundesanstalt für Arbeit, weiter zu.

Das Problem ist zu einem ganz erheblichen Teil auf die noch immer unzureichende Ausbildung Jugendlicher sowie auf die durch Gewerkschaftsdruck überhöhten Bezüge für jugendliche Arbeitskräfte zurückzuführen. Doch in beiden Bereichen hat sich die Regierung Thatcher bereits zum Handeln entschlossen.

So wird die Jugendausbildung, die trotz eines im September 1983 eingeführten Ausbildungsprogramms noch immer deutlich unter dem Niveau in den meisten übrigen europäischen Ländern bleibt, von Anfang kommenden Jahres an erheblich verbessert. Einem inzwischen verabschiedeten Regierungsentwurf zufolge wird von Januar an allen 16jährigen Schulabgängern und allen 17jährigen, die keinen Arbeitsplatz gefunden haben, eine zweijährige Berufsausbildung in Theorie und Praxis angeboten. Nachdem das bisherige Jugendausbildungsprogramm Youth Training Scheme, das nur über ein Jahr läuft, höchstens 350 000 Jugendliche aufnehmen kann, soll das erweiterte Programm bis zu 550 000 16- bis 17jährige pro Jahr über einen Zeitraum ausbilden können. Kostenpunkt für die Regierung: Vier Milliarden Mark pro Jahr.

Gleichzeitig arbeitet die Regierung Thatcher an einem Programm, wonach Arbeitgeber Zuschüsse erhalten, sofern sie Jugendliche zu niedrigen Bezügen einstellen. Wie verlautet soll jeder Arbeitgeber, der einen Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren einstellt und ihm nicht mehr als 60 Pfund (230 Mark) pro Woche zahlt, einen wöchentlichen Zuschuss in Höhe von 15 Pfund erhalten.

Nach ersten Schätzungen in Whitehall dürften die Zuschüsse für bis zu 40 000 Jugendliche dieser Altersgruppe beantragt werden, womit das Programm jährlich an die 120 Mill. Mark kosten würde. Es soll Arbeitgeber ermuntern, die in dem zweijährigen Youth Training Scheme ausgebildeten Jugendlichen nach dem Ende ihrer Ausbildungszeit weiter zu beschäftigen. Nicht auszuschließen ist, daß die Regierung nach den jüngsten Ereignissen beide Programme erweitert und Vorkehrungen trifft, damit die Ausbildung und Beschäftigung farbiger Jugendlicher mit ihrem extrem hohen Anteil an der Jugendarbeitslosigkeit sichergestellt wird.

Überstunden sind notwendig

Von Prof. Dr. WERNER LACHMANN

Verstärkt fordern die Gewerkschaften – aber auch die Sozialausschüsse der CDU – einen Abbau der Überstunden. Durch Gesetz soll festgeschrieben werden, daß jeder Arbeitnehmer nur noch maximal zwei Stunden pro Woche an Überstunden leisten darf.

Bei 1,6 Milliarden Überstunden jährlich und gleichzeitig mehr als zwei Millionen Arbeitslosen ist diese Forderung verständlich; allein aus Gründen der Solidarität sollten die, die Arbeit haben, denen abgeben, die keine haben. Obgleich die Forderung ethisch einleuchtet, ist zu fragen, ob sie vernünftig ist. Zur Ethik gehört nämlich auch die Sachgerechtigkeit. Wäre durch solch ein Verbot die Höhe der Arbeitslosigkeit abbaubar? Was sind die ökonomischen Konsequenzen?

Bei den Überstunden ist zwischen den notwendigen Überstunden (Sockel) und den konjunkturell bedingten Überstunden zu unterscheiden. Der Sockel ist notwendig, um Auftragsspitzen auszugleichen sowie krankheitsbedingten Arbeitsausfall zu kompensieren und eine rasche Beseitigung von Betriebsstörungen zu gewährleisten. Gegen diese Sockelüberstunden wehren sich die Gewerkschaften nicht. Die über den Sockel hinaus geleistete Mehrarbeit ist jedoch konjunkturell bedingt.

Bei einer Verbesserung der Auftragslage weiß das Unternehmen noch nicht, ob es sich hierbei um einen Zufallseinfluß oder um eine Tendenzwende handelt. Es wird zur Vorsicht mit der Stammbelegschaft die Aufträge abwickeln.

Erst wenn sich herausstellt, daß die erhöhte Nachfrage längerfristig gesichert ist, werden die Betriebe neue Arbeitskräfte einstellen. Die Wendepunkte der konjunkturellen Entwicklung schlagen sich also zuerst in den Überstunden, die über den Sockel hinaus geleistet werden, nieder. Es wäre ein Unding, diese Flexibilität den Unternehmen durch ein gesetzliches Verbot der Überstunden zu rauben.

Aber ein weiteres Problem tut sich auf. Firmen versichern immer wieder, daß sie die benötigten Facharbeiter kurzfristig gar nicht bekommen. Und in der Tat ist die Struktur der Arbeitslosen nicht gleich der Struktur der geleisteten Überstunden. Eine Überstunde im Kfz-Bereich vernichtet keine Arbeitsplätze für Arzthelferinnen; durch den Verzicht einer Überstunde auf dem Bau werden keine Lehrer neu eingestellt. Bei fehlenden Facharbeitern bleibt den Arbeitgebern nur der Ausweg der Überstunde.

Ein Verbot der Überstunden würde aber nicht nur den Unternehmen die notwendige betriebswirtschaftliche Flexibilität nehmen. Auch andere Betriebe, die an dieses Unternehmen liefern oder von diesem Unternehmen beliefert werden, würden das Verbot der Überstunden spüren. Ist dieser Betrieb nach vorwärts oder rückwärts mit anderen Betrieben verkettet, dann kann dieser Betrieb zum Engpaß der Produktion werden. Das sozial gemeinte Verbot der Überstunden kann dann Arbeitsplätze in einem größeren Ausmaß gefährden.

Vor einer stärkeren Bürokratisierung und staatlichen Reglementierung des Arbeitsmarktes muß gewarnt werden. Auch die Möglichkeit der freien Entfaltung der einzelnen Arbeitnehmer würde dadurch eingeschränkt.

Die sozialpolitisch nicht gewünschten Überstunden wären mit einem vielfach einfacheren Mittel abbaubar. Per Gesetz oder durch Tarifverträge könnte man sich einigen, Überstunden mit einem höheren als dem bisherigen Zuschlag zu belohnen. Mit Hilfe einer drastischen Anhebung kann man den Unternehmer zwingen, die Überstunden auf das absolut Notwendige zu beschränken. Er würde in seiner Dispositionsfreiheit nicht eingeschränkt wie bei einem generellen gesetzlichen Verbot.

Aus diesen Überlegungen ist der Schluß zu ziehen, daß Überstunden nicht unbedingt Arbeitsplätze vernichten. Überstunden können sogar gesamtwirtschaftlich notwendig sein, um ein höheres Beschäftigungsniveau zu erreichen. Überstunden verstoßen auch nicht gegen das Prinzip der Solidarität. Es ist nur zu hoffen, daß die Wirtschaftspolitiker auf die unsinnigen Forderungen eines Überstundenverbots nicht eingehen und damit die gesamtwirtschaftliche Situation verschlechtern. Die hohe Arbeitslosigkeit muß mit anderen ordnungspolitischen Maßnahmen gesenkt werden.

AUF EIN WORT



„Keine Börse der Welt bietet Sicherheit, sondern es wird an der Börse hauptsächlich und überwiegend Hoffnung gekauft. Hoffnung auf die Steigerung des Kurses oder bei Optionen Hoffnung auf die Kursminderung. Nur wenige und meistens nicht besonders gut Informierte kaufen Aktien als sicheres Einkommen."

Eric F. Sidler, Hauptgesellschafter der Charles Barker GmbH, Frankfurt
FOTO: GERD GNEIST

Dritte Welt zeigt Exportprodukte

dpa/VWD, Berlin

Ein weiterhin starkes Interesse von Anbietern aus der Dritten Welt prägen die Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts", die vom 25. bis 29. September in Berlin stattfindet. Erstmals werden Käufer aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in den vorgezogenen Genuß von Zollpräferenzen in Höhe von drei Prozent aus dem Gesamtkontingent der EG für 1986 bei einer Großzahl von Produkten kommen. Nach Angaben der Berliner Ausstellungsgesellschaft AMK ist mit etwa 800 Ausstellern und über 500 zusätzlich vertretenen Firmen aus knapp 60 Entwicklungsländern zu rechnen.

DIW-STUDIE

Im Jahr 2000 hat jeder sechste Haushalt zwei Autos

dpa/VWD, Berlin

Im Jahr 2000 wird jeder sechste Haushalt in der Bundesrepublik zwei Autos haben. Diese Prognose gibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem Wochenbericht. Bei fast allen Haushalten werde die Vollmotorisierung nahezu erreicht sein. Ausgenommen seien lediglich Arbeiterhaushalte, die noch geringfügig darunter liegen dürften. Der Ersatz des alten Fahrzeugbestandes durch schadstoffarme Autos werde allerdings angesichts einer durchschnittlichen Lebensdauer der Fahrzeuge von etwa zehn Jahren erst nach der Jahrtausendwende abgeschlossen sein.

Insgesamt erwartet das DIW im Jahr 2000 einen Pkw-Bestand in der Bundesrepublik von 30,8 Millionen. Das sind rund fünf Millionen Fahrzeuge mehr als 1985. Diese Zahl entspricht den kürzlich veröffentlichten Schätzungen der Deutschen Shell AG, die für diesen Zeitpunkt rund 30 Millionen Autos erwartet. Jeder dritte Selbständigen-Haushalt wird über Zweit- und Drittwagen verfügen. Dagegen dürfte von den Haushalten der Nichterwerbstätigen – oft Rentner – aufgrund ihrer Haushaltsgröße, der Altersstruktur und des durchschnittlich geringeren Nettoeinkommens nur jeder zehnte mehr als ein Auto besitzen.

In Europa hatte die Bundesrepublik 1983 mit 400 Pkw je 1000 Einwohner den höchsten Motorisierungsgrad. Frankreich, Großbritannien und Schweden, die in den sechziger Jahren noch höhere Pkw-Dichten aufwiesen, sind inzwischen mit 378, 299 und 361 deutlich zurückgeblieben.

Seite 11: Berichte von der IAA

RAFFINERIEKAPAZITÄT

Bonn sieht keine Gefahr für die Versorgungssicherheit

Mk. Bonn

Der Abbau von Raffineriekapazitäten gefährdet nach Ansicht der Bundesregierung nicht die deutsche Versorgungssicherheit. Beim Ölabsatz von gegenwärtig rund 100 Millionen Tonnen im Jahr, der nach den vorliegenden Prognosen bis zum Jahr 2000 auf unter 80 Millionen Tonnen sinken wird, bleibe die inländische Raffinerieindustrie auch künftig Rückhalt der Versorgung. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, erklärte zu diesem Thema weiter, daß die eingeführten Fertig- und Halbfertigprodukte zu 70 Prozent aus sicheren Quellen in Westeuropa stammten, zu 50 Prozent über Pipeline und Schiff aus Holland und Belgien kommen.

Nach seinen Angaben beträgt die deutsche Raffineriekapazität derzeit 87,5 Millionen Tonnen. 1985 sind bereits 17,8 Millionen Tonnen stillgelegt worden. Im nächsten Jahr dürfte die Kapazität auf knapp 81 Millionen Tonnen sinken. Gegenüber dem Höchststand von 1978 von 159 Millionen Tonnen bedeute dies einen Rückgang um nahezu 50 Prozent.

Sprung hält eine Forderung nach staatlicher Garantie einer bestimmten Mindestkapazität weder für gerechtfertigt noch für wirtschaftspolitisch vernünftig. Ziel der Politik müsse es vielmehr sein, für die deutschen Raffinerien die Voraussetzungen für einen echten Leistungswettbewerb zu schaffen, damit sie ihre Pluspunkte wie Verbrauchernähe, Modernität, leistungsfähige Weiterverarbeitung und Verbund zur Petrochemie auch ausspielen könnten. Als Stichwort nannte er die Harmonisierung der Umweltschutzstandards in der EG.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Zahl der Erwerbstätigen ist leicht gestiegen

Wiesbaden (AP) – Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist im ersten Halbjahr 1985 die Zahl der erwerbstätigen Personen leicht gestiegen. 25,3 Millionen Erwerbstätige bedeuteten gegenüber dem gleichen Halbjahr des Vorjahres eine Zunahme um 148 000 oder 0,6 Prozent, teilte das Bundesamt in Wiesbaden mit. Im ersten Halbjahr 1985 sei nur im produzierenden Gewerbe die Zahl der Erwerbstätigen mit 10,3 Millionen um 53 000 oder 0,5 Prozent niedriger als im entsprechenden Halbjahr des Vorjahres gewesen. In den anderen Wirtschaftsbereichen hat sich nach den Angaben des Bundesamtes die Zahl der Erwerbstätigen um 2,2 Prozent oder 191 000 auf knapp neun Millionen relativ stark erhöht. Von den 25,3 Millionen Erwerbstätigen seien 22 Millionen Angestellte, Arbeiter und Beamte gewesen, was einem Anstieg um fast 140 000 oder einem halben Prozent entspreche.

Belgrad stimmt zu

London (VWD) – Dem Unschuldungsvorschlag seiner Gläubigerbanken habe Jugoslawien zugestimmt, erklärte ein Sprecher der Manufacturers Hanover Trust Co., die für die Verhandlungen federführend war. Das Paket deckt 3,5 Mrd. Dollar Verbindlichkeiten gegenüber Banken ab, die zwischen 1985 und 1988 fällig werden. Die Tilgungsfrist soll auf zwölf Jahre verlängert werden, wobei die Rückzahlung nach rund fünf Jahren beginnen soll. Der Zinssatz wird bei 1⅛ Punkte über dem Londoner Interbankensatz (Libor) liegen.

Neue Verhandlungsrunde

Brüssel (dpa/VWD) – Die Europäische Gemeinschaft und Japan werden Ende September über die Einfuhr von Videogeräten aus Japan verhandeln. Wie aus der EG-Kommission in Brüssel verlautete, ist für den 30. September und den 1. Oktober in Tokio ein europäisch-japanisches Seminar vorgesehen, bei dem die EG durch den deutschen Industriekommissar Karl-Heinz Narjes vertreten sein wird. Der EG-Ministerrat hatte im Juli beschlossen, daß die bis Ende dieses Jahres befristete Mengenbeschränkung bei japanischen Video-Lieferungen ab 1986 durch eine Anhebung des Importzolls von acht auf 14 Prozent abgelöst werden soll. Dieser Beschluß war in Tokio auf scharfe Kritik gestoßen.

Peking am Euro-Markt

London (AFP) – Die Volksrepublik China hat erstmals eine Anleihe auf dem Euro-Dollar-Markt aufgelegt, verlautete in Londoner Bankkreisen. Die auf fünf Jahre befristete Anleihe in Höhe von 200 Mill. Dollar und mit variablem Zinssatz soll im Auftrag der Londoner Vertretung der Bank von China von einem internationalen Konsortium unter Federführung der kanadischen Orion Royal Bank aufgelegt werden. Der variable Zinssatz wird an den zwischen Banken in London praktizierten Satz auf dem Euro-Dollar-Markt angeglichen, der zur Zeit für sechs Monate bei 8,5 Prozent liegt. Die Depotscheine werden zu 99,8 Prozent ihres Nominalwertes ausgegeben.

Reeder machten Verluste

Oslo (dpa/VWD) – Die norwegische Reeder hatten 1984 ihr bisher schlechtestes Jahr. Insgesamt fuhren sie Verluste in Höhe von einer Milliarde Kronen (rund 350 Mill. Mark) ein, teilte der norwegische Reedereiverband in Oslo mit. Der Präsident des Verbandes, Wollert Hvide, meinte, auch 1985 werde nicht besser werden. Derzeit würfen nur die Kreuzschiffahrt und der Autoverschiffung Gewinn ab. Die Handelsflotte umfaßt derzeit 717 Schiffe mit 23,3 Mill. Tonnen.

VEREINIGTE STAATEN

Die Pro-Kopf-Einkommen nahmen auch real kräftig zu

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich im vergangenen Jahr das Pro-Kopf-Einkommen, verglichen mit 1983, von 11 690 auf 12 789 Dollar oder um 9,4 Prozent erhöht. Nach dem derzeitigen Wechselkurs waren das umgerechnet rund 37 600 Mark, was jedoch nicht dem Kaufkraftverhältnis entspricht. Gemessen am Verbraucherpreisindex, der 1984 um vier Prozent zunahm, verdiente der Durchschnittsamerikaner real, also inflationsbereinigt, 5,4 Prozent mehr.

Am höchsten ist das Pro-Kopf-Einkommen mit 17 487 Dollar immer noch in Alaska. Der Ölboom ist jedoch vorüber, was die geringe Zunahme um 0,7 Prozent unterstreicht. Auf dem zweiten Rang landete der District of Columbia, also die US-Hauptstadt, mit 17 113 Dollar (10,1 Prozent). Auf den weiteren Plätzen folgten Connecticut mit 16 556 und New Jersey mit 15 440 Dollar. Das Schlußlicht bildete nach wie vor Mississippi mit 8777 Dollar.

Regional wird auch heute noch am meisten in den Neuengland-Staaten verdient. Hier erreichte das Pro-Kopf-Einkommen 14 421 Dollar (plus 10,5 Prozent). Die Nummer zwei war der ferne Westen mit 14 007 Dollar (18,7 Prozent). Auf den weiteren Plätzen folgten die Mittelost-Region, die sich von New York bis Maryland erstreckt, mit 14 004 (neun), das Gebiet an den Großen Seen mit 12 740 (10,5), der Farmgürtel des Mittelwestens mit 12 556 (11,5), der Südwesten mit 12 213 (8,4), die Rocky-Mountain-Region mit 11 879 (7,5) und der Südosten mit 11 182 Dollar (9,4 Prozent). Heraus ragten in dieser Region Virginia und Florida mit 13 254 und 12 763 Dollar.

UNCTAD / Mahnung an die Industrieländer – Pariser Versprechen nicht eingehalten

Zu wenig Hilfe für die ärmsten Länder

IRENE ZÜCKER, Genf

Die wirtschaftliche Situation der 36 ärmsten Länder der Welt hat sich in den letzten Jahren merklich verschlechtert. Diese Entwicklung könnte nur aufgehalten werden, wenn die Industrienationen ihre Hilfe erhöhten. Dies ist die zentrale Aussage einer Studie der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf. Sie soll auf einer Konferenz der Empfänger- und Geberstaaten vom 30. September bis 11. Oktober in Genf als Grundlage dienen.

Untersucht worden ist vor allem, wie weit das 1981 in Paris angenommene neue Aktionsprogramm der achtziger Jahre für die am wenigsten entwickelten Länder der Welt umgesetzt worden ist. Die Geber hatten damals in Paris versprochen, bis 1985 entweder ihre staatliche Entwicklungshilfe an die ärmsten Länder zu verdoppeln oder die Hilfe auf 0,15 Prozent des jeweiligen Bruttosozialproduktes zu steigern. Die Ergebnisse enttäuschen: In diesem Jahr müßte die Unterstützung für die Ärmsten – entsprechend der Zielsetzung – 9,7 Mrd. Dollar erreichen; eine Verdoppelung der Hilfe von 1976 bis 1980. Um diese Vorgabe zu erfüllen, hätte die Hilfe für diese Länder in diesem Jahr um 45 Prozent erhöht werden müssen. Damit ist jedoch nicht zu rechnen. Nur Finnland, Italien und die Schweiz haben ihre Beiträge verdoppelt.

Auch das 0,15-Prozent-Ziel liegt fern. Während das Entwicklungskomitee der OECD die öffentliche Entwicklungshilfe des Westens für die Ärmsten 1980 mit 0,09 Prozent auswies, fiel sie seit 1983 auf rund 0,07 Prozent. Die Bundesrepublik liegt bei 0,12 Prozent.

Diese Entwicklung kommt zu einer Zeit, in der die am wenigsten entwickelten Länder noch unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise leiden. Die Preise für Rohstoffe, den Hauptexportgütern dieser Länder, verharren auf einem niedrigen Niveau. Weiterhin hohe Zinsen belasten die im Ausland verschuldeten Länder. Entsprechend wuchs das Bruttoinlandsprodukt 1982 und 1983 in diesen Ländern nur um zwei Prozent; Vorgabe war eine jährliche Wachstumsrate von 7,2 Prozent gewesen.

In der Studie wird empfohlen, daß Gebernationen, die den 36 am wenigsten entwickelten Ländern ihre Kredite im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe noch nicht erlassen haben, wie die USA, Japan und der kommunistische Block, dies nachholen sollten. Im Handel soll das allgemeine Präferenzsystem auf Exporte wie Agrarprodukte, Textilien und Schuhe ausgedehnt werden. Industriestaaten werden ersucht, den Export beeinträchtigende Verbrauchssteuern (Kaffee, Tee) zu beseitigen.

EUROPA

Technologie mehr vorantreiben

dpa/VWD, Essen

„Die wirtschaftliche und politische Zukunft Europas ist entscheidend mit der Leistungsfähigkeit vor allem auf den Gebieten für Forschung und Technologie verknüpft." Der Vizepräsident der EG-Kommission Karl-Heinz Narjes, wies in seiner Ansprache anläßlich der Eröffnung der 11. internationalen Fachmesse „Schweißen und Schneiden" gestern in Essen auf die Notwendigkeit hin, durch einen funktionsfähigen europäischen Binnenmarkt auch die technische *Forschung und Entwicklung* voranzutreiben. Die intensiven Bemühungen um eine verstärkte technologische Zusammenarbeit führten jedoch nur zum Erfolg, wenn auch die eigentlichen Innovationsträger, die Unternehmen, für neue Techniken offen und zu grenzüberschreitender Kooperation bereit seien. Da das Schweißen eines der Hauptanwendungsgebiete für den Einsatz von Industrierobotern sei, repräsentiere gerade die auf dieser Messe vertretene Industrie auch die „high technology".

Mit einem Exportanteil von rund 32 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Leistungserstellung seien die europäischen Volkswirtschaften wesentlich stärker als die USA und Japan darauf angewiesen, ihre Position auf den internationalen Märkten zu behaupten. Als strategische Ansatzpunkte zur Sicherung dieser Wettbewerbsfähigkeit nannte Narjes das „enorme Binnenmarktpotential der Gemeinschaft", aber auch das große wissenschaftliche und technologische Potential, das sich durch Qualität, Vielfalt und Originalität auszeichne. Bis heute sei es jedoch nicht gelungen, in Europa einen vollständig integrierten Binnenmarkt zu schaffen. Mit europäischen Normen würde der wachstumsträchtige Integrationsprozeß, insbesondere im Bereich der Spitzentechnologien, wesentlich erleichtert.

SANKO STEAMSHIP / Neun führende japanische Handelshäuser haben sich auf einen Sanierungsplan geeinigt

Tanker-Reederei kämpft weiter ums Überleben

HELMUT RAETHER, Tokio

Neun der führenden japanischen Handelshäuser haben sich auf die Grundzüge eines Plans geeinigt, mit dem das Überleben der praktisch bankrotten Reederei Sanko Steamship Co. gesichert werden soll. Marubeni Corp. hat, wie es gestern in Tokio hieß, den vom Konkursgericht eingesetzten Rechtsanwalt Mitsuhide Miyata über die vereinbarte Strategie unterrichtet.

Sie enthält allerdings noch keine festen Zusagen, die das Weiterbestehen der größten Tanker-Reederei der Welt sichern würden. An der Börse in Tokio machte die Haltung der Handelshäuser offenbar wenig Eindruck: Die nominell auf 50 Yen lautenden Sanko-Aktien, die 1983 nach zwei verlustreichen Jahren immerhin noch Kurse von annähernd 300 Yen erreicht hatten, fielen dort gestern um weitere drei Yen und wurden erstmals einstellig, für acht Yen, gehandelt. Sie werden, seit die Reederei sich am 13. August vor dem Konkursgericht für zahlungsunfähig erklärte, ohnehin nur noch als „Liquidationsposten" ausgewiesen.

Miyata, der im Auftrag des Gerichts die Sanko-Geschäfte führt, hat eine Halbierung der Sanko-Flotte und eine Konzentration auf profitable kleine Bulkcarrier vorgeschlagen. Diesem Konzept wollen die Handelshäuser offenbar folgen: Sie sind weiter bereit, solche Schiffe an Sanko zu verchartern. Die Charterraten, die Sanko zahlt, sollen von jährlich neun auf 5,5 Prozent des Wertes gesenkt werden.

Sie sind jedoch nicht bereit, bei der Kündigung von Charterverträgen durch Sanko für unprofitable Schiffe auf die dafür vertraglich vereinbarten Kündigungsgebühren zu verzichten, wie Miyata es vorgeschlagen hatte. Sanko müsse diese Gebühren schließlich auch an ausländische Schiffseigner zahlen, wenn Charterverträge vorzeitig beendet würden, argumentieren sie.

In japanischen Schiffahrtskreisen wurde das Konzept der Handelshäuser als „notwendige Minimal-Kooperation" gewertet, um der Reederei nicht sofort jede Überlebenschance zu nehmen. Als gerettet gilt sie damit noch keineswegs: Die drei wichtigsten Gläubigerbanken, Daiwa Bank, Long-Term Credit Bank of Japan und Tokai Bank, weigern sich weiterhin, neues Kapital zur Verfügung zu stellen, und sind nur von Fall zu Fall bereit, für die laufenden Kosten einzuspringen.

Mitte August hatte Sanko mehr als 150 Schiffe in Betrieb, eine Flotte, die ohne Vertrauen der Befrachter und ohne rasche Begleichung der fälligen Zahlungen nicht effektiv und gewinnbringend *einzusetzen ist. Immer* noch sind viele Fachleute überzeugt, daß Sanko Steamship allenfalls zu retten ist, wenn sich Japans Regierung kräftig engagiert. Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone und sein Transportminister Tokuo Yamashita haben es bisher jedoch sorgfältig vermieden, entsprechende Absichtserklärungen abzugeben: Der Sanko-Gründer und immer noch größte Anteilseigner Toshio Komotu hatte bis zum Zusammenbruch als Minister ohne Portefeuille in Nakasones Regierung gesessen. Eine staatliche Hilfsaktion hätte daher den üblen Geruch politischer Vetternwirtschaft.

Die Sanko-Schulden wurden beim Zusammenbruch auf 520 Mrd. Yen (6,3 Mrd. DM) geschätzt, und eine noch höhere Summe dürfte die Reederei ausländischen Schiffseignern an nicht bezahlten Chartergebühren schulden. (dpa/VWD)

GROSSBRITANNIEN / Geldmenge stark ausgeweitet

Vorerst keine Zinssenkung

WILHELM FURLER, London

Hoffnungen der britischen Wirtschaft auf eine bevorstehende, weitere Zinssenkung haben sich zunächst einmal zerschlagen. Grund dafür sind die jüngsten Geldmengenstatistiken der Bank von England, die eine überraschend starke Geldmengenausweitung ausweisen. So ist den vorläufigen Erhebungen der Notenbank zufolge die Geldmenge Sterling M3 im August um rund zwei Prozent gestiegen. M3 ist die am weitesten gefaßte Geldmengen-Definition; sie umfaßt Notenbankgeld im Umlauf sowie Sterling-Sicht- und Terminkonten einschließlich Spareinlagen.

Damit liegt das Geldmengenwachstum auf Jahresbasis inzwischen bei 13,5 Prozent gegenüber der von der Regierung festgelegten Bandbreite von zwischen fünf und neun Prozent. Nachdem sowohl die Weltmarkt-Ölpreise als auch der Pfundwert unter Druck gekommen sind, *wird sich die Regierung Thatcher* angesichts der Schwierigkeiten mit ihrer Geldmengenpolitik vorerst weigern, den Forderungen des Industrieverbandes CBI nach einer weiteren Zinssenkung nachzukommen.

Zum letzten Mal wurden die Basisausleihezinsen von den britischen Geschäftsbanken – auf ein entsprechendes Signal der Bank von England hin – am 29. Juli gesenkt, und zwar um einen halben Prozentpunkt auf 11,5 Prozent. Damit zählt das Zinsniveau in Großbritannien zu den *höchsten unter den Industrieländern.*

Die Geldmengenentwicklung ist um so bedenklicher, als sich Sterling M3 in den letzten sechs Monaten auf Jahresbasis um nicht weniger als 16,75 Prozent ausgeweitet hat. Dieser Anstieg geht zu einem erheblichen Teil auf die wachsende Kreditnachfrage im Privatbereich zurück.

ÖSTERREICH / Kräftige Ausfuhrsteigerung vermindert das Handelsbilanzdefizit

Das Wachstum wird sich 1986 abschwächen

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Leicht abgeschwächt wird sich gemäß den neuesten Prognosen der Wirtschaftsaufschwung in Österreich auch 1986 fortsetzen. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts wird von drei auf 2,5 Prozent zurückgehen. Im 1. Halbjahr 1985 wuchs die österreichische Wirtschaft um 2¾ Prozent.

Nach wie vor als stärkste Konjunkturstütze bestätigt sich derzeit der Export. Besonders in den USA und im Ostblock konnte die österreichische Exportwirtschaft hohe Marktanteilsgewinne erzielen. Entscheidend dafür war nach Expertenmeinung sowohl eine verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit wie auch das System der Exportfinanzierung. Die nur geringe Steigerung der Exportpreise um drei Prozent verschlechtert aber zugleich die Terms of Trade, wodurch etwa 0,6 Prozentpunkte des Wirtschaftswachstums absorbiert werden. In der jetzt veröffentlichten Prognose wurden die Erwartungen für 1985 auf eine Ausfuhrsteigerung von real 12,5 Prozent angehoben, die sich 1986 allerdings auf sechs Prozent halbieren dürften.

Abschwächen wird sich auch der Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen (auf fünf Prozent), er erreicht in diesem Jahr allerdings mit neun Prozent den höchsten Wert seit 1980. Daß die Investitionstätigkeit insgesamt dennoch schwächer ausfällt als in sonstigen guten Konjunkturjahren liegt an der anhaltenden Stagnation der Bauwirtschaft. Das reale Bauvolumen wird 1985 um zehn Prozent niedriger sein als 1979.

Stark gefestigt gegenüber dem Vorjahr hat sich der private Konsum, dessen Zunahme von 2,5 Prozent allerdings 1986 auf 1,8 Prozent absinken wird. Der Inlandsverbrauch wird in diesem Jahr einen realen Zuwachs der Importe von 6,5 Prozent und 1986 von 4,5 Prozent erreichen. Das Handelsbilanzpassivum nimmt gleichzeitig dank des Exportbooms 1985 beträchtlich auf 65 Mrd. Schilling ab, 1986 aber wieder etwas zu.

Anhalten wird im nächsten Jahr die Abschwächung des Preisauftriebs, der dann drei Prozent erreichen dürfte. Die Arbeitslosenrate dagegen steigt trotz steigender Beschäftigung infolge des höheren Arbeitskräfteangebots (von 4,7 auf 4,9 Prozent).

Consafe stellt Konkursantrag

G.M. Stockholm

Der weltgrößte Ausrüster und Betreiber für Ölbohrinseln, die schwedische Off-shore-Gruppe Consafe, hat Konkursantrag gestellt, nachdem ein letzter Umschuldungsversuch einer nordischen Bankengruppe fehlgeschlagen ist. Großgläubiger ist mit 80 Prozent der rund 2,3 Mrd. Schwedischen Kronen (rund 770 Mill.DM) die staatliche Svenska Varv. Die Regierung hatte aber schon frühzeitig deutlich gemacht, daß sie nicht gewillt ist, weiteres Kapital nachzuschießen. Consafe beschäftigt direkt oder mittelbar 3000 Angestellte. Die Gruppe betreibt insgesamt 18 große Ölbohrinseln, darunter 9 schwimmende, die größtenteils in der nördlichen Nordsee operieren.

An der Börse in Stockholm war Consafe seit einer Woche ausgesetzt. Anfang Juli hatte das Management schon Verluste in der Größenordnung bis 400 Mill. Schwedischen Kronen avisiert. Großaktionär ist Christer Ericsson, der 55,8 Prozent des Aktienkapitals und 91,9 Prozent des Stimmrechtskapitals besitzt.

OECD / Zinspolitik gewinnt immer mehr an Bedeutung

Dirigismus auf dem Rückzug

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das Bankensystem der westlichen Industriestaaten hat sich in den letzten 20 Jahren unter dem Druck des zunehmenden nationalen wie internationalen Wettbewerbs und gestützt auf neue kostensparende Techniken (Datenverarbeitung) grundlegend verändert. Es wird immer mehr von den Marktgegebenheiten bestimmt. Dies führt zu einer zunehmend liberalen Geldpolitik, stellt die OECD in einer umfassenden Studie fest.

Zu ihrem wichtigsten Faktor ist die Zinspolitik geworden. Denn hauptsächlich damit könnten die geld- und währungspolitischen Zielsetzungen der Regierungen und Notenbanken – vor allem die Geldmengenziele – in genügend geschmeidiger Weise verwirklicht werden. Dagegen verlieren die dirigistischen Instrumente dieser Politik immer mehr an Bedeutung, heißt es in dem Bericht.

Das gilt vor allem für die quantitativen Kreditrestriktionen, die nur von drei OECD-Ländern (USA, Kanada und Bundesrepublik) niemals eingeführt worden waren. Selbst Frankreich, das dieses System besonders weit getrieben hatte, baut es inzwischen ab. Die Überlegung, mit Hilfe behördlicher Kreditkontingente die Konjunktur inflationsneutral zu steuern (Kreditbegrenzung ohne Kreditverteuerung) hat sich als falsch erwiesen.

Aber auch die Bedeutung der Mindestreserven nimmt ab. Die Veränderung der Reservesätze kann nach Auffassung der OECD-Experten schon deshalb nicht mehr als wichtiger Faktor der Geldpolitik angesehen werden, weil die meisten Notenbanken die Reserven inzwischen verzinsen.

Noch unterliegen die Geld- und Kapitalmärkte in der OECD-Zone verschiedenen dirigistischen Einflüssen, heißt es in dem Bericht. Verschiedene Regierungen wollen auf diese Weise ihre Währungs- und Zinspolitik absichern. Jedoch hat das meist inflatorische Konsequenzen, die zur Preiskontrolle und anderen dirigistischen Maßnahmen zwingen.

Getreidemarkt: Noch keine EG-Beschlüsse

dpa/VWD, Brüssel

Über die Neuregelung des Gereidemarktes in der Europäischen Gemeinschaft ist noch keine Entscheidung gefallen. Ein Sprecher der EG-Kommission dementierte in Brüssel Berichte, wonach sich abzeichne, daß die Getreidebauern künftig bei zu hoher Produktion Abgaben leisten sollen, um das Überschußproblem auf diesem Weg in den Griff zu bekommen.

Derzeit werde über die verschiedenen Möglichkeiten, die ausufernde Getreideerzeugung in den Griff zu bekommen, diskutiert. Dazu habe die Kommission vor einigen Wochen in ihrem „Grünbuch" verschiedene Optionen vorgelegt, von denen eine Erzeugerabgabe nur eine Möglichkeit sei. Die Konsultationen würden noch mehrere Wochen dauern, bevor die Kommission zu Schlußfolgerungen gelangen könne, die dann noch den Agrarministern vorgelegt werden müssen.

Einig ist man sich in der EG nur darüber, daß korrigierende Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Getreideüberschüsse zu begrenzen. In diesem Jahr hat es in der Zehnergemeinschaft erneut ein überdurchschnittliches Ernteergebnis gegeben. Derzeit lagern etwa 15 Millionen Tonnen Getreide in den EG-Silos.

Die EG-Kommission verwaltet seit dem 1. August den Getreidemarkt mit einem Notregime. Nachdem Bonn gegen eine Getreidepreissenkung sein Veto eingelegt hatte, konnten sich die Agrarminister bisher nicht auf einen *gemeinsamen Preisbeschluß einigen.* Damit wurde die von Brüssel vorgeschlagene Getreidepreissenkung um 1,8 Prozent wirksam.

CHINA / Neuer Fünfjahresplan wird noch diskutiert

Ist Wirtschaft überhitzt?

AFP, Peking

Die Debatte über den nächsten chinesischen Fünfjahresplan (1986–90) auf dem Landesparteikongreß über Wirtschaftsfragen in diesem Monat wird vorrangig auf eine bessere Konjunktursteuerung ausgerichtet sein, um die überhitzte Wirtschaft in den Griff zu bekommen.

Diese Prognose westlicher Wirtschaftsexperten wird in Pekinger Regierungskreisen bestätigt, nachdem die im Frühjahr verordnete Gegensteuerung mit Kreditbeschränkung, Einfrieren der Löhne und Gehälter und Preiskontrolle nicht die erwünschten Ergebnisse gebracht hat.

Westliche Expertenkreise führen eine ganze Reihe von „Alarmsignalen" an. Die Industrieproduktion sei in den ersten sieben Monaten dieses Jahres enorm um 22,8 Prozent gestiegen gegenüber 10,5 Prozent im Vergleichszeitraum 1984 und 13,2 Prozent für das vergangene Jahr insgesamt. Auch ohne Berücksichtigung der Wachstumsraten in der Landwirtschaft (plus 50 Prozent) ergebe sich in den städtischen Gebieten ein Wachstum von 16 bis 17 Prozent, das Doppelte dessen, was der Planentwurf 1986–90 vorsieht (plus acht Prozent). Im Bauwesen, vor allem im Wohnungsbau, wo private Betriebe tätig seien, habe sich die Wachstumsrate sogar verdoppelt. Der hohe Anstieg des privaten Verbrauchs werde durch die Wachstumsrate des Einzelhandels verdeutlicht, die 29 Prozent im ersten Halbjahr 1985 erreicht habe, gegenüber 17,8 Prozent für das Jahr 1984 insgesamt.

Als Folge dieser Überhitzung, so die Experten, hätten sich die Devisenreserven des Landes von 16,8 Mrd. Dollar im September 1984 auf 11,3 Mrd. im März 1985 verringert.

Nach Meinung einiger westlicher Experten sind die Devisenreserven seither auf 8, möglicherweise sogar auf 6 Mrd. Dollar gesunken. Sie betonen in diesem Zusammenhang, daß das Außenhandelsdefizit innerhalb der ersten sieben Monate dieses Jahres wegen stark erhöhter Importe (um 58 Prozent auf 21,93 Mrd. Dollar gegenüber 14,04 Mrd. Dollar Exporte) auf 7,89 Mrd. Dollar gestiegen ist. Schließlich stehe die chinesische Regierung nach eigener Aussage schwierigen Beschäftigungsproblemen gegenüber. Bis 1990 muß sie 140 Mill. neue Arbeitsplätze schaffen, davon 100 Mill. für Bauern, die im Rahmen der Umstrukturierung der Landwirtschaft „freigesetzt" werden.

Die Führung in Peking, versichern die westlichen Expertenkreise, stehe der Entwicklung nicht machtlos gegenüber. So werde der Haushalt in *diesem Jahr dank höherer Steuereinnahmen* wahrscheinlich ausgeglichen werden können, nachdem er im vergangenen Jahr ein Defizit von 5 Mrd. Yuan (etwa 1,7 Mrd. Dollar) aufwies. Außerdem verfüge die Volksrepublik über eine „hohe Verschuldungskapazität". Im Vergleich zu den meisten Entwicklungsländern seien die Außenverbindlichkeiten Chinas (3,95 Mrd. Dollar) gering.

Westliche Beobachter beunruhigt insbesondere die steigende Inflationsrate. Die Regierungsangaben hierzu (plus 2,4 Prozent im Jahr 1984) *bleiben ihrer Meinung nach erheblich* hinter der Wirklichkeit zurück. Die Inflation erreiche mit Sicherheit zweistellige Zahlen.

AFRIKA / FAO: Regen nach vier Jahren Dürre gibt Hoffnung auf bessere Ernten

Ernährungslage im Sudan sehr ernst

AFP, Rom

Die Wiederkehr der Regenzeit in afrikanischen Ländern, die seit vier Jahren von einer katastrophalen Dürre befallen waren, dürfte die Ernteerträge und damit die Ernährungslage von rund 150 Millionen Menschen verbessern, wird in dem 9. Afrika-Sonderbericht der Welternährungsorganisation (FAO) betont.

In dem Bericht wird jedoch hinzugefügt, daß das Ernteergebnis in zehn der von der Dürre betroffenen Staaten davon abhängt, ob die Regenfälle auch den September hindurchanhalten. In elf Ländern, in denen die Ernte bereits eingefahren wurde, hätten erheblich gestiegene Erträge verbucht werden können. Die Ernährungslage in Lesotho, Zimbabwe und Sambia, den größten Maisanbaugebieten Afrikas, habe sich normalisiert.

Lediglich drei dieser elf Staaten (Angola, Botswana und Moçambique), in denen sowohl kriegerische Auseinandersetzungen als auch Überschwemmungen der Landwirtschaft Schaden zugefügt haben, müssen mit weiteren großen Schwierigkeiten rechnen. Nach Berechnungen der FAO werden sie Hilfssendungen von etwa 570 000 Tonnen Lebensmitteln benötigen.

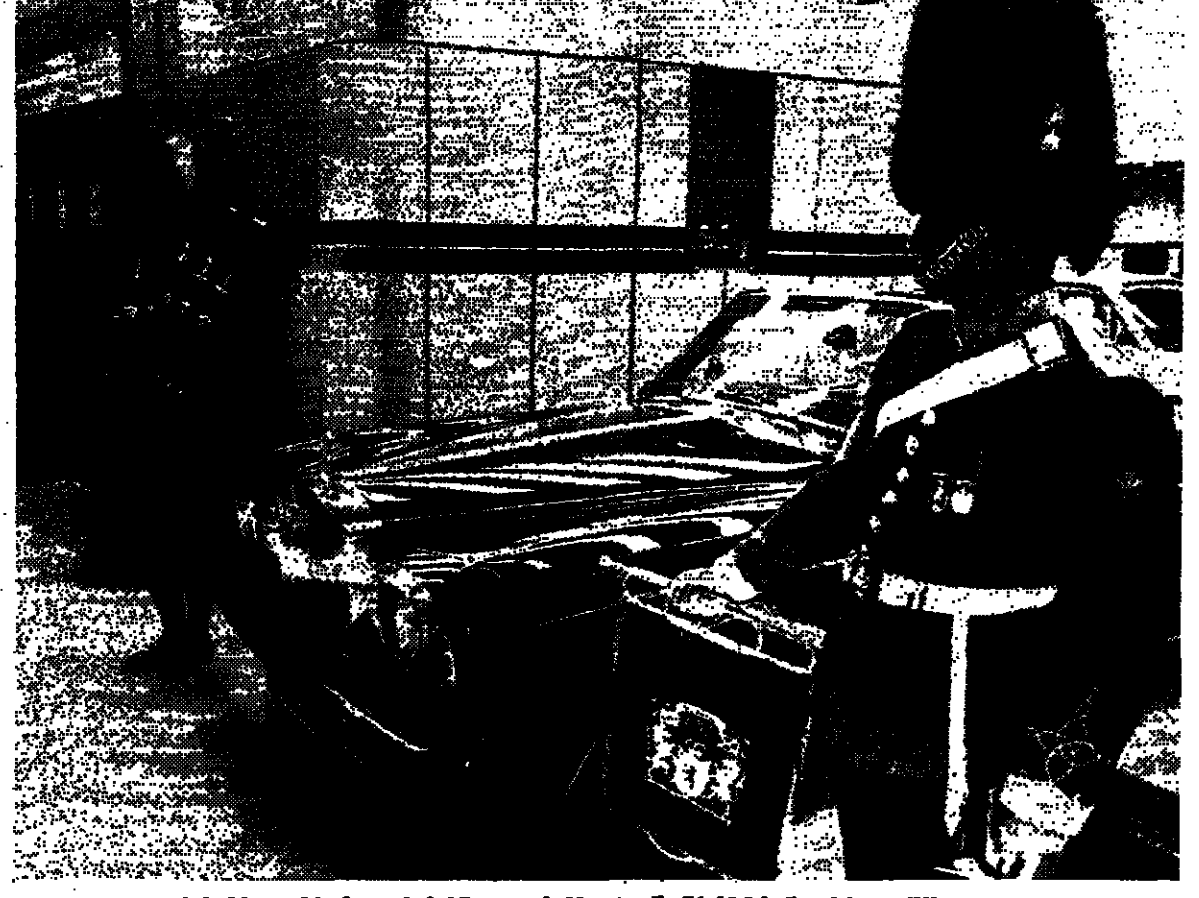
Durch die Regenfälle, so der FAO-Bericht, werden aber bei weitem nicht alle Probleme gelöst. Im Sudan ist die Lage den FAO-Experten zufolge weiterhin sehr besorgniserregend. Die internationalen Hilfssendungen seien teilweise nicht rechtzeitig vor Beginn der Regenzeit eingetroffen. In den kommenden Wochen müsse eine Luftbrücke eingerichtet werden, um ein regelrechtes Desaster zu vermeiden, unter dem vor allem die Frauen und Kinder zu leiden hätten. In verschiedenen Provinzen wie Kordofan und Darfur verbreiteten sich schwere Seuchen, darunter Cholera.

Auch in Äthiopien sind nach dem Bericht etwa acht Millionen Menschen weiterhin stark bedroht. Ein Viertel der Bevölkerung der Nordprovinzen ist weiterhin nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt. Dort und im westlichen Landesteil werden zudem geringere Ernteerträge erwartet, weil der Regen zu spät und zu unregelmäßig gefallen ist und es zudem an Saatgut mangelt.

Abschließend wird in dem Bericht hervorgehoben, daß bessere Ernten in Afrika die internationale Gemeinschaft nicht von ihrer Pflicht entbindet, den Ländern weiterhin zu helfen. Die FAO weist darauf hin, daß von den rund sieben Millionen Tonnen Hilfsgütern, die für das laufende Jahr als notwendig erachtet wurden, bis Ende August nur knapp 4,9 Millionen Tonnen in Afrika eingetroffen sind.

IAA '85 **Die WELT berichtet von der Internationalen Automobil-Ausstellung** IAA '85

Die Tage vor der Eröffnung der 51. Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt haben es schon gezeigt: Die Auto-Schau steht eindeutig im Zeichen des Umweltschutzes, von Katalysatortechnik, von Magerkonzepten für die noch nicht so technisch Fortgeschrittenen, von Möglichkeiten der Nachrüstung zu bedingt schadstoffarmen Karossen und der Aussicht, Katalysatoren durch andere technische Entwicklungen womöglich entbehrlich zu machen. Der Furcht vor mehr Elektronik und deren Anfälligkeit wird beredt entgegengewirkt. In Frankfurt will die Autobranche zu einer „Offensive für den Umweltschutz" blasen. Unter dem Motto „Das Auto – 99 Jahre jung" werden mehr als 1700 Aussteller aus den Bereichen Pkw und Nutzfahrzeuge, Kfz-Teile und -Zubehör sowie von Anlagen für Instandsetzung und Pflege vertreten sein. Die IAA wird heute von Bundespräsident Richard von Weizsäcker eröffnet. Er wird darauf hinweisen, daß die Leistung der Autoindustrie in den letzten Jahrzehnten der wirtschaftlichen Entwicklung wichtige Impulse gegeben hat. (Py.)



Mit Glanz, Gloria und viel Pomp wird heute die 51. IAA in Frankfurt eröffnet. FOTO: POLY-PRESS

Der Mercedes-Stern glänzt weiter

Als „Erneuerungsprozeß von Kopf bis Fuß" bewertet Prof. Werner Breitschwerdt, Vorstandvorsitzender der Daimler-Benz AG, die Neuheiten und Weiterentwicklungen bei Mercedes, die zur IAA in Frankfurt vorgestellt werden. Dazu gehört der 190 E 2.6, der Kompaktwagen mit dem Sechs-Zylinder-Motor ebenso wie eine neue T-Modell-Reihe und neue 5,6 L-Typen. Damit sei das Ziel, auf der gesamten Breite des Fahrzeugangebots schadstoffarme Fahrzeuge bis zum Ende dieses Jahres anzubieten, erreicht, erklärte der Daimler-Benz-Chef.

Für schadstoffarme Mercedes-Pkw, vor allem auch Diesel, haben sich in diesem Jahr bisher fast 50 Prozent der Mercedes-Inlandskunden entschieden, betonte Breitschwerdt, der sich nochmals energisch gegen ein generelles Tempolimit aussprach und daran erinnerte, daß es bei der auch von einigen Nachbarländern erhobenen Forderung nach einer Tempobegrenzung „vor allem um handfeste Wettbewerbsinteressen geht".

Ein generelles Limit käme einem Rückzug vor den technischen Möglichkeiten unserer Zeit gleich, erklärte er. Außerdem würde es Exporte der deutschen Autoindustrie sowie Arbeitsplätze gefährden. Eine neue Umfrage des Kraftfahrzeugüberwachungsvereins bei mehr als 30 000 Autofahrern habe ergeben, daß rund 75 Prozent Tempo 100 auf Autobahnen ablehnten und sogar 79 Prozent der Ansicht seien, daß ein solches Limit nicht eingehalten würde, sagte Breitschwerdt. Gleichzeitig plädierte der Daimler-Vorstand für eine rasche, flächendeckende Versorgung mit Euro-Super und dessen steuerliche Begünstigung.

Mercedes plant für 1986 weiteren Produktionszuwachs. Dazu soll die Kapazität im Werk Bremen (zur Zeit 140 000 Fahrzeuge pro Jahr) weiter ausgebaut werden; bis zum Jahresende werden in der AG in diesem Jahr 3800 neue Arbeitsplätze angeboten werden, nachdem schon im vergangenen Jahr 6600 dazukamen und derzeit rund 160 000 Menschen bei der Daimler-Benz AG, Stuttgart, beschäftigt sind.

Für diese Entwicklung sorgte die Vorliebe der Kunden für den „guten Stern", die Daimler-Benz in der Phase der inländischen Kaufzurückhaltung eine Sonderkonjunktur bescherte: In den ersten acht Monaten dieses Jahres stiegen die Mercedes-Neuzulassungen um gut ein Fünftel über den Vorjahresstand; im Pkw-Export legte das Unternehmen knapp 30 Prozent zu.

Insgesamt wird Daimler-Benz in diesem Jahr rund 540 000 Pkw produzieren, wovon die Hälfte exportiert wird, eine im Branchenvergleich relativ geringe Exportquote, die nach Auffassung von Breitschwerdt jedoch noch Spielraum für weitere Steigerungen auf den Auslandsmärkten läßt.

Bei den Nutzkraftwagen rechnet das Unternehmen mit wieder rund 210 000 Einheiten, es sei aber eine allmähliche Nachfragebelebung spürbar. Die weltweit starke Nachfrage brachte Daimler-Benz in den ersten acht Monaten dieses Jahres weltweit rund 34 Mrd. Umsatz, das sind 26 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit.

Auch wenn man die Arbeitskampffolgen und die Zukäufe (MTU und Dornier-Beteiligung) herausrechne, bleibe eine erhebliche Ausweitung, betonte Breitschwerdt. Die Zukäufe begründete er mit dem Zugang zu neuen Technologien und Werkstoffen, deren Entwicklung „ausschließlich auf das Automobil bezogen möglicherweise eines Tages zu teuer wäre". Das Auto bleibe dabei unvermindert Mittelpunkt der industriellen Betätigung.

INGE ADHAM

Falsche Argumente

Py. – Bleifrei fahren und Nachrüstung im Übergang zum schadstoffarmen Auto ist die zumindest von den deutschen Pkw-Herstellern ausgegebene Devise zur 51. Internationalen Automobil-Ausstellung. Bleifrei fahren mit den Autos, die es auch ohne Katalysator vertragen, damit möglichst schnell die Bleifrei-Versorgung flächendeckend wird. Dem autofahrenden Bürger wird ans Portepee gefaßt. Er soll so schnell wie möglich verwirklichen, was Politiker eingeführt, was Autohersteller (ohne Vorwurf) schleppend nachvollziehen, was er selbst angeblich fordert und sich auch etwas kosten lassen will.

Daß Wunsch und Wille – wie so oft – sich am Geldbeutel und an der eigenen Bequemlichkeit scheiden, ist schlimm genug. Daß damit aber der Streitpunkt Nr. eins zwischen Autobauern und vielen Politikern, nämlich die Frage, ob bundesweit „Tempo 100" eingeführt werden soll, unkenntlich wird, ist unredlich. Die Kfz-Hersteller haben die Autofahrer, die ohnehin im bundesweiten Durchschnitt auf Autobahnen nur 112 km/h fahren, durchaus auf ihrer Seite.

Die Argumentation mit möglicher Senkung der Verkehrstotenzahlen durch „Tempo 100" ist perfide. Autobahnen sind sicherer als viele Innenstädte und Landstraßen. (Was aber auch daran liegen kann, daß vor allem auf Landstraßen viel zu oft mit Autobahn-Geschwindigkeit gefahren wird, wozu die schnellen Autos leicht verführen.) Die Argumentation der Industrie hat andere Macken. Die „Tempo-100"-Nachteile für den Spitzenstand der Technik und für den Wettbewerb werden zwar immer behauptet, aber kaum begründet.

Zum anderen: Solange wieder verstärkt mit hohen PS-Zahlen und Spitzengeschwindigkeiten um 200 km/h geworben wird, so lange läuft die Industrie bei allen Umweltverdiensten mit „Anti 100" ins Leere, fordert das „Pro 100" nachgerade heraus.

Harter Kampf um Frankreichs Markt

Die französische Automobilkonjunktur ist nach wie vor höchst unsicher. Nach eineinhalbjähriger Stagnation glaubte man endlich mit einer Erholung rechnen zu können, nachdem die Neuzulassungen im Juli mit 165 000 das Ergebnis des gleichen Vorjahresmonats um 14,8 Prozent übertroffen hatten. Aber im August fielen die Verkäufe auf 114 408, was einem Minus im Jahresvergleich von 12 Prozent entsprach. Gemessen an der stark erholten internationalen Konjunktur erscheint der Juli-Boom jetzt als ein Strohfeuer.

Bedenklicher ist, daß die ausländischen Wagen in dem geschrumpften Markt weiter an Boden gewinnen konnten. Ihr Absatz stieg im Jahresvergleich August um 6,2 Prozent, womit sie nicht weniger als 40 Prozent aller Neuzulassungen stellten. Daß sie es im Juli auf 45 Prozent – einem historischen Rekord – gebracht hatten, ist kein Trost.

Die nationalen Modelle dagegen verbuchten einen Absatzrückgang von 20,9 Prozent, dabei die staatlichen Renaultwerke von 33,8 Prozent. Zwar konnte der R 5 seinen Marktanteil von zwölf Prozent behaupten. Alle anderen Renaultmodelle bis auf den teuren R 25 fielen aber weiter ab. In den ersten acht Monaten stellt Renault nach einem Absatzrückgang von 9,5 Prozent einen Marktanteil von 29 Prozent.

Dagegen brachte es der früher gleich stark vertretene private Peugeot-Konzern dank eines 5,2prozentigen Verkaufsanstiegs auf 34,3 Prozent Marktanteil. Allerdings mußten die beiden Marken Citroën und Talbot Federn lassen – im August-Vergleich minus 21,1 und minus 56,1 Prozent – während Peugeot selbst 11,8 Prozent mehr Wagen – vor allem vom Erfolgsmodell 205 – verkaufte.

Der Konkurrenzkampf der beiden französischen Hersteller – auch im Ausland – konzentriert sich immer mehr auf ihre beiden Kleinwagen: zur Zeit liegt in Frankreich der 205 leicht vor dem R 5. Diese sehr einseitige Verkaufspolitik kann für beide Firmen auf die Dauer zu einem Problem werden. So hat jetzt Renault-Präsident Besse darauf hingewiesen, daß die enormen Konzernverluste nicht zuletzt der Vernachlässigung der anderen Modelle zuzuschreiben sind.

Demgegenüber warten verschiedene ausländische Hersteller gleich mit mehreren Neuheiten auf, was für ihre Verkaufserfolge in Frankreich ein wesentlicher Faktor ist. So konnte Fiat seinen Marktanteil im Juli (gegenüber dem Vormonat) auf 8,72 (5,19) Prozent und Ford auf 8,33 (6,34) Prozent ausweiten. Dagegen fiel der Marktanteil von VW auf 5,55 (7,21) Prozent. Der einstmals größte Importeur rutschte so auf den vierten Platz nach Fiat, Ford und Opel.

JOACHIM SCHAUFUSS

Pierburg: Steigt Siemens ein?

Im Laufe der nächsten Monate schon wird sich entscheiden, ob die Pierburg GmbH & Co. KG, Neuss, der führende deutsche Vergaserhersteller, „an die Börse geht". Jedenfalls ist das eine von möglichen Alternativen, über die nach den Worten von Pierburg-Finanzchef Gustav H. Krieger derzeit nachgedacht wird. Am Stammkapital der Gesellschaft von 70 Mill. DM sind zu 80 Prozent die Familienstämme Pierburg und zu 20 Prozent Bosch beteiligt.

In diesem Zusammenhang gewinnen die bestätigten Gespräche Pierburgs mit Siemens über eine Zusammenarbeit an Gewicht. Zwar wollte die Pierburg-Geschäftsführung dazu nicht mehr sagen, als daß die bisherige technische Zusammenarbeit mit Siemens „auf eine breitere Basis gestellt werden soll". Eine Beteiligung wäre danach nicht ausgeschlossen.

„Auf – im positiven Sinn – mehreren Hochzeiten tanzt" das Neusser Unternehmen. Es fertigt nicht nur elektronische Vergasersysteme (Ecotronic) in Verbindung mit geregelten Katalysatoren, auch für sich allein geht das System mit dem Treibstoff sparsamer um. BMW und Opel haben Ecotronic serienmäßig eingesetzt, Daimler-Benz und VW werden Anfang 1986 folgen.

Für den nachträglichen Einbau hält Pierburg die bedingt schadstoffarme und steuermindernde Abgasrückführung bereit, die auch modellspezifisch abgestimmt ist. Schließlich beschäftigt sich Pierburg auch mit Meßgeräten für die Abgassonderuntersuchung (ASU). Vom 600-Mill.-DM-Umsatz (1984) macht die Meßtechnik 20 Prozent aus. Hauptumsatzträger sind Vergaser (45) und Motorkomponenten (35 Prozent). Zur Zeit werden rund 6000 Mitarbeiter in vier Werken (Neuss, Nettetal und Berlin) beschäftigt.

HARALD POSNY

Austin setzt auf Rendite

Großbritanniens größter Pkw-Hersteller, Austin Rover, ist nach den Worten der Verantwortlichen für Planung/Entwicklung und Export, Mark Snowdon und Peter Johnson, ein gutes Stück vorangekommen, „verlorengegangene Kompetenz als potente Autobauer zurückzugewinnen und Imageverluste wettzumachen". Im Gespräch mit der WELT betonten beide, daß dies nicht zuletzt für den technologisch-innovativen Bereich gelte.

Im Gegensatz zu vielen Konkurrenten setzt Austin Rover nicht auf Volumen und Umsatz, sondern auf Rendite. Umsatz sei heute keine für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben wichtige Größe mehr. Deswegen wolle man auch in Europa vier Prozent Marktanteil nicht überschreiten.

Im laufenden Jahr wird die Gesamtverkaufszahl um 50 000 auf 450 000 Pkw und Kombis steigen. Der Umsatz dürfte auf umgerechnet 8 Mrd. DM wachsen. Von den Verkäufen gingen 1984 rund 85 000 Einheiten ins Ausland, 1985 sollen es etwa 95 000 werden. 200 000 Exporte sehen die langfristigen Exportplanungen vor.

Nach dem heimischen Markt sind die größten Abnehmerländer Frankreich (37 000), Italien (24 000), die Benelux-Länder (16 000) und die Bundesrepublik. Hier wurden 1984 rund 7400 Fahrzeuge verkauft, 1985 soll die Zahl auf 8000 wachsen. Seit Oktober letzten Jahres haben die zwölf Händler in unmittelbarer Nähe von Massa-Großmärkten nach den Worten des neuen Deutschland-Geschäftsführers Jeffrey Johnson 3000 Austin-Rover-Modelle verkauft. Derzeit haben die Briten 2000 Händler unter Vertrag.

Ab Ende 1986 will das Unternehmen auch nach USA exportieren. 1987/88 sollen es 20 000 bis 22 000 Modelle des noch namenlosen zusammen mit Honda entwickelten XX-Projektes sein. Von den zehn Modellen sind Mini und Rover 213 (S) als schadstoffarm eingestuft, die übrigen als „bedingt schadstoffarm". Gleichwohl steht Austin Rover der Katalysatortechnik „sehr skeptisch" gegenüber und „arbeitet mit Hochdruck an Magerkonzepten". Als Endergebnis sehen die AR-Techniker sowohl „sauberere" als auch leistungsstärkere und sparsamere Autos vor.

HARALD POSNY

Skepsis bei der IG Metall

Am Tag vor der Eröffnung der IAA hat die IG Metall Skepsis zum Beschäftigungsaufschwung in der deutschen Automobilindustrie angemeldet. Die Automobilproduktion stoße immer mehr an Sättigungsgrenzen und die Rationalisierung verschärfe sich, heißt es in einer Stellungnahme. Arbeitszeitverkürzung und gute Auftragslage hätten der deutschen Automobilindustrie gegenüber dem letzten Jahr 20 000 neue Arbeitsplätze gebracht. Wolle man jedoch künftig Rationalisierungseffekte ausschließlich durch Arbeitszeitverkürzung auffangen, so müsse die wöchentliche Arbeitszeit pro Jahr um eine halbe Stunde verringert werden.

Wenn Gegenmaßnahmen ausblieben, so würden in der Automobilindustrie bis Ende dieses Jahrzehnts fast 50 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Nach Ansicht der Gewerkschaft ist die Produktivität durch neue Techniken jetzt erst richtig in Schwung gekommen. Wörtlich heißt es in der Analyse: „Alleine sind wir mit der Lösung der Arbeitsmarktprobleme überfordert". (dpa/VWD)

Fiat/Ford-„Ehe" vor Klärung

Fiat will seine führende Rolle unter den Pkw-Importeuren zumindest halten. Der Vorstandsvorsitzende der Fiat Automobil AG, Heilbronn, Fausto Gardoni, ist sicher, 1985 auf insgesamt 105 000 verkaufte Einheiten zu kommen. Das bedeutet einen Rückgang der Zulassungen um 4,3 Prozent, während der Gesamtmarkt etwa ein bis zwei Prozent unter dem Vorjahr bleiben dürfte. Der Marktanteil (einschließlich Lancia) würde damit bei 4,7 Prozent liegen. Zusätzlich, und darüber freut sich Gardoni besonders, werden in diesem Jahr wohl 11 000 (7000) Transporter verkauft.

Wegen der Unsicherheiten in der Abgasfrage hat Fiat erst spät Lösungen realisiert. Inzwischen werden jedoch alle abgasmindernden Versionen angeboten: Katalysator (Ritmo, Prisma, Regata), dazu Abgasrückführung und Dieselmodelle. Diese übrigens für die gesamte Palette.

Der ursprünglich mit Peugeot konzipierte, dann aber von Fiat allein entwickelte und arbeitstäglich in 2100 Exemplaren gebaute 100-ccm-Motor „Fire" (Fully Integrated Robotized Engine) wird im Frühjahr 1986 die europäischen Abgas-Schadstoffwerte auch ohne Katalysator erreichen. Als „schadstoffarm" eingestuft würde er nicht nur zu zeitweiser Steuerfreiheit führen, sondern auch mit Normalbenzin zu fahren sein, bei einem um 15 Prozent geringeren Verbrauch.

Vom meist verkauften Importauto, dem Fiat Uno, werden 1985 rund 40 000 (37 000) Exemplare zugelassen werden. In den ersten acht Monaten waren es bereits 28 000 (26 000). Den Fiat-Umsatz in der Bundesrepublik schätzt Gardoni 1985 auf etwa 1,6 bis 1,7 (1,37) Mrd. DM. Ob der Jahresüberschuß (1984: 8,1 nach 6,6 Mill. DM) auch steigt, ist wegen der erhöhten Kosten für Marktpflege und Werbung nicht sicher.

Der Vorstandsvorsitzende von Fiat Auto, Turin, Vittorio Ghidella, sieht bis zum Jahresende eine Klärung in der Frage des Zusammenschlusses: Fiat/Ford. Er dementierte Gerüchte, wonach aus dieser Ehe nichts wird: „Bisher gibt es kein Abweichen von den einmal erklärten Überlegungen. Eine Art der Kooperation wird es auf jeden Fall geben."

HARALD POSNY

Markenbenzin mit „Mindestpreisen"

Die Benzinpreise in der Bundesrepublik sind jetzt auf breiter Front gestiegen. Nachdem bereits am Dienstag die Deutsche BP AG und die Aral AG höhere „Mindestpreise" festgesetzt hatten, haben sich am Mittwoch die übrigen Markengesellschaften angeschlossen. Bei der Deutsche Texaco AG gelten ab sofort Mindestpreise, die für Normalbenzin bei 1,319 DM, für Superbenzin bei 1,389 DM und für Diesel bei 1,289 DM je Liter liegen. Das bedeutet nach Angaben eines Texaco-Sprechers bei den Benzinpreisen eine Erhöhung um etwa sechs Pfennig im bundesweiten Durchschnitt. Die Esso AG hat ebenfalls begonnen, „an einigen Stationen", so eine Sprecherin, die gleichen Mindestpreise wie die Konkurrenz einzuführen.

NORD LB / In Frankfurt wird ein Börsenbüro geplant

Kreditgeschäft nicht betroffen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Norddeutsche Landesbank (Nord LB), Hannover, mit 92 Mrd. DM Konzernbilanzsumme Nummer acht im deutschen Kreditgewerbe und drittgrößte Landesbank, will der zunehmenden Internationalisierung Frankfurts mit einem Börsenbüro für den Wertpapier-, Geld und Devisenhandel am führenden deutschen Finanzplatz Rechnung tragen. Die Entscheidung soll in den nächsten sechs Monaten fallen.

Aktivitäten im Kreditgeschäft stehen in Frankfurt nicht zur Diskussion, betonte bei einem Gespräch in Frankfurt der Vorstandsvorsitzende der NordLB, Bernd Thiemann, nach dessen Einschätzung eine Stärkung des Finanzzentrums Frankfurts das Schicksal der anderen Plätze nicht besiegele, zumal da sie für die einzelnen Regionen eine besondere Bedeutung bei der Heranführung von Unternehmen an die Börse hätten. Die Konzentration der Handelsaktivitäten auf Frankfurt als einer zentralen Clearingstelle für die Abwicklung vor allem des internationalen Geschäfts widerspreche nicht dem Regionalprinzip der Landesbanken.

Der Nord LB-Chef sprach sich dafür aus, über den Zusammenschluß von Landesbanken zu größeren, die Ländergrenzen überspringenden Einheiten nachzudenken, wobei er daran erinnerte, daß es noch immer einen Verfassungsauftrag zur Neuordnung der Bundesländer gebe. Von der Schaffung größerer Landesbanken verspricht sich Thiemann nicht nur mehr Effizienz und damit Vorteile für die Regionen, sondern auch eine Stärkung der Landesbanken als wirtschaftspolitische Instrumente der Bundesländer. Zugleich erhofft sich Thiemann davon, bestärkt durch die guten Erfahrungen nach der Eingliederung der Bremer Landesbank/Kreditanstalt Oldenburg in den Nord LB-Konzern, daß die Landesbanken aus der „Ecke" der vordergründigen politischen Einordnung herauskommen. Überdies sollte der „öffentliche Auftrag" der Landesbanken neu definiert werden: mit optimalem Einsatz des kreditwirtschaftlichen Instrumentariums regionale wirtschaftliche Prosperität erzeugen.

KULENKAMPFF / Rohtabakgeschäft zufriedenstellend

Grundkapital heraufgesetzt

W. WESSENDORF, Bremen

Das international tätige Rohtabakhaus Gebrüder Kulenkampff AG, Bremen, hat sein Grundkapital von 10,5 auf 17,8 Mill. DM erhöht. Auf Beschluß einer außerordentlichen Hauptversammlung wurden neue, auf den Inhaber lautende Stammaktien im Nominalwert von 5,3 Mill. DM zu einem Kurs von 260 Prozent ausgegeben, die vollständig von Schweizer Interessenten gezeichnet wurden.

Gleichzeitig erfolgte die Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien für 2 Mill. DM zu Pari. Sie wurden vom Aufsichtsratsvorsitzenden Werner Bischoff gezeichnet. Die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals liegt weiter bei den Gebrüdern Kulenkampff, die auch den Vorstand bilden.

Außerdem wurde die Minderheitsbeteiligung an der Industria AG in Zürich (Stammkapital 1,75 Mill. Schweizer Franken) auf 100 Prozent aufgestockt. Die 1922 gegründete Industria hält Beteiligungen an Aufbereitungsbetrieben in verschiedenen europäischen und überseeischen Ländern. Mit ihrer Hilfe sollen die internationalen Aktivitäten der Gebrüder Kulenkampff – Niederlassungen und Tochtergesellschaften in 16 Tabak-Ursprungsländern – ausgebaut werden.

Gebrüder Kulenkampff war im Juli dieses Jahres rückwirkend zum 1. Januar von einer Kommanditgesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden, um dem Wachstum der zurückliegenden Jahre Rechnung zu tragen. Nach Mitteilung des Vorstands war der Geschäftsverlauf auch im ersten Halbjahr 1985 zufriedenstellend. 1984 hatte das Unternehmen einen konsolidierten Außenumsatz von 430 Mill. DM.

COUTINHO, CARO / Nach dem Glanzjahr ist nicht alles nach Maß gelaufen – Handelsgeschäft auf Rekordhöhe

Probleme mit Industrieanlagen und Hochbau

JAN BRECH, Hamburg

Mit erheblicher Verspätung legt die Hamburger Handelsgruppe Coutinho, Caro & Co. AG (CCC) ihren Abschluß für 1984 vor. Die Verzögerung hat mehrere Gründe. Einmal ist bei der Gruppe mit dem US-Konzern McDermott International Inc. ein neuer Alleinaktionär mit vielen eigenen Vorstellungen eingetreten. McDermott hatte im Frühjahr 1984 von der Familie Coutinho sämtliche Anteile erworben und auf die deutsche McDermott-Holding-Gesellschaft übertragen.

Mit dem Eintritt der Amerikaner ist zudem das Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr auf eine Laufzeit vom 1. April bis 31. März umgestellt und die Prüfungsgesellschaft gewechselt worden. Vom 1. Januar bis 31. März hat CCC ein Rumpfgeschäftsjahr zwischengeschaltet. Der jetzt vorgelegte Abschluß beschränkt sich nur noch auf die Aktivitäten des Hamburger Stammhauses, der Coutinho, Caro & Co. AG. *Ein konsolidierter Weltabschluß*, wie ihn die Gruppe bislang publizierte, entfällt. Ihn müßte die McDermott-Holding erstellen.

Festgehalten werden soll dagegen an der Kommentierung der Veränderungen in der Gruppe und deren Ergebnissen durch den Vorstand. Für Mitte Oktober ist eine Pressekonferenz vorgesehen, die nach dem Ausscheiden des früheren Vorstandsvorsitzenden Wolf-Elmar Warning sein Nachfolger Helmut Sternberg leiten dürfte.

Der Abschluß für 1984 belegt, daß bei CCC im Berichtsjahr nicht alles nach Maß gelaufen ist. Nachdem sich die Gruppe 1983 der neuen Mutter mit einem Glanzergebnis präsentiert hatte, gab es 1984 vor allem in den Bereichen Industrieanlagen und Hochbau Probleme. Die Einbußen in diesen Sparten konnten durch das sehr gute Geschäft im internationalen Stahlhandel nicht voll kompensiert werden. *Das Wachstum der Gruppe*, das sich in einem um 24 Prozent auf 1,3 Mrd. DM gestiegenen Umsatz niederschlägt, stammt fast ausschließlich aus der Handelssparte. Demgegenüber ist der Rohertrag um fast 15 Prozent auf 88 Mill. DM zurückgegangen. Als Jahresüberschuß weist CCC mit 2,4 Mill. DM gar 10 Mill. DM weniger aus als im Vorjahr. Hier schlagen vor allem zwei negative Ereignisse im Anlagenbau durch.

Einmal mußten bei der schrittweise erworbenen US-Hochbaugesellschaft Kroll Altgeschäfte saniert werden. Die zugeführten 12,8 Mill. DM neuen Kapitals sind sofort wieder voll abgeschrieben worden. Schwierigkeiten hatte CCC ferner mit einer Großanlage in Indonesien, bei der Mängel zu erheblichen Mehrkosten geführt haben. Schließlich mußten Auslandsforderungen vorsorglich wertberichtigt werden.

Auf die markt- und finanzierungsbedingten Probleme in den beiden Bereichen Industrieanlagen und Hochbau, von denen der Anlagenbau sogar in die roten Zahlen gerutscht ist, hat CCC mit Strukturmaßnahmen reagiert. So ist die Angebotspalette den veränderten Bedingungen angepaßt und die Kosten rigoros durchforstet worden.

Dies wird besonders deutlich im Abbau der Belegschaft. Weltweit ist die Zahl der Mitarbeiter um fast 600 auf 1323 reduziert worden. Das Hamburger Stammhaus beschäftige per Ende 1984 nur noch knapp 500 Mann. Wohl nur dem glänzenden Geschäft im Handelsbereich, der bei CCC 1984 einen Rekordstand erreichte, verdankt es der US-Großaktionär, daß er von seiner deutschen Neuerwerbung noch einigermaßen gute Ernte einfahren kann. Einschließlich 5,5 Mill. DM aufgelöster Rücklagen werden 8 Mill. DM ausgeschüttet.

Getränkehersteller hoffen auf Durst

dpa/VWD, Hamburg

Die Erfrischungsgetränke-Industrie rechnet in diesem Jahr erstmals wieder mit einem Absatzanstieg. Dieser werde jedoch die Verluste der zwei vorangegangenen Jahre nicht wettmachen, meinte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Erfrischungsgetränke-Industrie, Jürgen Albers. Die Mitglieder, rund 700 Hersteller von Limonaden, Fruchtsaftgetränken, Brausen, diätetischen Erfrischungsgetränken sowie Tafel- und Quellwässer, verzeichneten im ersten Halbjahr 1985 ein Absatzplus von rund 3,5 Prozent. 1984 hatte die *Branche mit 4,41 Mrd. Liter einen* Umsatz von 3,67 Mrd. DM erzielt. Der Verbrauch von Erfrischungsgetränken von rund 70 Litern pro Kopf 1984 liege auf dem gleichen Niveau wie 1976. Gedrückte Erlöse bei steigenden Betriebskosten und die Konzentration im Handel haben nach Albers Angaben zu einer drastischen Abnahme der Hersteller von Erfrischungsgetränken geführt. 1970 waren es noch 1 893 Betriebe, heute sind es 627.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Allianz-Tochter

München (dpa/VWD) – Die Allianz Holding AG, München, will eine 100prozentige Tochtergesellschaft, die Allianz Versicherung (Schweiz) AG, Zürich, gründen. Die Tochter soll vom Januar 1986 an als Industrieversicherer den Schweizer Töchtern deutscher Unternehmen Versicherungsschutz anbieten und im Rahmen internationaler Konzepte für Schweizer Großunternehmen mit einheimischen Industrieversicherern zusammenarbeiten. Die neue Gesellschaft (Grundkapital: 10 Mill. sfr) werde Risiken der Mutter in Rückdeckung nehmen.

Besucherrekord

Düsseldorf (sas.) – Mit einem Besucherrekord ist gestern die Düsseldorfer Modemesse Igedo zu Ende gegangen. 62 690 Einkäufer und damit 13,6 Prozent mehr als bei der entsprechenden Vorjahresmesse drängten sich anläßlich der 146. Igedo und der parallel stattfindenden Igedo-Dessous in 15 Messehallen. Sehr zufrieden zeigten sich die Aussteller mit den Vorbestellungen für Frühjahr/Sommer 1986. Auch das Nachordergeschäft habe angesichts des lebhaften Abverkaufs der Herbst-/Winterware gute Ergebnisse erbracht.

Ertrag macht Sorgen

Zürich (dpa) – Der Kaffee- und Schokoladenkonzern Jacobs Suchard AG, Zürich, hat im 1. Halbjahr 1985 seinen Umsatz gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 16,3 Prozent steigern können. Der Halbjahresumsatz wird mit 2,71 Mrd. sfr (3,3 Mrd. DM) angegeben, nach 2,27 Mrd. sfr ein Jahr zuvor. Die Ertragslage sei allerdings durch Währungseinflüsse und erhöhte Rohstoffpreise negativ beeinflußt worden.

Lizenzen getauscht

Essen (dpa/VWD) – Krupp Widia GmbH, Essen, und das österreichische Metallwerk Plansee, Reutte, zwei bedeutende Hersteller von Hartmetallwerkzeugen, haben einen Lizenztauschvertrag geschlossen. Danach vergibt Krupp an den Partner eine Lizenz für das System Multiflex, das halb- oder vollautomatischen Werkzeugwechsel auf Drehmaschinen ermöglicht. Krupp Widia erhält im Gegenzug das Recht, Plansee-Schutzrechte für Hartstoffbeschichtungen auf Hartmetall-Wendeschneidplatten zu nutzen.

Elektronische Börse

New York (dpa/VWD) – Rohstoffhändler können künftig über Computer-Terminals von ihren Büros aus weltumspannende Geschäfte abwikkeln. Ermöglicht wird die neue elektronische Börse durch ein Gemeinschaftsunternehmen der Citicorp, Besitzer der größten US-Bank Citibank, und dem Verlagskonzern McGraw-Hill. Das Netz „Global Electronics Markets Co." (Gemco) erlaubt es Teilnehmern, Preise und Daten per Bildschirm abzurufen und Kauf- und Verkaufsorders abzuschließen. Der Handel beschränkt sich zunächst auf den Öl und Petrochemikalien.

STEINWEG

Klavierbau seit 150 Jahren

dos, Hannover

Ein stolzes Jubiläum feiert in diesen Tagen die Braunschweiger Pianofortefabrik Grotrian-Steinweg GmbH & Co KG: Das Familienunternehmen blickt auf das 150jährige Bestehen zurück. Knut Grotrian-Steinweg rechnet im Jubiläumsjahr mit einer alles in allem befriedigenden Geschäftsentwicklung, wenngleich die Kapazität (340 Flügel und 1460 Klaviere) nicht in vollem Umfang ausgelastet ist. Die im Vorjahr verkauften Stückzahlen (1538 Instrumente) dürften 1985 wieder erreicht werden.

Nach den Worten des Firmenchefs hält der Trend hin zu größeren und anspruchsvolleren Instrumenten an. Vor diesem Hintergrund könne mit einem etwas höheren Umsatz (15 Mill. DM) gerechnet werden. Auch die Ertragsentwicklung werde durch diese Tendenz günstig beeinflußt. Im Rahmen der seit 1976 praktizierten Gewinnbeteiligung können die rund 140 Mitarbeiter im Jubiläumsjahr mit einer höheren Ausschüttung als im Vorjahr (60 000 DM) rechnen.

Immer stärkere Bedeutung kommt dem Auslandsgeschäft zu. Der Exportanteil nähert sich der 50-Prozent-Marke. Vor allem die Lieferungen nach den USA, die 1984 bereits kräftig zugenommen haben, stiegen weiter. Aber auch neue Märkte, etwa in Fernost, gewinnen an Bedeutung.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bremen: Siegfried Burkert; **Cloppenburg:** Hermann von Garrel, Sedelsberg-Saterland 4; **Karlsruhe:** Sinn Fleischwaren GmbH, Weingarten; **Meldorf:** Vertriebsges. Meldorfer Flachverblender GmbH; Meldorfer Flach-Verblender Werke GmbH, Nindorf; **Nürnberg:** Gerhard Kißling, Schwanstetten, Inh. d. Wilhelm Buschhausen, Nürnberg; **Osterholz-Scharmbeck:** ABC Datensysteme, Entwicklungs- u. Vertriebsges. mbH & Co. KG, Lilienthal; **Wesel:** Jörg Stemmer, Voerde 1, Inh. d. Stemmer Bauregie; **Wuppertal:** Manfred Jentsch, Heiligenhaus.

Vergleich beantragt: Hannover: K. H. N. Wohnungsbauunternehmen GmbH & Co. KG; K. H. N. Wohnungsbauunternehmen Verwaltungsges. mbH; **Wesel:** Heinz-Dieter Benninghoff, Mechanikermeister, Schermbeck.

Bundesanleihen

			11.9.	10.9.
F	8 Bund 76 IV	10/85	100,15G	100,15G
F	5½ dgl. 78 II	3/86	100,3	100,25G
F	5¾ dgl. 78	5/86	100,3	100,3
F	7½ dgl. 76 I	12/86	102,9G	102,9
F	6½ dgl. 79	1/87	102,05	102
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	102,95	103,05G
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,4	102,4G
F	6½ dgl. 77	7/87	102,3	102,25
F	6 dgl. 77	10/87	101,75	101,65
F	6 dgl. 78 I	1/88	101,7bG	101,7
F	6½ dgl. 78 I	9/88	103,4	103,25
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,6	103,5
F	6¾ dgl. 79	1/89	103,8G	103,6
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	104,6	104,5
F	10 dgl. 81 I	4/89	112,55	112,6
F	7½ dgl. 79 I	6/89	105,55	105,5
F	8 dgl. 79 I	7/89	107	106,85
F	8 dgl. 79 II	8/89	107,1	107,05
F	7½ dgl. 79 II	9/89	106,25	106
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	106,65	106,6
F	7¾ dgl. 80	1/90	106,8	106,7
F	10 dgl. 80	4/90	115,65	115,65
F	5¾ dgl. 78	5/90	100	99,75
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	109,05G	109,05
F	8½ dgl. 80 II	11/90	109,55	109,4
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	107,35	107,4
F	9 dgl. 81	2/91	113,05	112,5
F	7½ dgl. 85 III	6/91	106,7	106,55
F	10¼ dgl. 81	7/91	118,6G	118,4G
F	10¾ dgl. 81	9/91	121,1	121,1
F	10 dgl. 81 II	12/91	117,9	117,9G
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	116,2bG	116,1
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	116,5bG	116,4
F	9½ dgl. 82	4/92	115,45	115,3
F	9 dgl. 82 I	5/92	113,05	112,9G
F	8½ dgl. 82	6/92	110,5	110,4G
F	9 dgl. 82 II	8/92	113,4G	113,3G

Renditenanstieg gestoppt

Nach einigen Tagen rückläufiger Rentenkurse, verursacht durch abfließende Bankbestände bei gleichzeitigem Ausbleiben von Kaufaufträgen aus dem Ausland, gab es im öffentlichen Bereich jetzt wieder anziehende Notierungen. Langläufer wurden bis zu 0,35 Prozentpunkte angehoben. In den kürzeren Laufzeiten war der Anstieg geringer. Ausländer sollen den erholten Dollarkurs benutzt haben, um ihr deutsches Portefeuille weiter anzureichern. DM-Auslandsanleihen verbesserten sich nur wenig. Trotz der Boykottdrohungen konnten sich südafrikanische Anleihen behaupten.

M	6½ dgl. Pf 3	96,5bG	96,5G
M	6½ dgl. Pf 12	96G	96G
M	7 dgl. Pf 20	102,75G	102,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	103,5G	103,5G
B	7 dgl. Pf 31	101,5	101,5
B	6 dgl. Pf 34	100G	100G
B	6½ dgl. Pf 37	100,6G	100,6G
Hn	5 Br.Hann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	100,75G	100,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	106G	106G
Hn	6 dgl. KS 29	90,75G	90,75G
Hn	7 dgl. KS 50	102,2G	102,2G
D	5 Dt.Centbod. Pf 44	123G	122G

D	4 dgl. Pf 18	107G	107G
D	6 dgl. Pf 28	100,75G	100,75G
D	6½ dgl. Pf 67	95TG	95TG
D	5½ dgl. KO 3+E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	80,5G	80,5G
S	7 dgl. Pf 125	103G	103G
S	7 dgl. Pf 128	99G	99G
S	8 dgl. Pf 177	100G	100G
S	6 dgl. KS 77	89G	89G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	134,25G	134,25G
Br	6½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	94G	94G

F	7¼ dgl. 71/86	100,5G	100,6G
F	7½ dgl. 76/87	101,75G	101,75G
F	7½ Klöckner W. 71/86	100,5G	100,5G
F	8 dgl. 72/87	101,6G	101,6T
F	6 NWK 61/86	100,1G	100,1G
F	6 dgl. 62/87	100,7G	100,7G
F	6 Ob.Don.Krwk. 64/89	99,5bG	99T
F	6 Rh.Brkw. 63/89	99,1G	99,1G
F	6 dgl. 65/90	98,9T	98,9T
F	6 RWE 63/88	99,4G	99,5G
F	6 dgl. 65/90	99,15	99,25T
F	7¼ dgl. 71/96	100,65G	100,75G
F	7 dgl. 72/87	101,25	101G
F	6 Rh.-M.-Don. 62/87	100,25G	100,25G

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Trotz Glattstellungen stabil

Sonderbewegungen in Schering, Nixdorf und PKI

DW. – Die nach der ungewöhnlich festen Tendenz am Vortag fällig gewesenen Glattstellungen des Börsenberufshandels konnten den weiteren Anstieg am Aktienmarkt bestenfalls bremsen. Daß zunehmend auch wieder Bankaktien in die Anlageüberlegungen einbezogen werden, hängt sowohl mit dem gestoppten Renditeanstieg am Rentenmarkt, als auch mit der besonneneren Beurteilung der Lage in Südafrika zusammen, wo deutsche Kreditinstitute weit weniger engagiert sind als zunächst angenommen worden war.

Zu einem Ausreißer entwickelte sich die Schering-Aktie die unter hohen Umsätzen um mehr als 20 DM zulegte. Hier haben Kaufaufträge aus dem Ausland vorgelegen. Großchemieaktien kamen dagegen nicht weiter voran. Im Elektrobereich erzielten Nixdorf und PKI überdurchschnittliche Tagesgewinne. Bei Siemens hat sich die Aufwärtsbewegung gegenüber dem Vortag verlangsamt. Uneinheitlich tendierten Autoaktien, wo sich insbesondere bei *Daimler und Mercedes* Glattstellungen kursdrückend bemerkbar machten. *Von den Autonebenwerten* erzielten Kolbenschmidt einen neuen Höchststand. Verlangsamt hat sich der Anstieg der Maschinenbauwerte. Hier waren ebenso wie bei den Stahlaktien Konsolidierungen zu beobachten. Trotz des steilen Anstieg während der vorangegangenen Börsentage konnten sich Kali + Salz mühelos auf dem hohen Niveau behaupten.

Frankfurt: Cassella zogen nach Plusankündigung um 59 DM an. Altana verbesserten sich um 8 DM und Enka um 6,50 DM. Degussa verloren 5 DM. Fuchs Petrolub verteuerten sich um 4 DM und Kochs Adler um 12 DM.

Düsseldorf: Vermindert haben *Bilfinger um 5,80 DM, Dahlbusch* VA um 10 DM und Audi NSU um 4 DM. Kromschröder verbesserten *sich um 5 DM, Leffers um 4 DM* und Mauser um 1,80 DM. Allianz Leben verloren 100 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi erhöhten um 1,50 DM. HEW verminderten um 1 DM und NWK-Vz. waren unverändert. Hapag Lloyd mußten um 3 DM zurückgenommen werden. Holsten Brauerei wurden um 4 DM aufgestockt. Triton verteuerten sich um 1,30 DM.

Berlin: Schering zogen um 21 DM, DeTeWe um 15 DM, Tempelhofer Feld um 10 DM und Kempinski um 8 DM an. Dt. Hypobank Berlin und Rheinmetall lagen um je 5 DM, Bergmann um 3 DM fester. Engelhardt büßten 5 DM ein.

München: Aigner verbesserten sich um 3 DM, Audi um 20 DM und Paulaner um 10 DM. Krones erhöhten um 40 DM. Nachgegeben haben Flachglas um 9,50 DM und Hochtief um 35 DM.

Stuttgart: *Daimler mußten* 13 DM und Mercedes 23 DM abgeben. Porsche legten 30 DM zu. Müller-*Weingarten* und Maschinenfabrik Esslingen zogen um je 15 DM an. Kolbenschmidt erhöhten um 8 DM. *Zeag verloren 3,50 DM.*

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 214,81 (214,11)
WELT-Umsatzindex: 5469 (7187)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 11. 09. 85
3429 Optionen = 177 950 (184 100) Aktien,
davon 690 Verkaufsoptionen = 34 100 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-120/23, 10-130/13, 10-140/4,5, 10-150/2, BASF 10-61/25, 10-190/38, 10-211/15,5, 10-221/6,6, 10-230/2, Bay. Hypo 230/2,5, 10-231/2,4, Bayer 10-201/23, 10-230/3, BMW 10-10-250/37,5, 1-160/34, 1-380/20, 1-390/15,4, 387,5/122,5, 10-407,5/111,25, 10-480/51, 10-500/25, 10-520/10, 10-550/8, Commerzbk. 10-190/25, 10-207,75/8, 10-210/7, 10-220/3, Conti 10-157/8, 10-160/5, 10-170/4, Daimler 1-900/120, 1-989,5/56, 1-1000/55, Dt. Babcock St. 10-167/12, 10-177/6, 1-170/18, 1-180/8,5, Dt. Babcock Vz. 10-170/11, 1-170/15,6, Deutsche Bk. 10-480/125, 10-500/93,5, 10-610/7, 10-620/4, Degussa 4-400/11,4, Dresdner Bk. 10-270/6,8, 1-280/14, 1-300/7, GHH St. 10-180/15,6, 1-160/36, 1-170/28,5, GHH Vz. 1-160/25,4, 1-170/17, Hoechst 10-201/22,5, 10-221/4,6, 10-230/2,4, Hoesch 10-100/28,5, 10-110/16,5, 10-130/7,5, 10-130/2,9, Karstadt 10-290/15,05, 1-280/10, Kaufhof 1-260/40,5, KHD 1-300/29,2, Klöckner 10-60/13,5, 10-65/9, 10-70/4,5, 10-75/2,5, Lufthansa St. 10-205,5/25, 10-220/15,4, Lufthansa Vz. 10-220/7, Mercedes 1-880/80,75, 1-900/31, Mannesmann 10-166/56, 10-170/52, 10-176/46, 10-186/35,8, 10-190/31, 10-198/26, 10-200/23, 10-208/15,6, 10-210/11, 10-220/9, 10-230/5, Preussag 10-290/3,2, 1-280/15, 1-300/7,2, RWE St. 10-170/25, 1-200/11,5, RWE Vz. 1-190/9,6, Schering 10-454,7/88, 10-474,70/48, 1-580/25,5, Kali + Salz 10-262/97, 10-292/67, 10-300/59, Siemens 10-530/46, 10-540/36, 10-560/25, Thyssen 10-100/32, 10-106,25/23,5, 10-110/22, 10-118,25/14, 10-120/12,5, 10-130/4, 10-140/80, Varta 1-240/22, Veba 10-171/66,5, 10-181/46,5, 10-211/28, 10-221/18,5, 10-231/8,5, 10-240/3,3, 10-241/2,6, VEW 4-150/12, VW 10-215/132, 10-225/122, 10-235/112, 10-275/72, 10-285/64,9, 10-295/52, 10-300/47, 10-305/43, 10-310/38, 10-315/35, 10-320/22, 10-330/18, 10-350/10, 10-380/3,4, Alcan 4-65/5,6, General Motors 1-210/12, IBM 1-400/15,3, 1-420/10, Norsk Hydro 4-35/8, Philips 1-45/4, 4-30/2,8, Sony 1-45/4, Sperry 4-150/15, **Verkaufsoptionen:** AEG 1-130/2,6, 1-140/7, BASF 10-220/1, 1-220/2,2, Bayer 10-20/1,3, 1-210/1,4, 1-220/2,85, BHF 10-310/5, BMW 10-470/11,2, Commerzbk. 10-210/2,7, 1-200/4,4, Conti 10-160/2,1, 1-150/2,5, 1-160/4,1, Daimler 10-950/3,4, 1-930/8,4, 1-950/11, Deutsche Bk. 10-570/3, 10-380/3,2, Dresdner Bk. 10-270/7, 4-280/10, GHH St. 1-190/4,6, Hoechst 1-210/1,5, 1-220/2, Hoesch 1-120/2,1, 4-120/4, Kaufhof 10-280/3,4, 4-280/11, Klöckner 10-70/1, 1-75/4,5, 4-70/6, Lufthansa St. 1-220/6, Mannesmann 1-210/3, 1-220/6, Nixdorf 1-530/12, Siemens 10-65/3, 1-530/2, 1-540/6, Thyssen 10-130/1, 1-130/3,5, Veba 1-220/2, VW 10-320/1, 10-330/4, 1-300/2,5, 1-310/3, 1-320/6, Norsk Hydro 4-310/40, Philips 10-48/3,1.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11.9.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8–8¼	4⅝–4⅞	4⅝–4⅞
3 Monate	8¼–8½	4½–4¾	4½–4¾
6 Monate	8½–8¾	4⅝–4⅞	4⅝–4⅞
12 Monate	8¾–9¼	4¾–5	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11.9. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1345,00	1727,10
10 US-Dollar (Indian)**	1345,00	1613,70
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	689,70
1 £ Sovereign alt	222,00	275,88
1 £ Sovereign Elizabeth II.	214,50	267,33
20 belgische Franken	169,00	221,16
10 Rubel Tscherwonez	225,50	294,43
2 südafrikanische Rand	211,00	262,20
Krüger Rand, neu	945,00	1117,20
Maple Leaf	957,25	1131,17
Platin Noble Man	965,00	1140,00
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	218,50	278,73
20 schweiz. Franken „Vreneli"	182,50	236,55
20 franz. Franken „Napoléon"	169,50	221,73
100 österr. Kronen (Neuprägung)	886,00	1073,88
20 österr. Kronen (Neuprägung)	175,00	222,30
10 österr. Kronen (Neuprägung)	91,00	120,84
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	410,00	501,60
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	96,00	132,34

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

11.9.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs³)	Frankf. Sorten*) Ankauf	Frankf. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,9348	2,9428	2,9123	2,88	2,98
London¹)	3,839	3,873	3,787	3,79	3,94
Dublin¹)	3,104	3,118	3,071	3,04	3,19
Montreal³)	2,1386	2,1466	2,1188	2,09	2,19
Amsterd.	88,89	89,11	88,705	86,78	90,77
Zürich	121,17	121,37	121,28	119,75	122,50
Brüssel	4,941	4,961	4,891	4,77	4,97
Paris	32,715	32,875	32,340	31,75	33,50
Kopenh.	27,535	27,655	27,330	26,73	28,50
Oslo	34,30	34,42	33,660	33,25	35,00
Stockh.**)	34,085	34,245	33,255	33,25	35,00
Mailand²)**)	1,4965	1,5085	1,4710	1,44	1,54
Wien	14,215	14,255	14,201	14,12	14,25
Madrid**)	1,685	1,705	1,682	1,66	1,78
Lissabon**)	1,68	1,70	1,588	1,25	2,05
Tokio	1,2095	1,2125	–	1,17	1,23
Helsinki	47,39	47,50	46,475	46,25	48,25
Buen.Afr.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*)**)	2,07	2,124	–	1,65	2,45
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	1,978	1,997	–	1,92	2,02
Johannbg.*)	1,173	1,217	–	0,80	1,40

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Das Devisenmarktgeschehen war am 11. 9. geprägt durch *sprunghafte und teilweise hektische* Kursausschläge. Bis zum Mittag hatte sich dabei jedoch keine bestimmte Richtung durchsetzen können, und der Dollar bewegte sich in der engen Bandbreite von 2,9350 bis 2,9410. Ohne Einwirken der Bundesbank stellte sich der amtliche Mittelkurs auf 2,9388. Mit Eintritt des New Yorker Marktes kam es dann zu einer Kursexplosion bis knapp über 2,95. Das Englische Pfund konnte sich um 1,1 Pfg. auf 3,8680 verbessern. Innerhalb des *EWS konnte die D-Mark* minimale Kursgewinne verbuchen mit Ausnahme der Dänischen Krone, die 0,5 Pfg. auf 27,595 zulegte. US-Dollar in: Amsterdam 3,3030; Brüssel 59,3800; Paris 8,9635; Mailand 1984,25; Wien 20,6210; Zürich 2,4234; Ir. Pfund/DM 3,111; Pfund/Dollar 1,3155; Pfund/DM 3,866.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 10.9.: In D-Mark 2,22806 (Parität 2,24184); in Dollar 0,75733 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 11.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; *Frankfurt:* Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Nachmittag des 11. September kam es erneut zu einer Befestigung der Dollar-Zinssätze. Fed Funds eröffneten bei 8⅛ Prozent, am Terminmarkt kam es zu vergrößerten Dollar-Termin-Abschlägen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,07-0,92	2,80-2,70	5,65-5,45
Pfund/Dollar	0,30-0,37	1,08-0,99	1,75-1,70
Pfund/DM	3,10-1,70	7,30-5,90	13,0-11,0
FF/DM	23-7	53-37	107-91

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11.9.: Tagesgeld 4,45–4,55 Prozent; Monatsgeld 4,60–4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60–4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent.
Privatdiskontsätze am 11.9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 11.9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.
Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,5 (5,28) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,[illegible]) – 8,00 (5,96) – 8,00 (6,24). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins [illegible], Kurs 100,80, Rendite [illegible].

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Veränderungen nach beiden Seiten bei Kupfer. Fester in den vorderen und schwächer in den ferneren Kontrakten schloß Kaffee. Kakao meist etwas fester.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	10.9.	9.9.
Sept.	274,00	275,50
Dez.	287,50	282,00
März	294,00	292,25

Weizen Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	244,25	246,75
Amber Durum	241,19	248,75

Roggen Winnip. (can.$/t)		
Okt.	117,90	118,30
Dez.	120,70	121,10
März	125,80	125,70

Hafer Winnip. (can. $/t)		
Okt.	90,90	90,30
Dez.	93,50	93,20
März	97,60	97,40

Hafer Chicago (c/bush)	10.9.	9.9.
Sept.	120,00	120,25
Dez.	126,00	125,75
März	130,25	129,75

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	222,50	225,00
Dez.	216,80	215,50
März	226,75	225,25

Gerste Winnipeg (can.$/t)	10.9.	9.9.
Okt.	105,70	105,00
Dez.	109,60	108,80
März	112,70	111,70

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	10.9.	9.9.
Terminkontr. Sept.	134,00	133,26
Dez.	135,40	135,30
März	137,00	136,90

Kakao New York ($/t)	10.9.	9.9.
Terminkontr. Sept.	2077	2067
Dez.	2136	2125
März	2185	2172
Umsatz	2271	3451

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	5,62	5,33
Jan.	5,72	5,47
März	6,00	5,70
Mai	6,14	5,86
Juli	6,36	6,07
Umsatz	17992	11529
Ica-Preis fob karibische Häfen US-c/lb)	10.9.	9.9.
	4,99	4,99

Kaffee London (£/t) Robusta	10.9.	9.9.
Kontrakt Sept.	1622-1625	1652-1653
Nov.	1660-1661	1691-1693
Jan.	1696-1699	1721-1760
Umsatz	1922	1652

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1714-1719	1735-1740
Dez.	1768-1769	1786-1787
März	1786-1788	1804-1805
Umsatz	2431	2588

Zucker London (£/t) Nr. 6	10.9.	9.9.
Okt.	145,40-145,80	139,60-139,80
Dez.	148,40-149,00	142,00-142,40
März	156,00-156,60	150,00-150,20
Umsatz	4058	3006

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	11.9.	10.9.
schw. Sarawak spez.	780,00	772,50
weißer Sarawak	957,50	957,50
weißer Muntok	947,50	947,50

Orangensaft New York (c/lb)	10.9.	9.9.
Sept.	137,80	176,35
Nov.	129,50	129,35
Jan.	125,40	125,40
März	123,65	123,65
Mai	122,75	122,65
Umsatz	500	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	10.9.	9.9.
Südstaaten fob Werk	36,00	36,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,75	23,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	21,51	21,52
Okt.	21,25	21,15
Dez.	21,15	21,05
Jan.	21,35	21,25
März	21,70	21,55
Mai	21,95	21,85
Juli	22,20	22,15

Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal		
fob Werk	20,00	21,25

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	16,50
Choice white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50

Talg New York (c/lb)		
top white	15,00	15,00
fancy	14,25	14,25
bleichfähig	13,75	13,75
yellow max. 10% fr.F	10,25	10,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	35,40	34,75
Dez.	37,55	36,95
Feb.	38,85	38,45

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Feb.	56,90	56,50
März	57,05	56,80
Mai	58,32	57,70

Häute Chicago (c/lb)	10.9.	9.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	45,00	45,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	507,00	504,75
Nov.	506,00	502,00
Jan.	516,00	511,50
März	527,50	523,00
Mai	537,00	533,50
Juli	543,00	540,00
Aug.	543,00	540,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	126,20	126,00
Okt.	127,20	127,20
Dez.	130,80	130,80
Jan.	132,00	132,50
März	134,50	135,00
Mai	139,00	137,50
Juli	140,50	140,00

Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	10.9.	9.9.
Okt.	301,50	302,50
Dez.	304,20	305,50
März	314,50	315,60

Kokosöl New York (c/lb)	10.9.	9.9.
Westküste fob Werk	23,00	23,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	11.9.	10.9.
jegl. Herk. cif	810,00	840,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	545,00	555,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	345,00	350,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	151,00	151,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	427,50	430,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	239,00	242,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	10.9.	9.9.
Okt.	58,30	58,46
Dez.	57,80	57,95
März	59,05	59,05
Mai	59,58	59,60
Juli	58,95	59,20
Okt.	53,80	54,15

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	43,75	43,75

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz.:	11.9.	10.9.
Okt.	495	485-495
Dez.	504-506	–
Jan.	506-507	–
Umsatz	34	21

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	10.9.	9.9.
Okt.	50,00	50,00
Dez.	54,70	54,70
März	54,80	54,80
Mai	54,90	54,90
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standardtype	10.9.	9.9.
Okt.	608,00-612,00	605,00-612,00
Dez.	612,00-615,00	612,00-615,00
März	–	–
Umsatz	2	2

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11.9.	10.9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	10.9.	9.9.
Sept.	12507	12527
Okt.	12543	12544

Kautschuk London (p/kg)	10.9.	9.9.
Nr. 1 RSS loco	62,50-64,50	–
Okt.	–65,00	–65,00
Nov.	–65,00	–65,00
Dez.	–65,00	–65,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	10.9.	9.9.
Okt.	181,50-182,50	182,00-183,00
Nov.	181,00-181,50	181,00-182,00
Nr. 2 RSS Okt.	168,00-169,00	168,50-169,50
Nr. 3 RSS Okt.	165,50-166,50	166,00-167,00
Nr. 4 RSS Okt.	161,00-162,00	161,50-162,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	11.9.	10.9.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenang.: 1 Troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	11.9.	10.9.
Aluminium: Bas. Lond.		
laufend. Monat	291,25-291,44	295,71-295,90
drittfolg. Monat	300,16-300,25	302,40-302,59
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	117,16-117,35	114,89-115,09
drittfolg. Monat	117,16-117,35	116,44-116,09
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1384,60-1386,53	1403,84-1405,77
drittfolg. Monat	1396,22-1398,15	1403,84-1405,77
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	198,49-199,07	202,76-203,14
Produz.-Preis	244,25	245,02
Reinzinn 99,9 %	3856-3894	3767-3805

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11.9.	10.9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	404,93-408,22	411,11-414,40
Blei in Kabeln	124,75-125,75	122,50-123,50
Aluminium f. Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	11.9.	10.9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	362-363	366-367
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	399-402	403-406
MS 63	392-396	396-400

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	11.9.	10.9.
(Ring./kg)	29,65	29,67

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	11.9.	10.9.
Leg. 225	350-357	350-355
Leg. 226	352-359	352-357
Leg. 231	387-392	387-390
Leg. 233	397-402	397-400

Preise für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)	32,55	32,20
Gold (DM/kg Feing.)		
Banken-Vkfpr.	30770	30770
Rücknahmepr.	30020	30020
Gold (DM/kg Feing.) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31070	30960
Rücknahmepr.	30280	30170
verarbeitet	32590	32470
Gold (Frankf. Börsenkurs) (DM je kg)	30450	30270
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	586,20	586,50
Rücknahmepr.	569,00	569,20
verarbeitet	612,00	612,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	11.9.	10.9.
London		
10.30	322,00	320,00
15.00	320,75	321,65
Zürich mittags	322,25-322,75	320,10-320,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	92500	92800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	459,00	459,85
3 Monate	471,90	472,90
6 Monate	483,75	485,60
12 Monate	508,70	510,55
Platin (£/Feinunze) London	10.9.	9.9.
fr. Markt	242,95	237,50
Palladium (£/Feinunze) London	10.9.	9.9.
f. Händlerpreis	75,40	73,20

New Yorker Metallbörse

	10.9.	9.9.
Gold H & H Ankauf	321,65	319,60
Silber H & H Ankauf	603,00	610,00
Platin fr. Händlerpr.	311,00-314,00	311,00-314,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	97,00-98,00	95,00-96,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	605,50	601,50
Okt.	607,70	603,20
Dez.	615,00	610,00
Jan.	620,50	616,00
März	628,00	624,00
Mai	638,30	633,80
Juli	648,20	643,70
Umsatz	12000	15000
Kupfer (c/lb)	10.9.	9.9.
Sept.	59,60	59,85
Okt.	59,90	60,05
Dez.	60,35	60,60
Jan.	60,70	60,80
März	61,20	61,20
Mai	61,50	61,50
Juli	61,80	61,75
Umsatz	7700	6500

Londoner Metallbörse

	11.9.	10.9.
Aluminium (c/lb)		
mittags Kasse	752,00-752,50	760,50-761,00
3 Monate	775,00-775,50	783,00-783,50
Blei (£/t) mittags	302,50-303,00	297,50-298,00
3 Monate	302,50-303,00	301,50-302,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1025,00-1025,50	1044,00-1044,50
3 Monate	1053,00-1053,50	1071,50-1072,00
abends Kasse	–	1056,00-1056,50
3 Monate	–	1063,00-1064,00
(Kupfer-Standard) mittags Kasse	1002,00-1004,00	1019,00-1021,00
3 Monate	1028,00-1030,00	1047,00-1049,00
Zink (£/t) mittags	512,50-514,00	525,00-526,00
Zinn (£/t) mittags	9172-9173	9175-9180
3 Monate	9135-9140	9130-9132
Quecksilber ($/Fl.)	–	275-285
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	67-72



Herzattacke – Jock Stein starb auf der Trainerbank



Für Teammanager Jock Stein, der auf der Bank zusammenbrach, kam jede Hilfe zu spät FOTO: AP

sid, Cardiff

Seine letzten Worte waren: „Regt euch nicht auf, es ist nur der Streß." Jock Stein, 62 Jahre alt, einer der legendärsten Team-Manager des britischen Fußballs, starb sozusagen an seinem Arbeitsplatz. Mit dem Schlußpfiff des WM-Qualifikationsspiels zwischen Wales und Schottland in Cardiff, als seine Schotten mit dem 1:1-Unentschieden einen wichtigen Punkt in Richtung Mexiko geholt hatten, brach er mit einer Herzattacke zusammen. 55 Minuten später war Jock Stein tot. Die in der Umkleidekabine vorgenommenen Rettungsversuche von Schottlands Team-Arzt Stewart Hillis, einem Herzspezialisten, waren vergeblich.

Während der Partie hatte Stein mehrfach versucht, einen ihm die Sicht versperrenden Fotografen zu vertreiben – ohne Erfolg. Stein stand auf, ermahnte den Fotografen erneut und brach dann zusammen.

Wie viele seines Berufsstandes war Jock Stein gefährdet, sozusagen vorbelastet. 1975 kam er bei einem Autounfall fast ums Leben, erlitt schwere Kopf- und Brustverletzungen. Zwei Jahre später dann seine erste Herzattacke, eigentlich war er anschließend gar nicht mehr arbeitsfähig. Gyula Lorant, der engagierte ungarische Coach und der jugoslawische Mannschaftsarzt Borsidan Milenovic, sie waren in den letzten Jahren die prominentesten Toten am Spielfeldrand.

Als Aktiver spielte Stein in den frühen Fünfzigern für Celtic Glasgow, wurde dort als Kapitän 1954 Meister. Eine Fußverletzung beendete frühzeitig seine Karriere, seine eigentlich große Zeit erlebte er ohnehin als Trainer. Hibernian Edingburgh und Dunfermline machte er zu Spitzenklubs. 1965 kam er, der Protestant war, zu Celtic Glasgow, das damals noch ganz im Schatten des Lokalrivalen Rangers stand.

Neunmal in Serie wurde er mit dem Team Meister, der Höhepunkt war zweifellos der Gewinn des europäischen Meistercups 1967. Celtic war die erste britische Mannschaft, die die begehrte Trophäe gewann. Als in Glasgow kaum noch etwas zu gewinnen war, zog es ihn zum englischen Klub Leeds United, doch dort hielt es den Schotten ganze 45 Tage. Nach dem Desaster der Nationalmannschaft in Argentinien 1978 wurde Manager Ally McLeod gefeuert, Jock Stein übernahm das Kommando.

„The big man", wie er nicht nur wegen seiner unübersehbaren Körpergröße gerufen wurde, er führte die schottischen Fußballer zu neuen Höhen. Seine Mannschaft setzte er nahezu ausschließlich aus Spielern zusammen, die in der ersten englischen Division spielten. 1982 gelang die WM-Teilnahme in Spanien.

Als Nachfolger stehen bereits Alec Ferguson, erfolgreicher Team-Manager des FC Aberdeen, oder Kenny Dalglish zur Disposition.

Was kann man in der Freizeit tun? – Eine ZDF-Serie gibt „Tips für Aktive"

Dilemma mit pädagogischem Auftrag

Der Sendungstitel klingt eher nach einem Ratgeber-Programm für Manager mit Reserven, mehr nach Aufforderung zu Spiel und Sport. Doch die Sendezeit, der Nachmittag, weist eine andere Richtung: „Tips für Aktive", so die Überschrift der neuen ZDF-Reihe, ist eine Serie für Kinder und Jugendliche, aber auch für aufmerksame Eltern auf der Suche nach pädagogisch heilsamen Anregungen.

Zunächst achtmal werden diese 25-Minuten-Beiträge ausgestrahlt, unter der ständigen Regie von Ingmar Wessel und Martin A. Voss, jedoch mit wechselnden Autoren, je nach Themenlage. Voss, in Doppelfunktion auch Koautor, wird zunächst dem Schweizer Flugmodellbau-Experten A. v. Niederhäusern assistieren, und zwar durch insgesamt drei Sendungen. Als weitere Themen stehen „Katzen" und „Hunde" auf dem Programm, zusammen fünfmal.

Warum das so ist, erläutert gegenüber der WELT Nicolette Petri aus dem Kinder- und Jugendressort des ZDF: Zum einen ergäben sich die Vierbeiner-Themen „Kinder und Haustiere" daraus, daß Kinder auf ihren Wunschlisten auch heute noch Katzen und Hunde ganz oben führten, zum anderen aber auch aus dem Umstand, daß Kinder, die durch solche Sendungen an den verantwortungsvollen Umgang mit Tieren herangeführt würden, auch für andere, sprich: menschenbezogene Probleme und Aufgaben des Alltags offener werden. Womit die Empfehlungen für Haltung und Pflege von Haustieren allemal mehr seien als Schwelgereien in Kuscheltierseligkeiten.

Fest durch alle geplanten Sendungen zieht sich dann als zweiter Block unter dem Titel „Wenn's passiert ist..." eine Kooperative mit dem Deutschen Roten Kreuz: „Das werden Informationen für junge Ersthelfer sein", erklärt Frau Petri, „mit dem Hauptgedanken, Kindern und Jugendlichen zu zeigen, wie sie sich im Ernstfall selber helfen könnten."

Tips für Aktive – ZDF, 16.35 Uhr

Der „Informationscharakter" stünde, kurzum, für diese „Tips" ganz vorne an; die Informanten, sprich: die Buch-Autoren wurden im Auftrage des Senders von einer Firma ausgewählt, der „Cine-Relation" in Bergisch-Gladbach, die spezialisiert ist auf die Produktion von Kurzfilmen mit Informationscharakter, wie sie zum Beispiel zwischen 1980 und '82 insgesamt 36mal je elfeinhalb Minuten pro Monat im ZDF zu sehen waren: Tips für Radfahrer, für angehende Gartenbauer, für Aquarienhalter, für den Bau von Surfbrettern wie Anlagen für die Modelleisenbahn.

Ob das Fernsehen sich mit solchen Empfehlungen das Publikum, auf das es baut, nicht gleichzeitig entfremdet? „Doch, sicher tut es das", sagt Nicolette Petri. Das sei „das alte Dilemma", hinter dem freilich wie um ein pädagogischer Auftrag steht – gerade bei jungen und jugendlichen Bildschirm-Fans den gesunden Sinn für gescheit zu regulierenden Fernsehkonsum zu schärfen.

Wirft man etwa einen Blick in das immer reichhaltiger werdende Angebot an Literatur zum Thema Freizeit, dann wird auch das Motiv der „Tips-Geber" im Fernsehen deutlich. „Freizeit und Arbeitslosigkeit", „Freizeitökonomie", „Praxishilfe: Freizeiten" oder „Animationsmodelle", „Automaten: Freizeitverhalten Jugendlicher" heißen einschlägige Titel aus dem Sektor der noch recht jungen Disziplin namens „Freizeitforschung". Und daß die zunehmende oder erzwungene Freizeit Sorgen bereiten kann, das wissen nicht nur Soziologen. „Unser Hauptanliegen mit diesen Filmen", sagt Jürgen Seidler von der Cine-Relation, „ist es deshalb, Jugendlichen den Umgang mit bestimmten Hobbies schmackhaft zu machen und ihnen zu zeigen, daß es noch anderes gibt als die Disco oder ähnliches." Gemeint ist, so Seidler: „Aktive Freizeitgestaltung" statt passivem Konsum. Daher der Titel: „Tips für Aktive".

ALEXANDER SCHMITZ

NACHRICHTEN

Senna bleibt bei Lotus

London (sid) – Der Brasilianer Ayrton Senna wird auch 1986 für Lotus-Renault in der Formel-1-Weltmeisterschaft fahren. Der 25jährige rückt als Fahrer Nummer eins an die Stelle des Italieners Elio de Angelis.

Becker besiegte Noah

Portland (UPI) – Boris Becker bezwang in einem Schau-Match mit 7:6, 6:7, 6:2 den französischen Weltranglisten-Sechsten Yannick Noah. Nach dem Spiel in Portland (US-Staat Oregon) flog Becker nach Deutschland zurück.

Magath im Film

Hamburg (dpa) – Fußball-Nationalspieler Felix Magath (32) wirkte gestern bei den Dreharbeiten für „Der Sommer des Samurai" mit, dem zweiten Film von Regisseur Hans-Christoph Blumenberg. Magath mimt den Besucher einer Vernissage.

Wehmeyer macht Schluß

Hamburg (dpa) – Fußball-Profi Bernd Wehmeyer (Hamburger SV) beendet zum 1. Oktober seine sportliche Karriere. Ursprünglich sollte dies erst ab 1. Januar geschehen. Der 33jährige spielte seit 1978 beim HSV.

Duisburg sucht Trainer

Duisburg (sid) – Der MSV Duisburg, Tabellenletzter der zweiten Fußball-Bundesliga, sucht einen Nachfolger für Günter Preuß (48). Bis zum Punktspiel am Sonntag gegen Wattenscheid 09 soll ein Nachfolger gefunden sein. Möglicherweise wird Geschäftsführer Linnert die Mannschaft betreuen.

Connors gesperrt

New York (sid) – Der amerikanische Tennisspieler Jimmy Connors ist vom Internationalen Profi-Verband (MIOTC) für 42 Tage gesperrt worden. Die Summe seiner Strafzahlungen hatte sich auf 7500 Dollar in diesem Jahr angesammelt, was automatisch eine Sperre für alle Grand Prix auslöst.

Surmann fällt aus

Hannover (dpa) – Mit einem Kieferbruch, den er sich im Bundesligaspiel bei Schalke 04 zugezogen hatte, wird Verteidiger Karsten Surmann von Hannover 96 für mindestens sechs Wochen ausfallen. Der Fußball-Profi soll heute operiert werden.

Ohlichers Abschied

Stuttgart (sid) – Der 33jährige Fußball-Profi Hermann Ohlicher, langjähriger Mannschaftskapitän des VfB Stuttgart, hat sich in einem Abschiedsspiel vom Stuttgarter Publikum verabschiedet. Im Treffen der Meistermannschaft von 1983/84 und der Stuttgarter Traditionself (6:4) erzielte Ohlicher zwei Tore.

Neuer Leistner-Trainer

Mannheim (sid) – Die Europameisterschafts-Dritte im Eiskunstlaufen, Claudia Leistner (Mannheim), wird mit sofortiger Wirkung vom dem 31 Jahre alten in Ungarn geborenen Georg Havelland trainiert. Das ist die Konsequenz, nachdem ein Vermittlungsgespräch des Mannheimer Bürgermeisters David mit dem früheren Leistner-Trainer Zöller gescheitert ist.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Norwegen – Ägypten 3:0. – **Junioren-Turnier** „U 18" in Pula, Finale: Jugoslawien – Deutschland 3:2 (2:2). – Um Platz drei: Österreich – Jugoslawien II 4:3 (2:0). – **Zweite Liga:** Braunschweig – Aachen 0:2 (0:0). – **WM-Qualifikation,** Gruppe 7: Wales – Schottland 1:1.

TENNIS

69. Weissenhof-Turnier in Stuttgart, Herren, erste Runde: Schwaier (Deutschland) – Lapidus (USA) 6:4, 2:6, 6:2, Riglewski (Deutschland) – Pecci (Paraguay) 6:3, 6:4, Smid (CSSR) – Meinecke (Deutschland) 4:6, 6:3, 6:4.

BASKETBALL / Ungarischer Klub holte Spieler aus dem Westen

Vom Mississippi an die Donau: Zwei Amerikaner wollen in Budapest leben

Daß ungarische Spitzensportler im Westen leben und starten, wie die Budapester Tischtennis-Stars – das hat sich fast schon eingebürgert. Daß Formel-1-Chef Bernie Ecclestone noch immer der Idee anhängt, einen Grand Prix in den Straßen Budapests zu veranstalten, bleibt weiterhin aktuell. Und daß beim großen Budapester Leichtathletik-Sportfest in westlicher Währung gezahlt wird, hat sich herumgesprochen. Nun aber haben sich amerikanische Basketballspieler entschlossen, ungarische Spitzenmannschaften zu verstärken – ein Novum im Ost-West-Austausch des internationalen Sports.

OLAF BROCKMANN, **Budapest**

In der Empfangshalle des Budapester Flughafens Ferihegy drängten sich Schaulustige und Journalisten. Blitzlichtgewitter und auch Interviews wie bei einem Staatsbesuch. Doch der große Bahnhof galt nicht einem sozialistischen Bruder, sondern einem Amerikaner. Im Blickpunkt stand der 2,14 m große, farbige Silvester Norris, dessen Auftritt in der Tat sensationell erscheint. Der Basketballspieler aus den USA ist der erste Sportler aus dem Westen, der in einem Ostblockstaat als Profi sein Brot verdienen wird. Ungarn, wie so oft Vorreiter für Ungewöhnliches im Osten, macht's eben möglich.

Aber wie, so kommt wie selbstverständlich die Frage auf, kam diese schon fast unglaubwürdig erscheinende Geschichte zustande. Der Budapester Studentenklub MAFC, im letzten Jahr wieder nur Zweiter in der Staatsliga hinter dem Erzrivalen Honved, suchte dringend Verstärkung. In Ungarn selbst gab der Spielermarkt bereits nichts mehr her. So verlegten die Ungarn ihre Suche ins Ausland und wurden schließlich nach vier vergeblichen Anfragen bei amerikanischen Basketballspielern doch noch fündig. Und zwar gleich doppelt. Denn neben Silvester Norris wird in der nächsten Woche auch noch der aus Belize stammende Greg Trapp in Budapest für MAFC eintreffen.

Über einen spanischen Spielervermittler sind erste Kontakte geknüpft worden. Perfekt wurde der Vertrag bereits in diesem Frühjahr. Der bei der staatlichen Nachrichtenagentur MTI arbeitende Peter Gal führte am Rande des UEFA-Pokalfinales Real Madrid gegen Videoton Szekesferhervar (Stuhl Weißenburg) die entscheidenden Gespräche. Die finanzielle Seite war endgültig geklärt. Über die Höhe der Summe schweigt freilich des Sängers Höflichkeit. Bezahlt wird aber sicherlich in US-Dollar und nicht in Forint, der ungarischen Währung. MAFC besitzt Gönner, die diese Gelder ermöglichten.

Dafür erhofft sich MAFC aber endlich den Titel in der Meisterschaft. In einem ersten Probespiel bot der 28 Jahre alte Amerikaner bereits eine Leistung, die seine Vereinskameraden – und vor allem die Gegner – bewunderten. Als Aufbauspieler gelang dem Amerikaner, der aus Jackson in Mississippi stammt, eine Superleistung. Seine Dribbelkünste verblüfften alle und erst recht sein Rebound, mit dem er Punkte für Punkte einheimste.

„Mir gefällt Budapest wahnsinnig gut", schwärmte Norris auf einer ersten, kurzen Stadtrundfahrt. Der berühmte Blick vom Gellert-Berg auf die Burg, die Donau und auf den alten Ortsteil Pest fesselten ihn. Auch eine etwas spartanische Unterkunft nimmt er gelassen hin. Untergebracht wurde er in einem Internat der Technischen Universität auf der Sztoczek-Straße im elften Bezirk. Dafür wohnt er dort in einer ruhigen Nebenstraße nahe der Donau. Ende des Monats wird ihm über die Reisegesellschaft Ibusz eine Wohnung zugeteilt.

Inzwischen ist der Basketball-Star bereits an der Technischen Universität in Budapest eingeschrieben. Aber nur der Form halber, damit er auch wirklich spielberechtigt für MAFC ist. Denn der 28jährige Norris hat sein Studium schon längst abgeschlossen. Seit Jahren ist er ausgebildeter Sportlehrer.

Basketball war schon immer sein Leben. Als Schulbub interessierten ihn weniger Rechnen und Schreiben als vielmehr der Sport, mit dem er später sein Geld verdienen wollte. Seine beiden erfolgreichsten Jahre absolvierte er 1981 und 1982 bei den San Antonio Spurs. Danach gab er ein lukratives Gastspiel in Italien, wurde von einem neuen Angebot in die USA zurückgelockt, ehe er jetzt Dollar in Ungarn verdient.

„Ich will vor allem auch die Gewohnheiten der Ungarn ein wenig kennenlernen. Die ersten Eindrücke sind hervorragend. Die Leute sind wahnsinnig nett", meinte Silvester Norris, der bereits einige gute Restaurants ausfindig gemacht hat. Er genießt, so weit möglich, das Leben in Budapest, dort, wo der Osten noch am westlichsten ist.

Gestern flog Silvester Norris mit seinem neuen Klub zu einer Gastspielreise nach Italien. Die Mannschaft soll zusammenwachsen, damit sie für den Korac-Pokal eingespielt ist. Greg Trapp soll sich von der nächsten Woche an ebenfalls möglichst schnell in den Studentenklub einspielen.

Trapp und Silvester werden übrigens kaum ein Einzelfall von West-Legionären in Ungarn bleiben. Auch der Klub Csepel bewirbt sich bereits um ausländische Basketballspieler. Doch in diesem Jahr müßte MAFC unangefochten Staatsmeister werden. Der große Konkurrent Honved, der Militärklub von Budapest, wird wohl vom Thron gestoßen.

STAND ● PUNKT

Der smarte Herr Dr.

Kennen Sie Dr. Manfred Ritzdorf aus Roesdorf? Ist auch nicht nötig. Er ist zwar Bundestrainer der deutschen Hochspringerinnen, doch wahrscheinlich nicht mehr lange. Ende des Monats findet in Dortmund die Trainertagung statt, und da wird wohl für den smarten Ritzdorf das Aus kommen.

Denn der Mann ist ein Ärgernis. Pädagogisch unbegabt und fachlich unbeleckt, hat er das Erbe Ulrike Meyfarths in kürzester Zeit heruntergewirtschaftet. Der Hochsprung ist die Schwachstelle der deutschen Frauen-Leichtathletik. Wer ihm das zu sagen wagt, wer so etwas auch nur andeutet, läuft allerdings Gefahr, seinen Rechtsanwalt einschalten zu müssen. Ritzdorf, in die Enge getrieben, antwortet nicht mit Fach-Argumenten, sondern mit unfeinen Drohungen.

Nun gibt es neben Ritzdorf noch einen zweiten Trainer für die Hochspringerinnen, das ist Günther Eisinger aus Friedberg. Der kann zwar auch keine Weltrekordlerinnen aus dem Hut zaubern, doch der baut auf, nicht ab. Die Bestenlisten beweisen es. Eigentlich.

Ritzdorf möchte nämlich die Eisinger-Damen Knall auf Fall seiner Trainingsgruppe einverleiben und auf diese Weise nach Saisonschluß die Bilanzen manipulieren. Auf einen richtigen Etikettenschwindel versteht er sich also auch nicht. Aber wie gesagt, den Namen Ritzdorf sollte man sich eigentlich gar nicht erst merken.

K. Bl.

SCHACH / Dritte Partie um die WM in Moskau

Neue Taktik: Kasparow nun so vorsichtig wie Karpow

DW. **Moskau**

Die Entscheidung von Anatoli Karpow, schon nach der zweiten Partie – die Remis endete – eine Auszeit zu nehmen, kam doch recht überraschend. Denn noch nie hat jemand bei einem Weltmeisterschaftskampf so zeitig nach einer Atempause verlangt wie jetzt in Moskau der Titelverteidiger.

So wurde die dritte Partie erst am Dienstag gespielt. Auch sie endete – was ebenfalls eine kleine Überraschung ist – schon nach 20 Zügen Unentschieden. Vielleicht entschied sich der Herausforderer Garri Kasparow, der ebenso wie Karpow aus der UdSSR kommt, schon jetzt für die ruhige Verzögerungstaktik, die sich für ihn in der Schlußphase des im Frühjahr abgebrochenen ersten Wettkampfes so gelohnt hatte. Schließlich ist es jetzt der Titelverteidiger Karpow, der gemäß dem neuen Reglement unbedingt gewinnen muß, um eine Niederlage abzuwenden. Großmeister Ludek Pachmann kommentiert für die WELT die dritte Partie.

Kasparow (Weiß) – Karpow (Schwarz), Damengambit:

1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 ...

Also nicht mehr die Nimzoindische Verteidigung Sc3 Lb4, wie in der ersten Partie. Nach dem Übergang ins Damengambit wählt Kasparow im 6. Zug die Läuferabtauschvariante, die sein Gegner im ersten Wettkampf selbst zweimal benutzt hat. Auch eine taktisch-psychologische Finesse?

3. ... d5, 4.Sc3 Le7, 5.Lg5 h6, 6.Lxf6 Lxf6, 7. Db3 c6, 8.e3 ...

Viel schärfer verläuft das Spiel nach 8.0-0-0 nebst 9.e4.

8. ... Sd7, 9.Td1 0-0, 10.Ld3 b6, 11.cxd ...

Und noch ein ruhiger Zug – statt 11.e4 dxe4, 12.Lxe4 Lb7 13.0-0.

11. ... exd, 12.e4 dxe, 13.Lxe4 Tb8, 14.0-0 ...

Verschafft sich einen guten Platz für die Dame. 15.Sxb5? verliert natürlich nach a6 eine Figur.

14. ... b5, 15.Tfe1 Db6, 16.Lb1 Lb7, 17.Dc2 g6, 18.d5(!) exd(!),

Jedoch nicht Lxc3 wegen der überraschenden Wendung 19.Txe6! und gewinnt.

19.Sxd5 Lxd5, 20.Txd5 Tfd8 – Remis.

Hier hatte der Weltmeister Remis angeboten und Kasparow sofort angenommen. Einige Kommentatoren äußerten Zweifel an der Richtigkeit seiner Entscheidung, die jedoch völlig logisch war: Weiß hat nicht den Hauch einer Gewinnchance – nicht zuletzt angesichts der ungleichen Läufer. Falls 21.Dd2 so folgt Sf8, 22.Txd8 Txd8, 23.Dxb6 Lxb2, 24.h4 Lg7 usw.

Der Herausforderer Kasparow führt 2:1, die vierte Partie wird heute gespielt.

*

Am ersten Spieltag der 13. Internationalen Schach-Tage wurde lediglich eine von sechs Partien zu Ende geführt: Vlastimil Hort (CSSR) bezwang zum Auftakt den Israeli Lev Gutmann. An dem Großmeisterturnier, das bis zum 22. September dauern wird, sind Spieler aus zehn Nationen beteiligt.

KRITIK

Steuerfreies Agentensalär

Man mußte schon genau hinhören, als der Hamburger Verfassungsschutz-Präsident Lochte in **Report** (ARD) erklärte, warum Überläufer Tiedge auch ein Nachteil für die Ost-Berliner Spionage-Zentrale ist. Er meinte etwa: Weil sie wissen, daß wir wissen, daß sie alles wissen. Lochtes wichtigste Botschaft war aber der beiläufige Hinweis, daß sein Amt nicht an das Legalitätsprinzip gebunden ist: Agenten können sich ihm offenbaren, ohne daß er das der Staatsanwaltschaft melden muß.

Der Blick in die Praktiken der Geheimdienste weckte Mitleid für den Doppelagenten, der anonym interviewt wurde und 27 Monate in „DDR"-Haft gesessen hatte. Es wurde allerdings nur am Rande erwähnt, daß er während seiner Tätigkeit von Ost-Berlin insgesamt etwa 70 000 Mark steuerfrei bekommen hat. Report sagte, er habe für die „DDR" den neuen, angeblich fälschungssicheren Personalausweis ausgeforscht, und zwar in einem Einwohnermeldeamt. Dies ist nur deswegen glaubhaft, weil auch das gezeigte Loch im Eisernen Vorhang, ein Bach, der mit Gummistiefeln durchwatet wird, fast unglaublich war.

Weniger gelungen war der Beitrag über den „Oberlehrer" Vogel. Szenen, die einen Spitzenpolitiker schlecht aussehen lassen, kann das Fernsehen über jeden zusammenschneiden. Daß Vogel versuchte zu singen, darf doch an sich nichts Negatives sein. Günther von Lojewski hat eine persönliche Fehde weitergeführt. Er grüßte am Schluß als „Unterlehrer", das fing diesen Schlag unter die Gürtellinie noch ein wenig ab.

DETLEV AHLERS

Liebe und Geschäfte

„Mensch, das sind doch Kiwis": Treffender konnte der reale Sozialismus in der „DDR" kaum persifliert werden als mit der dusseligen Frage von Rosis Freundin, ob es sich denn bei den Kiwis um Stachelbeeren handle. Claus Legal verstand es wirklich vorzüglich, mit seinem Film **Treffpunkt Leipzig** (ZDF) rund um die Leipziger Messe den sozialistischen Alltag widerzuspiegeln.

Das war alles vorzüglich in Szene gesetzt. Regie führte Jürgen Klauß, der einmal mehr sein Können bei der Behandlung solcher Themen bewies. Ausgezeichnet auch die Kameraführung von Michael Steinke. Nahtlos gelangen auch die Einblendungen dokumentarischer Aufnahmen von der Leipziger Messe in das Spielgeschehen. Die Fabel vom alternden Dachrinnenfabrikanten Kohlgrub, der in seine Heimatstadt Leipzig fährt, nicht nur, um endlich zu einem guten Geschäftsabschluß zu kommen, sondern auch um seine Messe-Freundin Rosi wiederzusehen, wurde komödiantisch meisterhaft von Hans-Joachim Grietsch und Heike Schrötter dargestellt. Ein Lob verdienen auch die anderen Schauspieler, denen es sichtlich Spaß machte, an dieser deutsch-deutschen Komödie mitzustricken. Veronika Fischer trug mit ihren Songs dazu bei, Leipziger Disco-Atmosphäre zu vermitteln, die musikalisch von Peter Schirmann und Frank Bartsch aufbereitet wurde.

SIEGFRIED IHLE







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Die Marquise von O.
11.45 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
Ein alter Indianertrick
15.25 Jim Knopf und die Wilde 13
4. Teil: Von China nach Jamballa
15.55 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 ... scheibnerweise
Lieder, Szenen und Gedichte von und mit Hans Scheibner
16.55 Links und rechts vom Äquator
Geschichten und Reportagen aus aller Welt
17.30 Notruf auf 121,5
Ein regnerischer Tag – Flughafen Köln-Bonn
Für die Leute im Tower ein Tag wie jeder andere. Zwischendurch, wenn's ruhig ist, machen Klose und Werner ein paar Schachzüge. Plötzlich ertönt aus dem Lautsprecher ein Pfeifton: Ein Hilferuf auf der Notruffrequenz.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der 7. Sinn
20.18 Pro und Contra
Asylrecht verschärfen
Leitung: Emil Obermann
21.00 Junge Revue
Die Essener Diskothek „Pink Palace" ist der Austragungsort des zweiten Jugendabends des Westdeutschen Rundfunks. Elsi Gulp präsentiert die Gruppen „Working Week" und „Purple Schulz".
22.30 Tagesthemen
23.00 Die zweite Haut
Fernsehfilm von Klaus Poche
Mit Angelica Domröse, Hilmar Thate, Jana Brejchova u. a.
Regie: Frank Beyer
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Unsere Nachbarn – die Briten
Terra Inkognita – Unbekanntes Land
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tips für Aktive
Achtteilige Sendereihe für Kinder und Jugendliche. Die erste Folge berichtet über Modellflug und über Erste Hilfe.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Adieu, Herr Bock
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Mit Wim Thoelke
In Verbindung mit der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
21.00 Kinder Kinder
Familienfreizeit
21.45 heute-journal
22.05 Telemotor
Die 51. Internationale Automobil-Ausstellung in Frankfurt / Der neue Mercedes Benz 230 E
Moderation: Harry Valerien
22.50 Apropos Film
Aktuelles aus der Filmbranche
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
23.35 Mein Michael
Israelischer Spielfilm (1975)
Mit Oded Kotler, Efrat Lavie
Regie: Dan Wolman
0.55 heute

SAT 1

13.30 Kum Kum
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Siehstel
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
17.00 Kobra übernehmen Sie
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Mein Schatz ist aus Tirol
Deutscher Spielfilm (1958)
20.30 Holiday Island – Die Trauminsel
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück
21.30 APF blick
22.15 Deine Braut gehört mir
Amerikanischer Spielfilm (1978)
23.50 APF blick

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Wenn Steine reden könnten
Wiederaufbau in Warschau
22.30 An die Wand des Endlichen stoßend
Der Maler Rudolf Wacker
23.15 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.18 Karlchen
19.22 RTL-Spiel
19.30 Die Straße der Mode
20.20 RTL-Spiel
20.30 Heigewitter
22.00 RTL-Spiel
22.10 Typisch RTL
22.37 Wetter
22.40 Horoskop
22.45 Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Stadt der rauhen Männer
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Mit Randolph Scott u. a.
Regie: Edwin L. Marin
21.45 Landesspiegel
Träume von der Wirklichkeit
22.15 Hack-Mac
23.15 Kultur, Kultur – was ist das nur?
23.45 Tips für Leser
Wilhelm Reich: „Rede an den kleinen Mann"
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Formel Eins
ARD-Hitparade
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Schweden

HESSEN
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Viel Glück
Gemeinschaftsprogramm:

NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Kinder des Olymp
Französischer Spielfilm (1943/45)
Mit Arletty, Jean-Louis Barrault, Pierre Brasseur u. a.
Regie: Marcel Carné
23.10 Kultur aktuell
0.00 Nachrichten

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Bayerische Gala
Zum 70. Geburtstag von F. J. Strauß
21.05 Versuchte Bewegung
Mark A. Neal probt mit zwei Tänzern im Stuttgarter Staatstheater
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Baden-Württemberg in China
22.20 Nachrichten
22.35 Titanic – Mythos eines Alptraumschiffes
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Im Boot durch Burgund
22.35 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.50 Drehort: Mein Ort

BAYERN
19.00 Tatort
Himmelfahrt
20.30 Der Tropfenmaler
20.45 Fasten als Bekenntnis
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Lodernde Flammen
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Fred McMurray, Paulette Goddard u. a.
Regie: Harold Shumate
23.15 Jazz um Mitternacht
0.00 Rundschau

Dann malt er auch ...

PHG – Wer hat denn behauptet, diesen Berliner Festwochen fehle das tragende Leitmotiv? Sie haben ja eines, sogar ein höchst vernehmliches und personifiziertes obendrein. Es heißt Dietrich Fischer-Dieskau und ist in diesem vorwiegend musikalischen Festival vielfach gegenwärtig. Vielseitigkeit ist dem Sänger, Dirigenten, Pianisten, Wissenschaftler, Lehrer und Autor schon reichlich nachgerühmt worden. Und jetzt, endlich, stellt er sich uns auch als Maler vor.

Die Festwochen haben es sich nicht nehmen lassen, Fischer-Dieskaus Bilder aus mehreren Jahrzehnten in ihrer Galerie an der Gedächtniskirche (bis 20. Okt.) auszustellen. Zur Eröffnung verlautbarte der Kultursenator viel Freundliches, Intendant Eckhardt spürte eine „glückliche Stunde", und so manche Verehrerin des Künstlers drückte auf den privaten Auslöser, um ihrerseits wenn schon kein Bild, so doch ein Abbild des Meisters nach Hause tragen zu können.

Fischer-Dieskau verwechselt die Medien nicht. Malend sucht er keinen Musikersatz. Er sieht sich als Freund und Diener der Farbe. Seine Bilder, sagt er uns, sollen eine „leise, stille Sprache sprechen". Ein Vielseitiger auch hier. Er probiert alle Farben und Techniken, versucht sich mit Acryl und Öl, Tempera und Aquarell, Dispersion und Tusche. Die flockig leuchtende Impression einer Landschaft auf der einen Seite und auf der anderen die harte und expressive Deutung des Gesichts von Richard Löwenthal.

Vor allem aber dient die malerische Tätigkeit wohl auch der Frage nach den Bildern aus unterbewußter Erfahrung. So haben viele der Arbeiten auch eine surreale Ausstrahlung. Besonders das tragisch alptraumhafte „Lear"-Bild, mit dem Fischer-Dieskau dann doch einmal konkret Bezug auf seinen Erstberuf nimmt.

Insgesamt freilich sind dies Zeugnisse eines privaten Tuns. Die Freunde des Sängers werden sie mit Sympathie beschauen. Es ist ein Ereignis, weniger der großen Kunst als einem sehr großen Künstler geweiht. Man wird ihm weiterhin mit Bewunderung lauschen. Und dabei wissen: Wenn er Zeit hat, malt er auch.

Catalanis „Dejanice"

Karthager in den Bädern von Lucca

Mit einer musikalisch und szenisch gelungenen Aufführung der Oper „Dejanice" im traditionsreichen Teatro del Giglio feierte Lucca seinen Ehrenbürger, den 1854 geborenen Komponisten Alfredo Catalani. Vier Jahre älter als der gleichfalls aus Lucca stammende Puccini, besuchten beide zuerst das Konservatorium ihrer Heimatstadt und später das von Mailand. Dann aber trennten sich ihre Wege. Sensibel und introvertiert – er starb mit 39 Jahren an Schwindsucht – blieb Catalani sein ganzes Leben lang im Schatten des erfolgreicheren Puccini, obwohl ihm Arturo Toscanini als Förderer und Freund bis zuletzt zur Seite stand.

Gelegentlich begegnet man noch seinen Opern „La Wally" und „Loreley", während seine ersten drei Werke, „La Falce", „Elda" und „Dejanice", total in Vergessenheit gerieten. Die Handlung von „Dejanice" spielt in Syrakus zur Zeit der karthagischen Feldzüge gegen die Römer, und das Thema ist der Kontrast zwischen „reiner" und sündiger Liebe. Admeto, heldenhafter Korsar, hat Syrakus von Karthagern befreit und wird von zwei Frauen geliebt: Argelia, der Tochter des Tribunen Dardano, und Dejanice, einer verführerischen Hetäre.

Catalanis Librettist Zanardini hat die im Sujet angedeuteten Möglichkeiten zur Tragödie bei weitem nicht ausgeschöpft. Der Komponist, ein glühender Verehrer Wagners, schuf eine Choroper mit gewaltigen, strömenden Melodien und vom Orchester untermalten dramatischen Rezitativen. Es gibt Massenszenen, glänzende Festakte, viel Bewegung, Bravour-Arien und zwei leidenschaftliche Duette.

Die gelungene Inszenierung (Aldo Trionfo) bestach durch reiche, geschmackvolle Bühnenbilder (Giorgio Panni) und sehr farbenfreudige Kostüme (Daniela Vitali). Musiziert wurde mit Elan (Jan Latham König), die gesanglichen Leistungen hatten Niveau. Die junge Carla Basto, im letzten Moment als Dejanice eingesprungen, bewies große Courage. Obwohl ihre Stimme – die Partie wie für alle Catalani-Heroinen für einen dramatischen Sopran geschrieben – etwas zu lyrisch ist, meisterte sie die Rolle bravourös. Die engelsgleiche Argelia sang die Sopranistin Maria Luisa Garbato. Auftrumpfender Admeto war der strahlkräftige Ottavio Garaventa. Bariton Rene Massis (Dardano) und Baß Carlo Jardo (Labdaco) vervollständigten das Ensemble.

CHRISTINA MAI

Zum ARD-Fest in Berlin: Brauchen wir wirklich acht Rundfunkorchester?

Sie sind zu Qualität verurteilt

In der Berliner Philharmonie findet in diesen Tagen das „Orchesterfest der ARD" statt: eine Serie von Konzerten mit allen acht Rundfunk-Sinfonieorchestern der Bundesrepublik. Unter ihren Chefdirigenten präsentieren sie moderne Werke sowie Großwerke des klassisch-romantischen Repertoires.

Dieses Orchesterfest im „Europäischen Jahr der Musik" demonstriert der Öffentlichkeit eine Musikkultur, die in unserem Lande eine große Bedeutung hat. Eine solche Darstellung des derzeitigen Leistungsvermögens dieser Ensembles sollte aber auch Anlaß sein, über ihre gewandelte Funktion nachzudenken.

Die Orchester und Chöre der deutschen Rundfunkanstalten haben von Beginn an das Programm maßgebend geprägt und damit wesentliche Informationen über Entwicklungen sowohl im Bereich der Musikliteratur wie auch im Bereich der Interpretation gegeben. Dennoch kann man nicht nur allein mit Programmüberlegungen für ihr Weiterbestehen argumentieren, sondern man muß dies auch durch die nationale und internationale Repräsentanz untermauern.

Dafür spricht schon die Tatsache, daß die technische Entwicklung heute Aufnahmen ermöglicht, die in ihrer Perfektion früher so nicht möglich waren; war man doch in den Entwicklungsjahren des Rundfunks gezwungen, sozusagen alles live zu senden. Das heißt mit anderen Worten, daß damals rundfunkeigene Klangkörper zwingend notwendig waren. In der heutigen permanenten Medienauseinandersetzung wird zwar viel über Programminhalte und vor allem über deren Einschaltquoten diskutiert, weniger leider über das, was man unabhängig vom Zeitgeschmack als maßstabbildend bezeichnen sollte.

Es dürfte unbestritten sein, daß die Musik zu einem „wesentlichen Lebensbereich" gehört und daß die Begriffe „Bildung und Unterhaltung" Faktoren von kultureller Bedeutung sind, wie es etwa im Staatsvertrag über den NDR unter dem Stichwort „Programmauftrag" angesprochen wird. Der Rundfunk soll also vertiefte Information, konzentriertes Wissen sowie künstlerische und geistige Ereignisse vermitteln.

All dies hat natürlich auch eine Reihe von Aspekten, die sich künstlerisch, musikhistorisch und auch finanziell beleuchten lassen. Der künstlerische Aspekt sieht die Rundfunkorchester in Konkurrenz zu Ensembles anderer Trägerschaften, zu den ständig neuen Produkten der Schallplattenindustrie und in Konkurrenz untereinander.

Dadurch aber, daß sich die Tätigkeiten der Rundfunkorchester nicht am Musikmarkt orientieren müssen, unterscheiden sie sich in dem, was sie produzieren, sehr wesentlich von anderen musikalischen Organismen. Der Programmdirektor des RIAS, Herbert Kundler, schreibt in seinem Beitrag zum Magazin dieser 35. Berliner Festwochen, daß die Dokumentation des Deutschen Musikrates über die neue Musik seit 1945 nie zustande gekommen wäre, wenn nicht der Rundfunk mit seinen Orchestern diese Musik aufgeführt und eingespielt hätte. Die Verdienste des Rundfunks um die neue Musik sind historisch. Wer wollte das leugnen?

Aber auch die Einspielungen von Literatur, die sozusagen nicht „am Markt" ist, gehören zu den Pflichten der Rundfunkorchester. Ebenso die Förderung von Dirigenten und Solisten, die noch nicht so berühmt sind, daß die Schallplattenindustrie sich um sie reißt. In diesem Sinne ergibt sich auch eine große Nähe zu den musikalischen Ausbildungsanstalten oder aber zu dem so erfolgreichen Wettbewerb „Jugend musiziert", der im Zusammenklang mit anderen Einrichtungen dieser Art eine ganz ungewöhnliche musikalische Leistungssteigerung ergeben hat.

Daß die Förderung junger Musiker, die Mitwirkung bei regionalen und überregionalen Festivals und die Vergabe von Kompositionsaufträgen einer großen Öffentlichkeit nicht immer signifikant dargestellt werden können, ändert nichts an deren künstlerischer Bedeutung. Ich möchte in diesem Zusammenhang eigentlich gerne den Begriff „Minderheit" vermeiden, aber ein großer Teil der im Rundfunk produzierten und dargestellten Kunstwerke ist dazu verurteilt, zunächst in seiner echten Qualität nur einer Minderheit aufzufallen.

Die musikhistorischen Ergebnisse des Wirkens der Rundfunkorchester dokumentieren sich seit der Erfindung von Schallplatte und Magnetophon sowohl durch die eingespielte Literatur als auch durch den dabei erkennbaren Wandel der Interpretationen. Gerade weil die Arbeit der Radio-Sinfonieorchester in starkem Maße von zukunftsorientierter Sensibilität geprägt wurde, hat sie diese historisch meßbaren Leistungen erbracht. Bei allen möglichen heterogenen Überlegungen, die einer permanenten Diskussion – etwa was die Präsentation in Rundfunk und Fernsehen angeht – bedürfen, macht uns das ständig neuen Mut für die zukünftige Arbeit.

Die finanzielle Seite wird in unseren Tagen, stimuliert durch private Konkurrenz, in die Diskussion eingebracht. Dabei gilt es zunächst einmal, zwischen vernünftigen und böswilligen Überlegungen zu unterscheiden. Die ARD beschäftigt in ihren Ensembles zur Zeit 1333 Musiker in Festanstellung. Sie ist damit der größte Arbeitgeber der Welt im Musikbereich. Man kann es der ARD gar nicht hoch genug anrechnen, daß sie diesen riesigen Kulturfaktor finanziert.

Es ist selbstverständlich, daß bei der Auswahl der Musiker höchste künstlerische Kriterien gelten, und damit liegt auf der Hand, daß diese Musiker hervorragend zu bezahlen sind. Durch die hohen Sollstärken unserer Orchester wird zugleich eine ungewöhnlich günstige künstlerische Grundlage gewährleistet. Es sei der Hinweis erlaubt, daß die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten seit dem Neubeginn 1945 Aufwendungen in Milliardenhöhe für die Pflege der Musik ausgegeben haben. Diese Aufwendungen müssen selbstverständlich einer korrekten Kontrolle unterzogen werden. Diese darf aber nur unter der Maßgabe erfolgen, daß künstlerische Überlegungen und im Zusammenhang damit spezifische Arbeitsbedingungen für den Musiker anerkannt und respektiert werden. Polemische Artikulationen über das Finanzgebaren der ARD sind hier wenig hilfreich.

Da ich zu jenen gehöre, die der Entwicklung und dem Aufbau privatwirtschaftlich orientierter neuer Medien positiv gegenüberstehen, glaube ich auch an eine gute Zukunft der Radio-Sinfonieorchester. Auf der Generalversammlung des Deutschen Musikrates in Bonn sagte vor Jahresfrist der Bundestagsabgeordnete Freimut Duwe: „Die Auswirkungen der neue Medien auf den künstlerischen Bereich, speziell der Musik, werden letztendlich zu einer ‚Playback-Musikkultur' führen, wenn nicht Gegenmaßnahmen ergriffen werden." Gegen diese Art von Pessimismus muß man offensiv vorgehen. Das Berliner Orchesterfest der ARD ist eine Äußerung solchen künstlerischen Geistes.

Bei allen Erscheinungsbildern des gegenwärtigen medien- und kulturpolitischen Kräftespiels sind wir als Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verpflichtet, künstlerische Tradition in bestem Sinne konservativ zu pflegen und damit zugleich für die Zukunft eine qualitätsbezogene Progressivität zu entwikkeln. Jede mögliche Kooperation, auch mit privaten Veranstaltern, mag dazu dienlich sein.

UWE RÖHL

Prof. Uwe Röhl ist Leiter der Hauptabteilung Musik beim NDR.

Saisonstart in Bonn: Peter Eschberg inszeniert O'Neills „Fast ein Poet"

Unter ihnen, doch nicht von ihrer Art

Im Programmheft ist zitiert, was Eugene O'Neill über das Tragische gedacht hat: „Es ist nur das heutige Tagesurteil, daß das Tragische ‚Unglück' bedeute." Auf der Bühne der Bonner Kammerspiele, wo Schauspielchef Peter Eschberg O'Neills Schauspiel „Fast ein Poet" inszenierte, sah man davon freilich eher das besagte „Tagesurteil". Ein düsteres Spiel der Verdrängungen, der Lebenslügen, des unschönen Scheins. Poesie als Lüge – darin sieht man, wie weit es mit uns gekommen ist.

O'Neills Schauspiel, 1936 geschrieben, aber erst 1957 (in Stockholm) uraufgeführt, ist so eindimensional nicht, wie es in Bonn – modern! – aufgefaßt wird. Der frühere Major und jetzige heruntergekommene Kneipenbesitzer Cornelius Melody träumt sich natürlich auch im Stück in eine glorifizierte Vergangenheit zurück. Er erinnert sich und seine Umwelt permanent daran, daß er auf einem Schloß aufgewachsen ist. Aber er sagt nicht, daß sein Vater gleichfalls nur Kneipenbesitzer war, der sich das Schloß auf höchst undurchsichtige Weise ergaunert hatte. Major Melody erinnert sich bestens an seine Heldentaten in der Schlacht von Talavera. Aber er sagt uns kaum etwas darüber, warum er die Armee verlassen mußte.

Diese Glorifizierungen dienen selbstverständlich auch dazu, seine desolate Gegenwartssituation mit der Sonne des Gestern zu erhellen. Aber – und das macht die Brisanz des Stükkes aus – hier handelt es sich nicht nur um die übliche Verdrängungs- und Kompensationsproblematik. O'Neill will ja nicht Sigmund Freud illustrieren. Major Melody ist ja „fast ein Poet" – ein Dichter des Lebens. Seine Werke finden nicht in zwei Buchdeckeln Platz, sondern in der Schankstube. Seine Leser sind keine schmalbrüstigen Intellektuellen, sondern gestandene Saufaus-Gestalten und heruntergekommene Schleimer. Kaum einer versteht diese Werke, mit Ausnahme vielleicht seiner Frau, die dafür aber auch noch manchen Fußtritt einstecken muß. Dieser Major Melody ist ein Einsamer, wie Lord Byron, dessen Meinung über die Masse Mensch er ständig im Munde führt: „Wohl stand ich mitten unter ihnen, doch nicht von ihrer Art."

In Bonn spielt Heinz Baumann den Major Melody. Aber in einer falschen Melodie. Er spielt ihn ohne Glanz, ein großmäuliger Lügner, ein Haustyrann, ein Versager und Lamentierer. Und er spielt ihn damit an der Tragödie vorbei. Denn wenn der Major am Ende, gezwungen durch eine gnadenlose Umwelt, von seinen Poesien abläßt, dann bedeutet das eigentlich: Absturz in die Realität. In Bonn aber, wo Eschberg sich mit dem Psychologischen zufrieden gibt, bekommt das nicht genug Fallhöhe, um tragisch zu werden. Es ist kein Fall, sondern ein Ausgleiten im vollends Banalen.

Entsprechend verlieren die Reaktionen von Tochter und Frau ihr Maß. Tochter Sara hat das ganze Stück lang gefordert, ihr Vater möge endlich aus seinen Träumen aufwachen. Nun beklagt sie dieses Erwachen. Warum? Alberta Schatz – drei Akte lang ein Gegenpol, geradlinig und nicht ohne Jung-Mädchen-Charme – verliert plötzlich ihre Eindringlichkeit. Die Erkenntnis, daß die Träume die Größe ihres Vaters ausmachen, ist in Eschbergs Inszenierung zur Alternative Lügner, Armleuchter heruntergekommen. Desgleichen Sieglinde Geiger als Ehefrau Nora: Ihre Kraft erlischt ohne Grund. Das ist keine Tragik.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Werner Schmalenbach 65

Werner Schmalenbach, der Leiter der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, wird heute 65. Geburtstagsfeiern an der ominösen Altersgrenze haben in der Regel den bedauernden Beiklang von Abschied und Rückblick. Das ist hier nicht der Fall, hier wurde rechtzeitig vorgesorgt. Das Land hat den Vertrag mit seinem erfolgreichen Museumsdirektor um fünf Jahre verlängert. An Abschied ist also vor 1990 nicht zu denken, und im nächsten Frühjahr zieht der Hausherr vom Jägerhof mit seinen Schätzen zunächst einmal in die neue Landesgalerie am Grabbeplatz um. Somit ist auch für Rückblicke jetzt nicht die Zeit.

Doch sei es erlaubt, rückblickend auf die beispiellose Leistung Werner Schmalenbachs zu verweisen, der buchstäblich aus dem Nichts in zwei Jahrzehnten ein kosmopolitisches Kunstmuseum aufgebaut hat, das sich mit den ersten Instituten der Welt messen kann. Er hatte es nicht nötig, aus Geldmangel Avantgardisten zu sammeln. Auch widerspräche das seiner Auffassung vom Museum und dessen Aufgaben. Für ihn ist und bleibt das Museum ein „Ort der Dauer" und nicht der Aktualität, des Experiments, der Edukation. Zu den Kriterien seiner Auswahl zählt die „Museumsreife" eines Kunstwerks. Er sammelt nicht „historisch", nicht nach „Richtungen" oder „Progressivität", sondern individuelle Kunstwerke von eindeutigem Rang und eigenem Gesicht. Im Zentrum steht der Qualitätsbegriff.

Er ist ein begehrter, druckreif formulierender Redner, ein gesuchter Vorwortschreiber, ein fleißiger Kunstschriftsteller – der sich in jüngeren Jahren übrigens als Filmpublizist einen Namen gemacht hat. Durch alles, was er sagt und schreibt, ziehen sich wie ein roter Faden der Qualitätsgedanke und das Reizwort vom elitären Kunstwerk, vom „elitären Ort des Museums", das allerdings relativiert wird durch Schmalenbachs Formel: „So elitär wie möglich, soweit es sich auf die Kunst bezieht; so unelitär wie möglich, soweit es sich auf die Allgemeinheit bezieht."

EO PLUNIEN



„So elitär wie möglich": Werner Schmalenbach, Leiter der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen FOTO: GERD LUDWIG / VISUM



Matisse und Dufy lassen grüßen: David Hockneys Bühnenbild für Poulencs „Les mamelles de Tiresias" an der New Yorker Met, aus der Londoner Ausstellung FOTO: HAYWARD GALLERY

London zeigt D. Hockneys Arbeiten fürs Theater

Ein Tanz der Frösche

Seine Lust am Theaterspiel trägt er am Leibe. „In seinen besten Tagen", so wird ihm aus Museumskreisen bescheinigt, „ist Hockney selbst eine wandelnde Collage." Da kann er in gestreiften Hosen mit roten Hosenträgern auftreten, und neongelb und blau leuchtet der Schlips auf weißem Hemd. Mit rot-weißer Baseballkappe krönt er den strohgelb gefärbten Schopf. Ein Brillenglas ist in Metall, das zweite in Horn gefaßt.

Daß David Hockney diese Lust auch sichtlich in seine Arbeiten für die Bühne strömen ließ, macht die jetzige Ausstellung in der Londonder Hayward Gallery wohl konkurrenzlos zur heitersten, vergnüglichsten und unterhaltendsten Schau dieses Jahres. Von ihrer Tournee in Amerika sind seine Zeichnungen, Bilder, Grafiken, Modelle und großen Bühnenszenerien für eine einmalige Station nach Europa herübergekommen. Gezeigt wird in ihnen, was der heute 48jährige Engländer mit Hauptwohnsitz Los Angeles für englische und New Yorker Inszenierungen kreiert hat.

Doch mehr als das: So inspiriert wurde Hockney von der Aussicht auf diese Schau, daß er die Bühnentableaus neu für die nahe Inspektion der Betrachter abgewandelt hat. Sänger, Tänzer und Schauspieler hat er mit Pappfiguren wirkungsvoll ersetzt – seine ersten Skulpturen – und mit in strahlende Farben getunktem Besen Riesenleinwände eigenhändig neu bearbeitet. Selbst an eine prosaische Museumswand schwappte seine Verzauberungswut. Biegt man um eine dunkle Ecke in der Hayward Gallery, so findet man sich plötzlich vis-à-vis einer verdunkelten Proszeniumsloge, gefüllt mit erwartungsvoll glühenden Augen.

Der Enthusiasmus für die Bühne kam für das britische Pop-Wunderkind der sechziger Jahre gerade zur rechten Zeit. Er stellte fest, daß er sich im Zeichnen und Malen akademisch perfekter Portraits festgefahren hatte. Da kam 1974 der Auftrag von Glyndebourne, Englands exklusiver Festspielbühne, die Bühnenbilder für Igor Strawinskys „The Rake's Progress" zu schaffen. An einschlägigen Erfahrungen konnte Hockney bis dahin nur seine Ausstattung von Jarrys surrealistischem Stück „Ubu Roi" für ein Londoner Avantgardetheater vorweisen.

Umrieselt von Strawinskys Musik verfolgt man jetzt in London des Wüstlings Schicksal an zwei Schlüsselszenen. Hockney hat sich hier, wie schon Strawinskys Librettisten, von Grafiken seines barocken Landsmannes Hogarth inspirieren lassen. So ist die Bühne samt aller Objekte und Personen gänzlich schraffiert und nur hier und da farblich eingetönt. Für die Figuren ersann der Künstler dabei eine Art plastischen Kubismus. Auf schaumgefüllte Platten aufgemalt, verändern sie sich beim Umschreiten. Ein griesgrämig dastehender Kerl beugt sich da zum Beispiel plötzlich aus steifer Taille nach vorne und bläst die Backen auf.

Nach diesem grafischen Bravourstück öffnet Hockney für seine nächsten Bühnenarbeiten alle Schleusen für die Farben. In seiner „Zauberflöte" – ebenfalls für Glyndebourne drei Jahre später produziert – leuchten Berge juwelenblau und rosa Pyramiden im hellen Wüstensand. Die italienische Frührenaissance stand hier Pate, magisch ausgeleuchtet, wie überhaupt das Bühnenlicht in dieser Ausstellung eine Hauptrolle spielt.

Für das New Yorker Metropolitan-Opernhaus hat Hockney für Poulencs Musiktheater „Les mamelles de Tiresias" eine südfranzösische Hafenszene gebaut, aus der Matisse und Dufy grüßen lassen. Traumhaft dunkel wird es hingegen bei Ravels „L'enfant et les sortilèges": Hier schrumpft man unversehens auf Kindergröße, betritt leibhaftig den nächtlichen Garten und sieht die Fledermäuse, Frösche und Insekten auf tiefblauem Nachthimmel um sich tanzen.

Strawinskys Musik hat Hockney, der sich selten während der Arbeit von seinem Sony-Walkman trennte, noch einmal mit Elan in Farben übersetzt. Kräftig stilisiert tanzen sie im „Sacre du printemps", den der Engländer ebenso wie die folgenden Einakter für die New Yorker Met geschaffen hat. „Ödipus Rex" erscheint mit den tonigen Erdfarben Kretas. Die letzte große Bühnenszene aber, „Die Nachtigall", ist in magisches Blau-Weiß getaucht wie altes chinesisches Porzellan.

Kein Zweifel: Hockney liefert hier das beste Gegengift gegen Londons derzeitigen Dauerregen. (Bis 29. September; Katalog 13 £.)

HEIDI BÜRKLIN

Blake Edwards' Filmkomödie „Micki and Maude"

Für Kind und Karriere

Neben seiner Frau ist er ein Zwerg. Und das nicht nur körperlich, nein, auch beruflich. Denn während der Amerikaner Rob Salinger zweitklassige Fernsehreportagen fabriziert, erklimmt sein forsches Weib Micki (Ann Reinking) mühelos den Olymp des Richterberufs. So tauscht man Streicheleinheiten bestenfalls zwischen zwei Terminen auf dem Autorücksitz. Ein Kind, „nur ein ganz kleines", wünscht sich Rob von seiner windschnittigen Superfrau, aber Nachwuchs kommt in ihrem straffen Karriereplan erst viel später vor.

Doch später ist in diesem Film „Micki and Maude" alles ganz anders. Da hat Rob längst die schüchterne Cellistin Maude (Amy Irving) kennengelernt, man hat ein bißchen geplauscht, geträumt und mit Zärtlichkeiten die Einsamkeit vertrieben. Dann der Schock: Maude erwartet ein Kind. Rob will – schweren Herzens – die Konsequenzen ziehen: Scheidung. Aber just als er todtraurig zum großen Geständnis ausholt, fällt ihm Micki strahlend ins Wort: Auch sie bekommt ein Kind und opfert die Karriere. Man sieht schon, Blake Edwards hat seinen Helden in eine teuflische Zwickmühle gesteckt. Soll er Micki oder Maude alles gestehen und so eine „seiner" Frauen oder eines seiner Kinder gefährden?

Nein, lieber riskiert er den Ritt auf der Rasierklinge. Weil Maudes Vater, ein grobschlächtiger Ringer mit goldigem Gemüt, keine halben Sachen duldet, heiratet Rob auch noch seine Geliebte Maude. Ein grandioses Drehbuch, das eine irrwitzig schnell abschnurrende Komödie geradezu erzwingt. Doch auch ein Drehbuch mit Tücken. Blake Edwards aber, der in seinen Klamotten um den Polizeitrottel Clouseau keineswegs mit derbem Schabernack knauserte, verkneift sich hier den Slapstick-Schwinger in die Magengrube.

Trotzdem funkelt sein Werk dank frechem Dialogwitz, grotesker Situationskomik und kauzigen Charakteren mit den Schmuckstücken aus Hollywoods Komödienschatulle um die Wette. In einer Welt, in der sich scheinbar honorige Senatoren als Heuchler erweisen, entpuppt sich ein vermeintlicher Schuft als guter Mensch: der Bigamist Rob Salinger.

Dudley Moore glaubt man diesen romantischen Schwärmer, diesen Goldgräber mit abgebrochenem Spaten. War Peter Sellers als Clouseau ein moderner Don Quichotte, so ist Moore hier ein – sehr amerikanischer – Parsifal, der tollpatschig dem Gral des vollkommenen Glücks nachjagt. Moore zeichnet dieses Porträt eines liebenswerten Sonderlings mit ganz feinem Strich. Wo Eddie Murphy hektisch zappelt, da genügt ihm ein gequältes Lächeln.

Gewiß, wenn Rob schließlich zwischen zwei Kreißsälen hin- und herhetzt, gleicht er einem überforderten Jongleur, der etliche Teller auf dünnen Stangen rotieren läßt. Bis alles Porzellan gleichzeitig zu Boden scheppert und seine Frauen Scherbengericht halten. Doch keine Angst, Edwards schlägt auch zum Schluß den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit ein geniales Schnippchen.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

„Guernica"-Teppich für die UNO

dpa, New York

Ein Wandteppich nach Pablo Picassos „Guernica" wird demnächst eine Außenwand des Saals des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im UNO-Hauptquartier in New York schmücken. Der 3 x 6,7 Meter große Wandteppich, dessen Herstellung von Picasso selbst beaufsichtigt worden war, ist eine Leihgabe der Witwe von Nelson A. Rockefeller. Das Kunstwerk soll fünf Jahre in der UNO bleiben.

Die „Wien-Film" wird nun aufgelöst

dpa, Wien

Die Produktionsfirma Wien-Film, die mit Streifen von G. W. Papst, Karl Hartl, Willy Forst und anderen Filmgeschichte gemacht hat, wird aufgelöst. Das im Staatsbesitz befindliche Unternehmen hat nach Angaben des österreichischen Finanzministers Franz Vranitzky in den vergangenen zehn Jahren Verluste in Höhe von mehr als 50 Millionen Mark gemacht.

„DDR"-Pen-Zentrum wählt W. Kaufmann

dpa, Berlin

Der bisherige Generalsekretär des Pen-Zentrums „DDR", Henryk Keisch, hat seinen Rücktritt erklärt. Wie die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN meldete, gab Keisch bei einer Sitzung des Präsidiums für seinen Schritt gesundheitliche Gründe an. Er war seit 1974 Generalsekretär des Pen-Zentrums der „DDR". Zu seinem Nachfolger sei einstimmig der Schriftsteller Walter Kaufmann berufen worden. Kaufmann, Jahrgang 1924, veröffentlichte seit 1948 Romane und Erzählungen, darunter „Stimmen im Sturm" und „Drei Reisen ins gelobte Land".

Ionesco erhält den Ingersoll-Preis

AP, Chicago

Eugen Ionesco erhält den T.-S.-Eliot-Preis der amerikanischen Ingersoll-Stiftung. Mit dem „Richard-M.-Weaver-Preis" soll der amerikanische Historiker Robert Nisbet geehrt werden. Die Preise, die mit jeweils 15 000 $ dotiert sind, sollen am 22. November in Chicago überreicht werden.

Erster Preis im Fach Schlagzeug

dpa, München

Den ersten Preis (12 000 Mark) beim 34. Internationalen Musikwettbewerb der ARD hat im Fach Schlagzeug der Nürnberger Peter Sadlo gewonnen. Zwei dritten Preise von je 7000 Mark fielen an Michael Ort aus Herzogenaurach und Markus Christopher Lutz aus Racine (Wisconsin/USA).

John Enders tot

DW. New York

Der amerikanische Virologe John F. Enders ist 88jährig gestorben. Für seine Arbeit an der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Polio hatte Enders 1954 den Medizin-Nobelpreis erhalten. Später widmete sich Enders vor allem der Erforschung der Rötel-Schutzimpfung.

Antonino Votto †

DW. Mailand

Der Dirigent Antonino Votto, der seit über einem halben Jahrhundert zu den Stützen der Mailänder Scala zählte, ist jetzt im Alter von 88 Jahren in Mailand gestorben. Votto hatte als junger Dirigent noch den Segen Toscaninis erhalten, als dessen Assistent er an der Scala begann. Seitdem arbeitete er mit allen Sängern zusammen, die Rang und Namen in der Welt der Oper hatten. Vottos Wirken ist auf zahllosen Schallplatten verewigt. Zu seinen Schülern am Conservatorio G. Verdi, dessen Lehrstuhl für Dirigieren er über 40 Jahre innehatte, gehören Riccardo Muti und Claudio Abbado.

Eklat auf Moskauer Buchmesse

DW. Moskau

Mehr als 30 britische Titel sind auf der Internationalen Buchmesse in Moskau „verschwunden". Offiziell sind nur zwei der Werke „zwecks eingehenderer Analyse" beschlagnahmt worden, darunter „1984" von George Orwell. Für das Abhandenkommen der restlichen Bücher haben die Veranstalter nur die Erklärung, die Bände seien vermutlich gestohlen worden.

Der britische Verlegerverband ist dagegen sicher, daß auch diese Titel konfisziert worden sind. Delegationsleiter Tony Reed weist darauf hin, daß es auf dem Messegelände von KGB-Beamten in Zivil wimmelt und daß die Bücher bereits vor der Öffnung der Messe für den Publikumsverkehr vermißt wurden. Zu den Werken, für deren Verschwinden es keine befriedigende Erklärung gibt, gehört der Zukunftsroman „2010, Space Odyssee II" von Arthur C. Clarke.

„Wir sind wütend über diesen unprovozierten Zensurversuch", erklärte ein Sprecher am britischen Stand. „Wir hatten vorher eine Aufstellung aller Bücher eingereicht, die wir zu zeigen beabsichtigten, und keine Einwände erhalten." Mehr als 100 Länder stellen auf der bisher größten Moskauer Buchmesse aus, einschließlich der Vereinigten Staaten. Mit Ausnahme der britischen Teilnehmer hat es bisher keine Klagen eines Verlages gegeben.

Berufsverbot für Tierarzt

rev. Münster

In einem weiteren Fall von Kälbermast mit unerlaubten Hormonpräparaten hat die 11. Große Strafkammer des Landgerichts Münster jetzt einen 41jährigen Tierarzt aus Coesfeld im Münsterland zu zwei Jahren Haft mit Bewährung und drei Jahren Berufsverbot verurteilt. Zudem wurde der Tiermediziner des Meineides in Vorermittlungen gegen Pharmahändler für schuldig befunden.

Nach Erkenntnissen des Gerichts hatte der Tierarzt mehr als drei Jahre in Zusammenarbeit mit dem einschlägigen Großhandel für 240 000 Mark verbotene Dopingmittel verabreicht. Bei monatlich 1000 Mark Provision als „Mittelsmann" hatte er für Kälber, Schweine und auch Hühner Antibiotika und Hormonpräparate, die das Wachstum und die Fleischproduktion fördern, in landwirtschaftlichen Betrieben gespritzt. Diese Mittel sind jedoch gesetzlich verboten, weil sie als Rückstand im Fleisch unter anderem krebsfördernd sein können. Nach zwei Prozessen im Vorjahr in Niedersachsen und dieser Verhandlung in Münster müssen sich demnächst allein in Nordrhein-Westfalen 18 weitere Tiermediziner und Großhändler verantworten.

Der sogenannte „Kälberskandal", in dem die Landeskriminalämter von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen seit Jahren tätig sind, war erst in der vergangenen Woche wieder aktuell geworden, als im Grenzgebiet in der Grafschaft Bentheim ein illegaler Handel mit derartigen Präparaten geplatzt war: 1500 so behandelte Tiere waren beschlagnahmt worden, fast 700 mußte man notschlachten. Die Medikamente stammten nach Polizeirecherchen aus illegal arbeitenden „Kellerfirmen" in den Niederlanden.

Behörden in Oldenburg und Hannover waren auf einen „Futtermittelberater" aufmerksam geworden, der nicht nur die Produkte eines niederländischen Viehfutter-Konzerns vertrieb, sondern zugleich bäuerliche Abnehmer als „Lohnmäster" für seinen Auftraggeber verpflichtete: Der Konzern mietet die Stallflächen auf den Höfen, stellt seine Jungtiere ein und übernimmt nach der Mast deren Vermarktung, womit der Landwirt ertragsabhängig ist.

Auf immer mehr Leichtsinnige lauert am Berg der Tod

Von WALTER H. RUEB

Mehrere Wochen vor Ende des Sommers und damit erst in der Mitte der Saison für Gipfelstürmer schlagen Alpenvereine, Bergführer, Polizei und Rettungsdienste Alarm: Die Zahl der Bergtoten übertrifft alle bisherigen Rekorde.

Am französischen Montblanc, mit 4807 Metern Europas höchster Berg, fanden allein in den Ferienmonaten Juli und August 29 Menschen den Tod; 117 wurden verletzt, zwei sind vermißt. Auch das 4478 Meter hohe Matterhorn im Schweizer Kanton Wallis, das an schönen Tagen von 300 Bergsteigern aus aller Welt gestürmt wird, war in den zurückliegenden Wochen wiederholt in den Schlagzeilen – stets ging es um Todesstürze und dramatische Rettungsaktionen.

Die genaue Zahl der Bergtoten gibt die Walliser Polizei zwar erst nach der Sommersaison bekannt, doch steht bereits jetzt fest, daß sie auch in diesem Jahr wieder über jener der Verkehrsopfer liegt.

In den letzten Jahren hat sich insbesondere der Montblanc zu einem „Todesberg" entwickelt. Der Grund: Auf seinen Aufstiegsrouten wird das Gedränge immer größer, vielfach herrscht beim Aufstieg „stehender Verkehr". Im Hochsommer drängt es selbst Japaner und Amerikaner, den „Berg der Berge" zu erklimmen. Er ist alpinistisch zwar nicht schwierig, doch erfordert ein Sieg über den Montblanc eine erstklassige Kondition. Über 4000 Meter ist die Luft dünn, da werden körperliche Anstrengungen selbst für Hochtrainierte zu einer fast unerträglichen Qual.

Den Anforderungen sind denn auch längst nicht alle gewachsen, die den „Prestige-Berg" erklimmen wollen. Den einen ereilt der Herztod, bei manchen nimmt der Gleichgewichtssinn im gleichen Maße ab wie die Kraft, viele wollen „lieber sterben als aufgeben", und immer wieder werden Konditionsschwache nach zu langem Aufenthalt am Berg das Opfer unerwarteter Wetterstürze.

Über die Gründe für die hohe Zahl von Todesopfern in den Bergen gehen die Meinungen auseinander. In Frankreich wurden mangelnde Vorsicht und technisches Versagen bei 80 Prozent aller tödlichen Unfälle als Ursachen ermittelt. In der Schweiz hat man die Todesursachen am Berg 1984 aufgeschlüsselt: Von 166 Bergtoten stürzten 28 auf harmlosen Alpwiesen und Geröllhalden in den Tod, 21 in Felswänden und auf Graten, 19 auf Schnee und Eis, neun beim Blumenpflücken und auf der Pilzsuche. Neun Bergfreunde verschwanden in Gletscherspalten, 36 fanden den Tod in Lawinen, und 30 Personen starben bei Herzanfällen oder an Überanstrengung. Nach Ansicht vieler Fachleute ist heute sogar eine zu perfekte Ausrüstung oft die Ursache von Unfällen. Manche Alpinisten werden von der Perfektion ihrer Ausrüstung in Sicherheit gewiegt, so daß sie leichtsinnig agieren, einfache Regeln mißachten und Ratschläge und Warnungen von Einheimischen in den Wind schlagen.

Beispiele dafür machten in den letzten Wochen Schlagzeilen: Am Matterhorn waren 20 gut ausgerüstete Alpinisten zwei Nächte und einen Tag lang in der Solvayhütte auf 4000 Meter durch Unwetter blockiert. Sie hatten den Aufstieg trotz aller Warnungen in Angriff genommen. Unter Einsatz ihres Lebens mußten Retter die Leichtsinnigen mit dem Helikopter bergen. Aus der berüchtigten Eiger-Nordwand mußten im August zwei junge Franzosen gerettet werden, die in ungenügender körperlicher Verfassung, aber perfekt ausgerüstet, in die „Mordwand" eingestiegen waren.

Am Matterhorn wurden folgende Unfall-Ursachen ermittelt: Nichtbeachtung der Wettervorhersage, unzulängliche Ausrüstung oder Unkenntnis des richtigen Gebrauchs und Fehleinschätzung der Aufstiegsdauer wegen völliger Unkenntnis des Geländes an der technisch leichten, aber anstrengenden und durch Steinschlag und großen Andrang gefährlichen Normalroute am Hörnligrat.

Daß ein Bergführer – zur Zeit beträgt die Führertaxe für eine Matterhorn-Besteigung einschließlich Spesen rund 600 Mark – leicht Abhilfe schaffen könnte, wird von 80 Prozent der Gipfelstürmer am Matterhorn nicht zur Kenntnis genommen: Sie gehen ohne Bergführer auf die Naturpyramide, oft sogar ohne Seil, versteigen sich, müssen umkehren, verlieren dadurch Zeit, verschleißen ihre Kräfte und büßen schließlich die Moral ein – die besten Voraussetzungen für Übermüdung, Konzentrationsmängel, Schwindelanfälle, Orientierungslosigkeit und Todessturz. Ein Kritiker bemerkte dazu: „Viele Bergsteiger geizen mit dem Geld, ihr Leben aber ist ihnen wohlfeil."

Rendezvous mit dem Kometen Giacobini-Zinner

dpa, Washington

Zum ersten Mal in der Geschichte der Raumfahrt (WELT v. 11. 9.) ist ein Rendezvous zwischen einem Forschungssatelliten und einem Kometen gelungen. Der amerikanische Satellit ICE flog gestern nach Angaben der amerikanischen Weltraumbehörde NASA in 8000 Kilometern Entfernung vom Kern des Kometen „Giacobini-Zinner" durch den Schweif und tauchte nach 18 Minuten unbeschädigt wieder auf. Die Sonde ICE ergänzt die für das kommende Frühjahr geplante Mission von insgesamt sechs Raumsonden zum Kometen Halley, die den Kometen in zeitlich versetztem Abstand verfolgen wollen. Der Komet „Giacobini-Zinner" wurde 1910 von dem Italiener M. Giacobini entdeckt und drei Jahre später von Professor Ernst Zinner, damals Leiter der Remeis-Sternwarte in Bamberg, wiederentdeckt.

39 Aids-Fälle

dpa. Wiesbaden/München

In Hessen sind bis Anfang August 39 Fälle von Aids aufgetreten. 22 Patienten seien an der erworbenen Schwäche der körpereigenen Abwehrkräfte verstorben, teilte Sozialminister Armin Clauss (SPD) in einer gestern in Wiesbaden bekanntgewordenen Antwort auf eine Große Anfrage von Landtagsabgeordneten der Grünen mit. In Bayern hat das Angebot kostenloser und anonymer Aids-Tests durch sämtliche 74 Gesundheitsämter ein überraschend großes Echo gefunden. Der Staatssekretär für Inneres, Heinz Neubauer, legte gestern eine erste Zwischenbilanz vor, nach der 373 Personen ihr Blut testen ließen. Sieben der Blutproben waren positiv.

Autofreier Sonntag

AP, Vaduz

Nach einem erfolgreichem Versuch am 21. April wird kommenden Sonntag in Liechtenstein zum zweitenmal in diesem Jahr ein autofreier Sonntag auf freiwilliger Basis veranstaltet. Die öffentlichen Verkehrsmittel können unentgeltlich benutzt werden. Im April hatten rund 80 Prozent der Liechtensteiner auf Auto, Motorrad und Mofa verzichtet. Der stellvertretende Regierungschef Hilmar Ospelt kündigte gestern auf einer Pressekonferenz in Vaduz an, daß der freiwillige autofreie Sonntag zur Institution werden soll.

Tod bei Erster Hilfe

AP, Berlin

Zwei Tote und elf Verletzte forderte nach einem Bericht der (Ost-) „Berliner Zeitung" ein Verkehrsunfall in Erfurt, als ein mit Ammoniak beladener Lastwagen ins Schleudern geriet und der Anhänger umschlug. Wie die Zeitung berichtete, starb ein Arzt, der Erste Hilfe leisten wollte. Von den elf Verletzten seien drei schwerverletzt und acht mit leichteren Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert worden.

Selbstmord vor Gericht

AP, Regensburg

Ein 47jähriger Immobilienhändler aus Schwandorf in der Oberpflaz hat gestern morgen in einem Gerichtssaal in Regensburg Selbstmord begangen. Nach Angaben der Polizei war der Mann wegen Betrugs zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Nach der Urteilsverkündung habe er plötzlich eine Pistole gezogen und sich in die Brust geschossen.

Almabtrieb

dpa, Hindelang/Miesbach

Von den bayerischen Bergen kehren jetzt 55 000 Stück Vieh in die heimischen Ställe zurück. Im Allgäu begann der Almabtrieb gestern in Hindelang. Nahezu 20 000 Besucher bestaunten schon mittags rund 1000 Rinder, die sich auf dem Viehscheidplatz drängten.

Milde Winter

dpa, Freiburg

Das Klima vor 100 000 Jahren war wärmer als heute und zeichnete sich vor allem durch milde, nahezu frostfreie Winter aus. Zu dieser Auffassung gelangte der Spezialist für ausgestorbene Wirbeltiere, Wighart von Koenigswald (Darmstadt), nach der Auswertung von Knochenfunden von Flußpferden und Wasserbüffeln, die in den Rheinschottern bei Darmstadt gefunden worden waren. Über seine Ergebnisse berichtete er gestern auf der Jahrestagung der Deutschen Quartärvereinigung in Freiburg. Dies steht im Widerspruch zu bisherigen Erkenntnissen der Wissenschaft, wonach die mittlere Jahrestemperatur vor etwa 100 000 Jahren bei nur zwölf Grad Celsius lag.

Die Automobilausstellungen in Berlin und Frankfurt – spektakuläre Ereignisse der Technikgeschichte







VOLLKOMMENHEIT

MERCEDES-BENZ

Meilensteine des Fortschritts

Von HEINZ HORRMANN

Eigentlich hat sich im Wandel der Zeit nichts geändert. Auf der Nürnberger Pferde- und Droschkenausstellung im Jahre 1860 meldeten sich lautstark Umweltschützer zu Wort. Von einem provisorischen Podium warnten sie die Mitbürger vor einer herannahenden Katastrophe: „Die Stadt wird bei fortschreitender Entwicklung des Gespannverkehrs in kurzer Zeit im Pferdemist versinken." Der Motorwagen, der 28 Jahre später erstmals auf der Kraft- und Arbeitsmaschinenausstellung in München gezeigt wurde, bewahrte Nürnberg vor diesem unrühmlichen Ende.

Umstritten waren die Benzinkutschen von Beginn an. Doch anfängliche Ablehnung schlug damals wie heute häufig in Begeisterung um. Kaiser Wilhelm II. schimpfte noch 1902: „Solange ich ein warmes Pferd habe, besteige ich einen derartigen Stinkkarren nicht." Bereits ein Jahr später besaß der Monarch drei Motorwagen und wurde zum leidenschaftlichen Verfechter dieser Idee.

Trotz Abgas- und Tempodiskussionen, wenige Monate vor dem hundertsten Geburtstag des Automobils ist die Internationale Automobilausstellung in Frankfurt, die heute von Bundespräsident Richard von Weizsäcker eröffnet wird, das größte Branchenfenster zur Welt (1666 Aussteller aus 37 Ländern). Ausstellungen und Handelsmessen waren von jeher wichtige Meilensteine des Fortschritts. Im Laufe der Zeit haben sie sich zu publikumswirksamen Paraden und spektakulären Präsentationen neuer Automobiltypen und konstruktiver Verbesserungen entwickelt. Zunächst wurden Kraftdroschken nur in versteckten Winkeln allgemeiner Messen, besonders aber auf Weltausstellungen gezeigt.

Carl Benz etwa fuhr seinen ersten Wagen 1887 zunächst nach Paris. Da er dort aber eingekeilt zwischen Pferdedroschken stand, fand er so gut wie keine Beachtung. Ein Jahr darauf war sein inzwischen „patentierter Motorwagen" auf der Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung in München zu sehen. Ausgiebige Fahrten durch die Stadt verschafften dem Gefährt die ersehnte Aufmerksamkeit. „Diese Konstruktion", so schrieb damals eine Münchner Zeitung vorausschauend, „ist geeignet, in vielen Fällen die kostspielige Zugkraft der Pferde vorteilhaft zu ersetzen."

1889 wurde dann auf der Pariser Weltausstellung neben Daimler-Motoren der erste Daimler-Vierradwagen gezeigt. Während der Expo 1893 in Chicago wurde ein Benz Velo und mehrere Daimler- und Maybach-Motorwagen von den Amerikanern bewundert und in Details kopiert.

Weltausstellungen brachten zwar nicht sofort große Verkaufserfolge, sie waren jedoch in damaliger Zeit wie keine andere Veranstaltung geeignet, Erfindungen, die gerade im Dunkeln kleiner Werkstätten gemacht wurden, ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu bringen. Diplome, Gold- und Silbermedaillen waren begehrte Trophäen.

Der deutsche Automobilismus begann seine eigene Präsentation 1897 mit einer vom damaligen Mitteleuropäischen Motorwagen-Verein organisierten „Auto-Revue in Berlin". Als im Jahr darauf mit der Fahrt Berlin–Potsdam–Berlin die Geschichte des deutschen Automobilsports begann, wurden anschließend im Landesausstellungspark Berlin die Teilnehmerwagen gezeigt. Die Ausstellung war im Grunde genommen eine Pferdeschau, ein „Concours hippique", auf dem den Berlinern so quasi ganz nebenbei auch 13 Kraftfahrzeuge gezeigt wurden. Dabei galt es, die von Glanz und Preußens Gloria erfüllten tonangebenden Gesellschaftsschichten nicht zu verärgern. Man war ja schließlich aus Ostpreußen, Pommern und der Mark gekommen, um rassige Pferde zu sehen und keinen „neumodischen Kram".

Die Veranstalter versuchten, gut Wetter zu machen, indem sie in den verschiedensten Veröffentlichungen darauf hinwiesen, daß ein so edles Tier wie das Pferd in wenigen Jahren schwerer Arbeit völlig verbraucht sei, während ein Motor ohne weiteres schwere und schwerste Arbeit leisten könne, ohne müde zu werden. Erst sehr langsam begannen sich die Pferdefreunde zu beruhigen, und langsam sollte das Automobil in das Leben der Menschen hineinwachsen.



Opel-Werbung aus den späten zwanziger Jahren

Die erste internationale Motorwagen-Ausstellung fand schließlich im September 1899 im Exerzierhaus des 2. Garderegiments zu Fuß in Berlin statt. Da in jenem Jahr bereits 36 Fabriken für Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren in Deutschland bestanden und zwölf weitere für Elektromobile, waren 120 Aussteller vertreten. Unter den 20 ausländischen Firmen befanden sich allein 13 französische. Das stolze Ergebnis: über 100 000 Besucher.

In einem äußerlich glänzenden Rahmen und unter der Schirmherrschaft des Prinzen Heinrich von Preußen wurde vier Jahre später das nächste Motor-Schaufenster im Palmengarten des Charlottenburger Etablissement Flora eingerichtet, dem dann die fast schon als moderne Schau zu bezeichnende Großveranstaltung im Glaspalast am Lehrter Bahnhof in Berlin folgte, die vom Kaiser selbst eröffnet wurde. Daß Wilhelm II. sich jedes Modell mehrmals sorgfältig ansah und bis ins kleinste Detail erläutern ließ, machte deutlich, in welch hohem Maße das Automobil schon in den oberen Schichten verankert war. Das damit verbundene Negativimage beim Volke, die Kraftkutsche diene nur dem Sport und dem Luxus, veränderte sich im Laufe der nächsten Jahre.

Die nächsten Jahrzehnte waren geprägt vom rastlosen Streben der deutschen Automobilindustrie nach technischer Perfektion. Gleichzeitig zeichnete sich aber auch der beginnende harte Wettbewerb mit den ausländischen Firmen ab. Schon damals führte der Konkurrenzdruck zur vergrößerten Anstrengung um bessere Detaillösungen, um bequemere und sicherere Fahrzeuge.

In dieser Zeit wurde der typische Spitzkühler, die Rechtssteuerung mit außenliegendem Schalt- und Bremshebel, die Einbauverdecke und die leichtgängige Lenkung erfunden. Außerdem setzte sich die äußerlich glatte Motorform und die Vereinigung von Motor mit Kupplung und Getriebe zu einem einheitlichen Block durch. Für solvente Kunden gab's schon bald die Qual der Wahl: 80 Automobilfabriken produzierten 134 Modelle.

Steigende Stückzahlen und bessere Technik lassen das Auto zum selbstverständlichen Verkehrsmittel werden. Lediglich die hohen Betriebskosten erweisen sich als Bremse. Eine erste Statistik stellt den Aufwand für 100 Kilometer Fahrt zusammen: Sechs Mark für Gummi, drei Mark für den Kraftstoff, 65 Pfennig für Öl und 35 Pfennig für Karbid für die Lampen. Dennoch wird 1930 der millionste Personenwagen in Deutschland zugelassen. Der Staat hält schon bald kräftig die Hand auf. 796 Reichsmark verlangt er für einen Dreiliter-Wagen an Steuern.

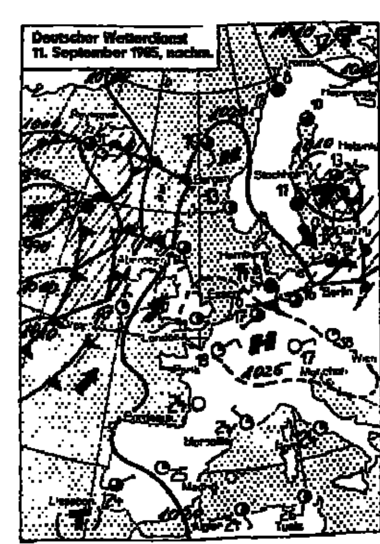
34 Jahre ist es her, daß die erste Internationale Automobilausstellung auf deutschem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankfurt am Main eröffnet wurde. Auf den zunächst jährlichen und seit 1951 jedes zweite Jahr vom Verband der Automobilindustrie (VDA) veranstalteten Ausstellungen sahen Millionen Besucher immer wieder Neuheiten. Da die Frankfurter Hotellerie in den Anfängen noch unter der Zerstörung des Krieges zu leiden hatte, rief die Messegesellschaft die Bürger in und um Frankfurt auf, Zimmer zur Verfügung zu stellen.

Der Schirmherr der Ausstellung, Bundespräsident Theodor Heuss, der sich zur Eröffnungsfeier angesagt hatte, übernachtete mit seinem Stab in der Privatwohnung des damaligen VDA-Präsidenten Max Thoennissen in Bad Homburg. Am Abend feierte man gemütlich im Wohnzimmer, und tags darauf besichtigte Heuss die ersten Nachkriegs-Neuheiten. Daimler-Benz stellte den 300er vor, der später den Beinamen „Adenauer" erhielt.

Nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 und der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland am 7. September 1949 geht es mit der deutschen Wirtschaft rasch aufwärts. Die harte und zähe Aufbauarbeit beginnt ihre Früchte zu tragen, und die Menschen schicken sich an, dem Leben wieder freundliche Seiten abzugewinnen. Dazu gehört auch die persönliche Bewegungsfreiheit – „ein fahrbarer Untersatz".

WETTER: Freundlich

Wetterlage: Die Hochdruckzone über Mitteleuropa schwächst sich langsam ab, bestimmt aber zunächst noch das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:

Nach zum Teil nur zögernder Auflösung von örtlichem Nebel oder Hochnebel sonnig und Erwärmung auf 19 bis 24 Grad. Nachts gering bewölkt und Abkühlung auf 11 bis 7, in Bayern bis 3 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Am Freitag zunächst noch freundlich und warm, im Nachmittagsverlauf zunehmende Bewölkung und nachfolgend etwas Regen oder einzelne Schauer.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	28°
Bonn	17°	Kopenh.	16°
Dresden	16°	Las Palmas	24°
Essen	17°	London	19°
Frankfurt	18°	Madrid	25°
Hamburg	14°	Mailand	21°
List/Sylt	14°	Mallorca	28°
München	17°	Moskau	9°
Stuttgart	16°	Nizza	24°
Algier	24°	Oslo	15°
Amsterdam	18°	Paris	19°
Athen	24°	Prag	19°
Barcelona	26°	Rom	24°
Brüssel	18°	Stockholm	11°
Budapest	18°	Tel Aviv	29°
Bukarest	20°	Tunis	26°
Helsinki	13°	Wien	18°
Istanbul	19°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.53 Uhr, Untergang: 19.42 Uhr; **Mondaufgang:** 4.31 Uhr, Untergang: 19.39 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Glauben – wie macht man das?"

Aktion der Nordelbischen Kirche nach finnischem und schweizerischem Vorbild

SABINE KOBES, Hamburg

Der Ton ist höflich, aber ein gut Teil an Beharrlichkeit steckt doch dahinter: „In der nächsten Woche", heißt es, „werden wir uns noch einmal ganz kurz telefonisch bei Ihnen melden." In rund 33 000 Haushalten des Hamburger Nordens flattert dieser Tage ein grünes Faltblatt mit Bestellkarte ein. Kein Buchklub wird hier angepriesen und auch keine Kaffeefahrt. Absender ist die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, genauer: „Ihre Christen aus der Nachbarschaft", die fürs „praktizierte Christentum" werben.

Das Unternehmen, mit 100 000 Mark ausgestattet, ist ein Pilotprojekt. Vorreiter waren Gemeinden in Finnland und der Schweiz. „Dort", so berichtet Otto Diehn, der die Aktion „Zeig uns den Weg" mitorganisiert, „haben die meisten, die die erste Postwurfsendung erhielten, auch das eigens für diese Aktion hergestellte Taschenbuch bestellt".

Bunt bebildert ist das 105seitige Werk. 18 Hamburger Christen erzählen darin offen von ihren Erfahrungen mit Religion und Glauben. So meldet sich die Sekretärin Hilde C., die durch die Hilfe eines Pastors vom Alkohol loskam. Oder der Türmer von St. Michaelis, der jeden Morgen um zehn auf seiner Trompete ein Kirchenlied vom Michel herabbläst.

Volksmission – ein Begriff der sich aufdrängt, obwohl er nicht erwähnt wird. Denn: „Dieses Wort würde negative Reaktionen auslösen", weiß Otto Diehn. Keiner der 70 000 „Kunden" in Hummelsbüttel, Langenhorn und Poppenbüttel soll sich bedrängt fühlen. Jene 350 Missionare – einige sind katholisch – die in den nächsten Wochen ehrenamtlich ausschwärmen, rechnen mit großem Widerhall. „Für den Anfang", so Otto Diehn, „haben wir uns kein so schwieriges Terrain wie St. Pauli ausgesucht."

Was aber, wenn die zunächst angeschriebenen, dann telefonisch und schließlich persönlich angesprochenen Hamburger nichts von der sanften Form der Evangelisation wissen möchten? „Wer im ersten Satz schon sagt: ‚Nein, ich will nicht!' – der will eben nicht", sagt Organisator Diehl. „Wenn einer aber von seinem Kirchenaustritt erzählt und anfängt, auf diese Kirche zu schimpfen, dann haken wir nach. Dahinter steckt nämlich meistens eine Enttäuschung." Denn die Zahl der Kirchenmitglieder sinkt nicht nur in Hamburg. Allein die Nordelbische Kirche in der Hansestadt, 1980 noch etwa eine Million Seelen stark, verlor über 50 000 Mitglieder. Wenn auch die Kirchenflucht abzuklingen scheint, beklagt die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) immer noch dreimal so viele Kirchenaustritte wie Neuaufnahmen.

Und selbst die, die auf dem Papier dazugehören, haben oft nichts mit dem Wunschbild des praktizierenden Christen gemein: „Heute ist es einfach nicht mehr ‚in', auszutreten", vermutet Otto Diehn, „man zahlt seine Kirchensteuer einfach aus Gewohnheit."

Die Hamburger Laienmissionare sind in Seminaren auf ihren Einsatz in den Wohnstuben der Nachbarschaft vorbereitet worden. Wenn sie das Büchlein „Zeig uns den Weg" persönlich an die Haustür bringen, dann wird sich, so Diehn, die Frage „Glauben, wie macht man das?" ganz von allein stellen.

LEUTE HEUTE

Verweigert

Der chilenische Fußballstar **Carlos Caszely** weigerte sich gestern, am 12. Jahrestag des Staatsstreiches gegen **Salvador Allende**, an einem Spiel seines Clubs Colo-Colo teilzunehmen. „Ich spiele nie am 11. September, da trauere ich", soll der berühmte Stürmer gesagt haben. Kürzlich nahm Staatschef **Augusto Pinochet** Anstoß an der roten Krawatte, die der Star wie viele chilenische Linke oft anlegt. „Die trage ich immer auf meinem Herzen", entgegnete Cazsely. Pinochet machte daraufhin mit der Hand eine Scherenbewegung und empfahl: „Ich würde sie abschneiden."

Akzeptiert

Im Liegen spielt der britische Großmeister **Anthony Miles** beim Interpolis-Schachturnier von Tilburg. Der an Bandscheibenschaden leidende Brite setzte die ungewöhnliche Spielstellung mit drei Attesten durch. Seine Gegner akzeptierten mitleidig, bis sie den „Leidenden" sitzend am Mittagstisch überraschten. Da forderte **Robert Hübner**, Miles habe als Strafe künftig liegend zu essen und sitzend zu spielen.

ZU GUTER LETZT

„Als gesetzlicher Erbe kommt seine Schwester – Name unbekannt – zu 1/2 Anteil in Frage. Sie soll im Kindesalter verstorben sein. Selbige soll sich binnen sechs Wochen ab Veröffentlichung bei dem Amtsgericht Köln unter Vorlage der Geburtsurkunde melden." Es stand im „Kölner Stadtanzeiger"